This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

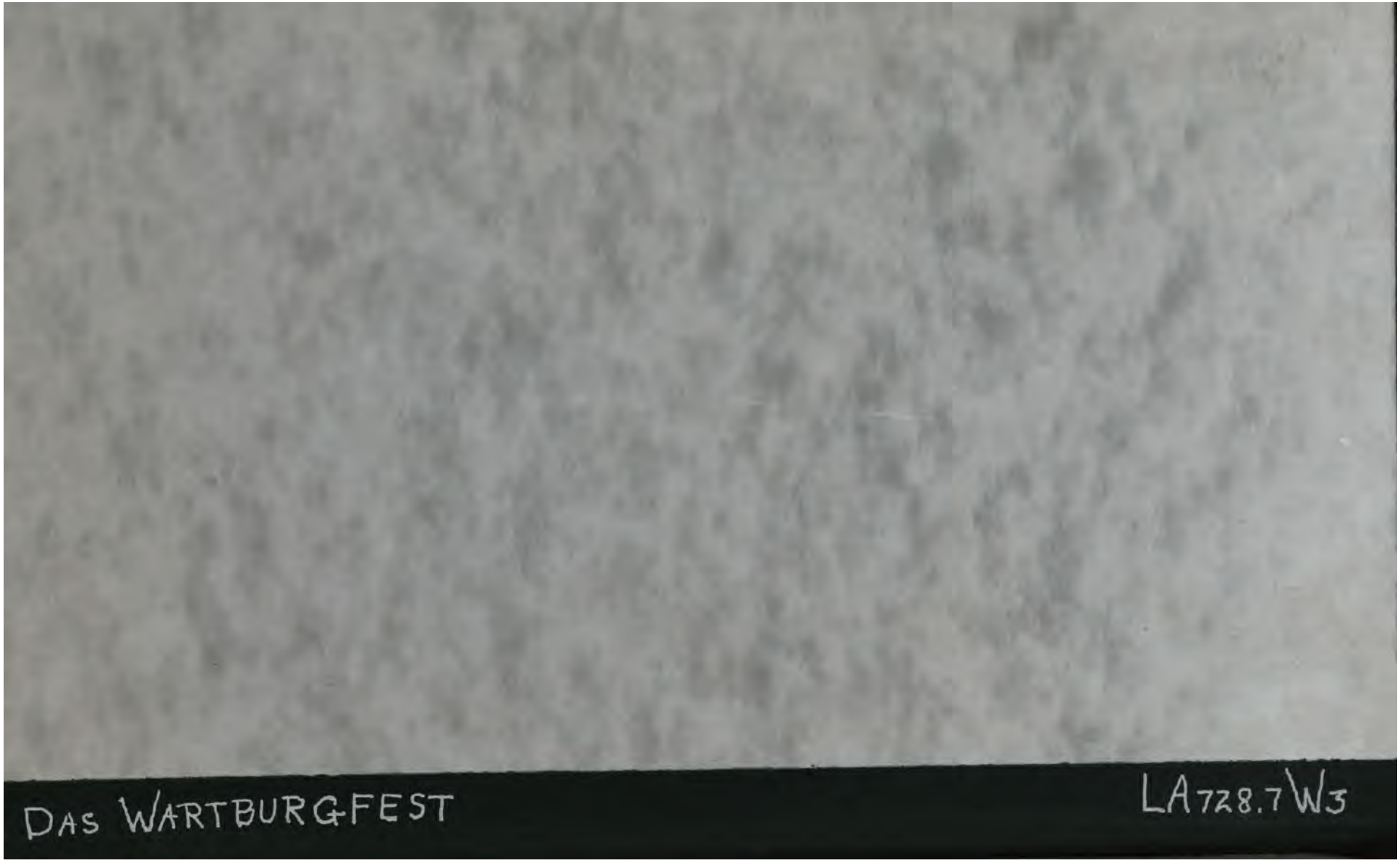
+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

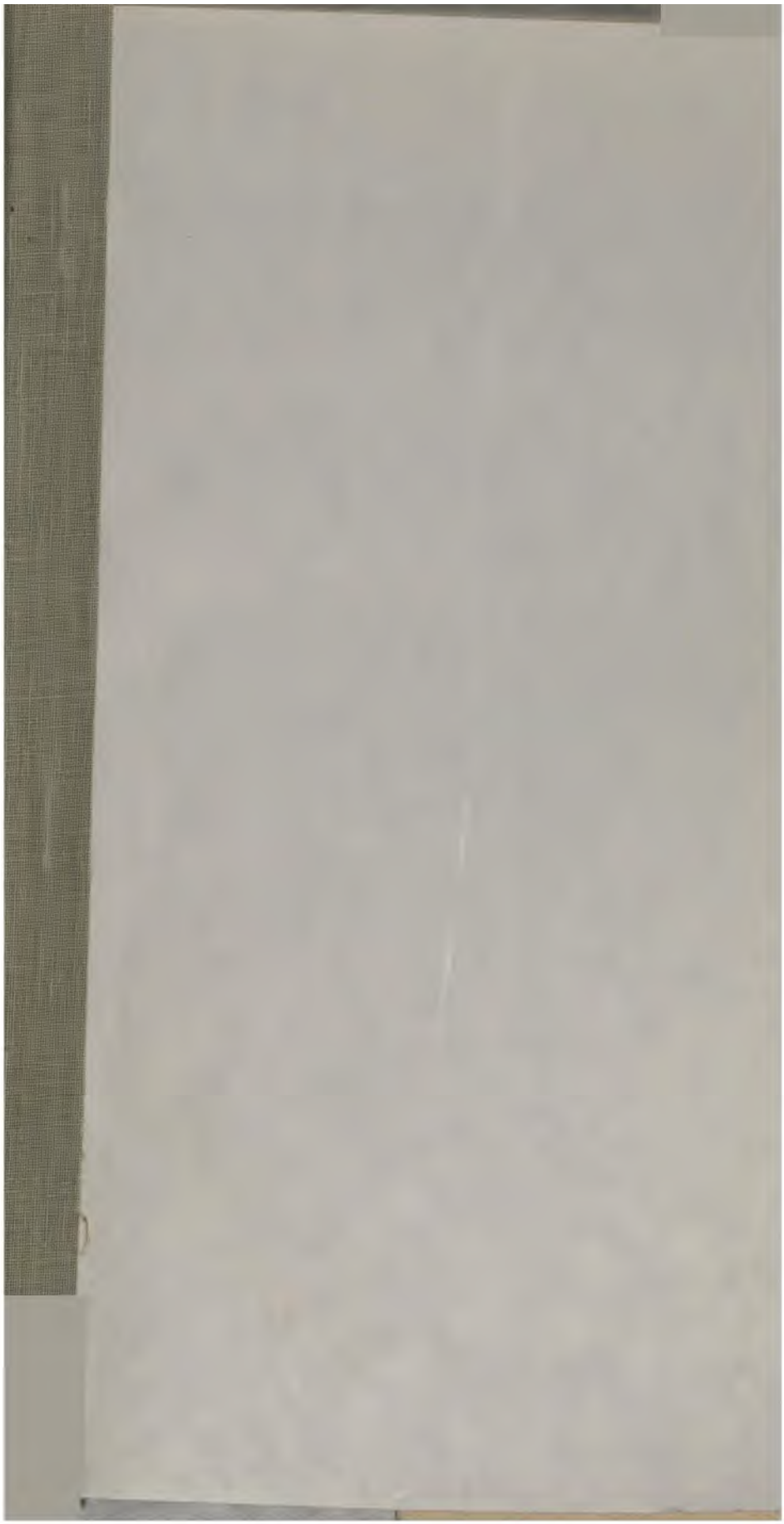
+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.


DAS WARTBURGFEST
LA728.7 W3

STANFORD UNIVERSITY
LIBRARIES



Das Wartburgfest

der

deutschen Studenten

in der

Pfingstwoche des Jahres 1848.

Leipzig,
Verlagsbureau.
1848.

LH 22857
W5

MF78

Vorwort.

Ein Andenken ſoll dieſes Büchlein ſein, ein Andenken an die großen Revolutionen des Jahres 1848, welche, Dank ſei's dem guten Geiſte der deutſchen Jugend, auch den Univerſitäten eine ſchöne Zukunft der Freiheit errungen haben.

Das Wartburgfeſt war der erſte reine Ausdruck der großen Ideen dieſer Zeit, und man mag daſſelbe, um es recht zu beurtheilen, als nichts Anderes anſehen.

Trotzdem die Verfaſſer mitten in den Parteien geſtanden, und bei Abfaſſung dieſer Schrift ſelbſt Partei genommen, ſo haben ſie es doch verſchmäht, zu Gunſten ihrer Partei die gegenüberſtehende zu verdächtigen. Abſichtlich haben wir nie die Wahrheit entſtellt, und daß wir zur Erforſchung derſelben nach Kräften gearbeitet, dies Zeugniß geben wir uns ſelbſt.

Breslau, den 18. Juli 1848.

Max Friedländer. Robert Giſeke.
Studenten in Breslau.

Inhalt.

	Seite
Vorwort.	
Einleitung	1
Vorversammlungen	12
Die allgemeinen Studentenversammlungen	19
Die Festlichkeiten und geselligen Vergnügungen	27
Das Studentenparlament	32
Politische Manifestationen	47
Eingegangenes	58
Schlußwort	59

Die deutschen Studenten haben auf der Wartburg wieder einmal getagt und gefeiert, wie vor jenen 31 Jahren. Viele Befürchtungen waren auch dießmal rege vor unsrer Zusammenkunft; manches Mißtrauen ist noch jetzt nicht geschwunden. Wir sehen es als unsere Pflicht an, diese Befürchtungen zu widerlegen, dieses Mißtrauen zu beschwichtigen, uns vor unserem Vaterlande darzustellen als die gesinnungsvollen, aber auch besonnenen, als die ernsten, aber auch lebensfrischen Jünglinge, die es seine Söhne zu nennen würdig ist. Und wie können wir das besser, als wenn wir frei und offen darlegen, was wir dort gethan, was wir gesprochen, beschlossen und gesungen!

Aber es ist das nicht nur eine Pflicht, die wir pflichtgemäß erfüllen. Es ist das eine Arbeit, die uns eine Freude ist, und von der wir hoffen, daß sie an sich selber Werth haben wird. Sie soll nicht nur uns kennen lehren und rechtfertigen; sie soll über die ganze große Zeit, in der wir leben, zugleich mit Aufklärung geben und, wo es nöthig ist, sie rechtfertigen helfen. Denn war die Wartburgversammlung auch nur eine private Zusammenkunft und verschwindet sie auch neben den großen Ereignissen des Tages, zwischen den Parlamenten zu Frankfurt und Berlin, so mußte man doch in ihr, der Vereinigung des Kernes der deutschen Jugend, den Charakter der großen Zeit in kleinen, aber scharfen Zügen treffend und allseitig ausgeprägt finden, ja in ihr ein Bild der Zukunft — und wir hoffen ein erfreuliches — abgespiegelt sehen. Denn die Jugend ist die Zukunft; und wer die Jugend kennt, der ahnt die Zukunft, und — wer uns, die deutsche Jugend kennt, der wird sich vor der Jugend unseres Vaterlandes nicht zu fürchten brauchen! —

Der Geist einer jeden Zeit, ihrer großen allgemeinen Zustände spiegelt sich wieder in allen kleineren Verhältnissen, und so klar, wie irgend wo anders, in der Entwickelung des Studentenlebens. Denn hier ist es, wo die geistigen Potenzen am mächtigsten sind, wo der freien Bildung des Geistes, der Entwickelung des Charakters und der Entfaltung des Gemüthes keine materiellen Rücksichten von außen bestimmend entgegentreten, keine entstellenden Schranken — als höchstens die der schrankenlosen Freiheit. So wären die Zustände des Studententhums mit den Jahrhunderten der „neueren Zeit" in denselben Geist der Autorität, der Tyrannei und Knechtschaft verfallen, wie die Zustände des Staates und des öffentlichen Lebens. Aber derselbe Geist

der Aufklärung und Kritik, der Staat, Kirche und Gesellschaft seit einem Jahrhundert zu reformiren strebte, hat auch hier Jahrzehnte lang gewühlt; aber er konnte nicht an's Tageslicht kommen, bis die allgemeine Revolution des Jahres 1848 auch ihm die Bahn gebrochen.

Ursprünglich war die Verfassung der Universitäten eine durchaus freie und demokratische. Magistri und Scholares bildeten die universitas; sie waren gleiche Bürger desselben Staates; sie alle hießen cives academici und nannten sich gegenseitig commilitones. Die Studenten sammelten sich um die berühmten Lehrer; mit ihnen bildeten sich selbstständige Corporationen nach eigenen Statuten, die erst später vom Staate bestätigt wurden; und so hatten sie, da durch ihr Vermögen und ihre Thätigkeit die Universität bestand, die Verwaltung und die Berufung der Lehrer in ihrer Hand. Ebenso war das Verhältniß der Studirenden ein durchaus freies, das der freien Association. Das Motiv ihrer Besonderung war das natürlichste von allen, das der Nationalität; die Studenten sonderten sich nach Deutschen, Polen, Böhmen, Engländern, Franzosen und Italienern.

Aber dieses goldene Zeitalter war kein ewiges; es sank durch das Zeitalter des Goldes und der Herrschsucht. Die Universitäten verloren ihre Selbstständigkeit; sie fielen in die Hände der Fürsten und der Kirche, welche sie mit Geldmitteln versorgten, aber dafür unter ihre Herrschaft stellten. Von diesen wurden die neuen Universitäten gestiftet und dotirt, von ihnen die Lehrer berufen und besoldet, von ihnen beaufsichtigt und befehligt. Es bemächtigte sich überhaupt der Universitäten jener Geist der „neuern Zeit", des Egoismus, der Beschränktheit und Unselbstständigkeit. Das urkräftige Ringen des Mittelalters nach Selbstständigkeit und Hervorstechen war erloschen; eine allgemeine Neigung, sich unterzuordnen, fand sich ein; Jeder zog sich in seine Einzelinteressen zurück, das Allgemeine, Große lag außer seinem Geschäftskreise. Man bekümmerte sich nicht um den Staat und war froh, regiert zu werden und sich nicht selbst regieren zu müssen. Deshalb darf man nicht den Fürsten allein, die damals in den Besitz der unumschränkten Gewalt kamen, ihre Tyrannei zur Last legen; sie waren eben nicht mehr Schuld daran, als die trägen, beschränkten Unterthanen, die sich tyranniſiren ließen. Und zwar lag jene Trägheit, die von allen allgemeinen Interessen sich fern hielt, so in der Zeit, daß bei der Einrichtung der Universitäten ganz dasselbe Verhältniß der monarchischen und aristokratischen Institutionen sich herausstellte. Die Universitäten verloren ihre demokratische Verfassung; die Studenten büßten ihre Stimmen bei der Verwaltung ein und ihr Recht, die Lehrstühle zu besetzen; sie sanken zu Schülern herab, und wenn sie auch noch cives academici blieben, so war das nur ein leeres Wort, denn die Lehrer waren mehr als das, sie bildeten die allein berechtigte Aristokratie, den Senat. Und auch diese wiederum beugten sich gern vor ihrem unumschränkten geistlichen oder weltlichen Herrn, als dessen unterthänigste Diener, und hatten keine Ahnung davon, wie viel ehrenvoller und freier es sei, zu regieren durch geistiges Uebergewicht, durch das freiwillige Zugeständniß der gleichberechtigten commilitones.

Ebenso machte sich der Geist der Particularität und Abhängigkeit geltend in dem rein studentischen Leben. Die Universitäten waren von ihrer europäischen Bedeutung herabgesunken und gehörten nur noch den einzelnen Nationen an. Die Studenten also, die aus ihnen zusammenkamen, konnten sich nicht mehr nach Nationen trennen; sie gehörten alle derselben Nation an, und wenn früher der Gegensatz der übrigen Nationalitäten die Deutschen gezwungen hatte, sich als eine Nation zu erkennen, so fielen sie jetzt auseinander und erkannten sich als die Landsleute der verschiedenen Landschaften, als Schwaben, Franken, Baiern, Sachsen, Westphalen, Märker u. s. w. Und danach gestalteten sich jetzt die Genossenschaften der Studenten: es gab keine Nationen mehr, es gab nur noch Landsmannschaften.

Wenn früher das Zusammenschließen der Kinder derselben Nation ein durchaus vernünftiges, ein ebenso nothwendiges als freies war, indem Sitte, Charakter und Sprache sie aneinander fesselte, so lag den Verbindungen der Landsmannschaften ein solch natürliches und innerlich nothwendiges Motiv nicht zu Grunde. Sie waren nur äußerlich, durch die zufälligen politischen Grenzen bedingt; und wenn sie insoweit an sich gleichgiltig gewesen wären, so wurden sie schädlich, drückend und geradezu unvernünftig dadurch, daß sie dem Einzelnen nicht die freie Wahl überließen, zu der Landsmannschaft, die ihm gerade zusagte, sich zu halten, sondern ihn zwangen, der Bestimmung seiner Geburt zu folgen, und weil er z. B. ein Schwabe war, unter die Verbindung der Schwaben und keine andere zu treten; ging er zu einer andern, so mußte er das mit dem Schläger so lange rechtfertigen, bis er es gebüßt hatte; ging er zu keiner von allen, so wurde er von allen studentischen Rechten ausgeschlossen. Das war das Elend des Particulargeistes, des Patriotismus in seiner ausgebildetsten und engsten Gestalt: „Weil Ich in Hechingen geboren bin, sind die Schwaben meine Freunde und die Franken meine Feinde; und weil Ich ein Schwabe bin, sind die Schwaben die vortrefflichsten und forschesten von allen Leuten. Das sag' Ich, und wer mir widerspricht, der ist ein dummer Junge." Das war das kosmopolitische Glaubensbekenntniß der Landsmannschaften dieser Zeit; der Paukcomment war die Logik, mit der sie es verfochten, und seine Praxis war das Renommiren.

Dieser Geist des Particularismus durchdrang das Universitätsleben nach allen Richtungen; er trennte nicht nur die Studenten von einander; er trennte sie auch von dem Senat und den Lehrern, und ebenso trennte er sie von dem ganzen Volke. Der Student sah sich nicht mehr mit den Professoren als ein einiges Ganzes an; er stand ihnen fremd, feindlich gegenüber und suchte sie auf jede Weise zu foppen und zu verspotten; er lebte in stetem Kriege mit dem Senate und der Universitätspolizei. Ebenso trat das Studententhum als ein besonderer Stand auf und trennte sich von den übrigen Ständen; es erkannte sich nicht an als einen Theil des organischen Ganzen der Nation, sondern sah sich gewissermaßen als seinen Mittelpunkt, seinen Hauptzweck an; das ganze Volk, die Philister und Knoten waren nur dazu da, um ihm zu dienen, und, wo sie es freiwillig thaten, sich

dafür foppen zu lassen, und wo sie es nicht thun wollten, geschunden und geprellt zu werden.

Aber nicht nur der Particularismus war es, der sich geltend machte und die Studenten trennte in die Landsmannschaften; in diesen selbst war der Geist der Freiheit und Selbstständigkeit der Einzelnen geschwunden. Und hier sieht man es recht, wie das Unterordnen Vieler unter Wenige und das Beschränktsein durch äußere willkürliche oder zufällige Formen so im Geiste der Zeit lag, so in Fleisch und Blut Aller übergegangen war, daß man nicht nur da, wo diese Beschränkungen vorhanden waren und herrisch zwingend auftraten, sich ihnen nothgedrungen fügte, sondern daß man selbst da, wo sie nicht vorhanden waren, wo man aus freier Selbstbestimmung, ohne äußeren Zwang sich seine Verhältnisse schuf, sich freiwillig die Schranken willkürlicher Formalitäten setzte, willig den Andern Vorrechte einer Aristokratie einräumte, von selbstgeschaffenen Tyrannen sich tyranniſiren ließ. Das war der Fall mit der aristokratischen Verfassung der Landsmannschaften und mit der Herrschaft des Comment. So sind diese Landsmannschaften das treueste Abbild des Staates jener Zeit, und je karrikirter sie sind, um so treuer sind sie es.

Welches ist das Princip, auf welches das Staatsgebäude der letzten Jahrhunderte sich basirte? Das Recht des Daseins: „ich bin, und drum habe ich das Recht zu sein." Welches ist das Ziel, das er verfolgte? Das starre Beharren am Daseienden; „ich will hier sein und bleiben, was ich bin." Und welches endlich sind seine Mittel? Die Macht des Daseienden: die Macht der Gewohnheit und die Macht der Bajonette. Das ist kein Vernunftprincip, kein Mittel, das sich vor der Vernunft rechtfertigen läßt. Und auf demselben Schema beruhte das Kartenhaus der Verbindungsinstitutionen. Man trat nicht zusammen aus einem Principe, warum? nicht mit einem Zwecke, wozu? Man frug nicht nach einem vernünftigen Ziele und nicht, wie man es vernünftig erreiche. Man trat zusammen, um eben zusammengetreten zu sein, und blieb es, weil man einmal zusammengetreten war — um dem „schoflen" Franken den „forschen" Schwaben gegenüber zu repräsentiren. Zufall, Willkür und Anmaßung hatten die Verbindungen zusammengebracht; ihre Verfassung, Ausbildung wurde denselben Mächten überlassen, der Macht der Gewohnheit und der Macht des Stärkeren. Die Verfassung der Landsmannschaften war eine aristokratische, zum Theil erblich monarchische. Sie hatten keinen Zweck zu erreichen, als den, zu sein und — zu bleiben, was sie waren, also bedurfte der Leiter derselben keiner besondern Eigenschaften und Vorzüge, keiner weitern Qualification als der, da zu sein — ebenso wie die Monarchen nur die Qualification brauchten, als Monarchen geboren zu sein und zu existiren; der Staat erfüllte seinen Zweck — nämlich keinen Zweck — dabei immer gleichmäßig. So war denn auch bei den meisten Landsmannschaften anfangs das Amt des „Ersten", des „Seniors" erblich, indem es immer dem Aeltesten zufiel; oder höchstens, wo wirklich der senior nebst dem con- und subsenior gewählt wurde, wählte man diejenigen, welche die Willkür, die Macht

es Stärkeren am meisten geltend machen konnten, die besten Schläger. Die nun diese willkürlich über die Gesellschaft zu verfügen hatten, enso unterwarfen die älteren Mitglieder, die „Corpsburschen", sich die ngeren, die „Pennäle", „Füchse", und bildeten eine Aristokratie über nen. Und diese wiederum forderten dafür, daß sie sich von jenen rannisiren ließen, Vorrechte vor den Studenten, die in keiner Ver- ndung waren, den „Obscuren". Es ging überhaupt das Streben er Landsmannschaften dahin, die Aristokratie der Studirenden aus- machen und Niemand als Studenten anzuerkennen, der sich ihren estimmungen und Bedrückungen nicht fügte. — Aber auch der Erste, ie Senioren mußten an dem allgemeinen Vorrechte, sich tyranniſiren lassen, Theil nehmen; die Unterdrückung und Beschränkung mußte arantirt werden, und das geschah durch den Comment. Auch dieser, s Staatsgrundgesetz der Landsmannschaften, basirt ganz auf dem rincip der Principienlosigkeit. Es stellt fest die Gesetze, Formalitäten nd Convenienzen beim Duell und beim Kneipen. Ehre und Genuß nd die Hauptelemente, die das Leben der Landsmannschaften aus- illten; für jene war der Fechtboden, für diesen die Kneipe. Der omment war es, der durch Gesetze und Regeln dieselben ordnen llte, die Ehre der Pauk-, den Genuß der Biercomment. Erfüllte : diese Aufgabe, so war er ein zweckmäßiger, vernünftiger; anstatt ber durch seine Gesetze Ehre und Genuß zu regeln und zu erhalten, ebt er beide auf. Denn von Ehre, von meiner wahren persönlichen hre kann nicht mehr die Rede sein, sobald ich gezwungen bin, sie erletzt zu sehen, sie zu vertheidigen, wo ein Anderer, vielleicht ein nz Fremder, ohne Grund und Ursache ein Wort brauchen kann, B. „einen dummen Jungen aufbrummen", um sich mit mir in den affen zu messen; wo einerseits ich meine Ehre verletzt sehen muß, o sie nicht verletzt ist, und das Mittel, sie zu rechtfertigen, gebrauchen uß zu einem Spiele, um zu renommiren, und wo andererseits der egner meine Ehre verletzen will, sie, mein höchstes Gut, mißbraucht, m mich zu einem Spiele herauszufordern! Da ist die Ehre, die das uell zum Mittel der Rechtfertigung brauchte, verloren gegangen in m Duell; das Pauken geschieht um sein selbst willen, und die Ehre uß ihm zum Mittel dienen. Nicht anders war es mit dem Bier- mment. Das Trinken ist ein Mittel zum Genusse, zur Fröhlichkeit nd Geselligkeit; wie aber der Comment das Trinken regelt, so daß er genießen Wollende gezwungen ist, es zum Wettstreit der größeren eibescapacität zu machen, oder so, daß es ihm geradezu als eine trafe auferlegt wird, da hört der Genuß auf, das Trinken, das türzen wird Selbstzweck, das den Genuß vernichtet, denn der Genuß t frei, der Comment aber unerbittlich. So also macht der Comment as Duell zur Rauferei, dem die Ehre zum Spielball dient, das rinken zur Völlerei, der der Genuß geopfert wird.

Das waren die Landsmannschaften, und wir haben wohl mit Recht esagt, daß sie aus demselben Geiste — oder derselben Geistlosigkeit — ervorgegangen waren, als die politischen Zustände. Zufall und Willkür aren die Ursache ihres Entstehens, Gewohnheit und Gewalt das

Recht ihres Bestehens. Sie hatten kein Princip als eben das, da z
sein und zu bestehen: keine innere Nothwendigkeit hatte sie hervo
gerufen, sie beruhten auf geographischer Besonderung; unbewußt ve
fehlten sie die Zwecke, die sie zu erfüllen meinten, Ehre und Genuß
kein vernünftiges Ziel hatten sie sich gesteckt, denn alle wissenschaf
lichen Bestrebungen waren ihnen fremd; und endlich kein reges for
schreitendes Leben wohnte in ihnen, sonst hätte jeder selbstständige Ge
sich fragen müssen, wozu sie existirten und wie sie das am Beste
erreichten, und danach sie umgestaltet. Denn wie es überhaupt
jener kritischen Zeit nur unmittelbare bestehende Zustände gab, nic
frei und bewußt schaffende Geister, so bestanden die Verbindungen fü
sich und die Mitglieder waren da um ihretwillen, nicht die Verbi
dung um der Mitglieder willen, sondern ihr opferten sie, was sie
ihr hätten erreichen sollen, Leben, Ehre und Genuß.

Und doch lag eine solche Anziehungskraft in diesem — ich möch
sagen — sinnlosen Treiben, daß es trotz unserer kritisirenden u
reformirenden Zeit noch nicht überwunden ist und selbst Männer, d
mitten im Geiste der Zeit wirken, noch mit Lust an die Semester de
ken, die sie ihm von ihrem Triennium widmeten. Und allerdings lie
ein eigenthümlicher Reiz in diesem Studentenleben, wie in jedem Lebe
das unmittelbar eine feste und bunte Gestaltung gewonnen hat a
Voraussetzung und Entwickelungen, die wir nicht mehr verfolgen kö
nen, weil sie einzelne und zufällige waren, und nicht allgemeine u
nothwendige, und das, über Noth und Existenz hinausgestellt, die Pe
sönlichkeiten scharf und mannigfaltig hervortreten läßt. Welchen Re
gewährt nicht dieses Unbekümmertsein um Alles in dem Bewußtse
„ich bin der Fürst von Thoren", in der Erhabenheit, der „d
Welt nur lauter Wind" ist und da, um den Studenten zu amüsire
und ferner in dem Gegensatze des unbesorgten, maßlosen Genusse
der keckſten, willkürlichſten Befriedigung der Persönlichkeit und den a
gemessenen strengen Gesetzen, in denen sie scheinbar gebunden ist u
die sie mit derselben Willkür sich als Schranken gezogen hat; in de
Widerspruche der phantastischen, willkürlichen, zum Theil burlesk
Formen und dem Ernst, der Heiligkeit, womit der zügelloseſte Burs
sich ihnen fügt! Und endlich, welche Freiheit lag in diesem Leben! —
aber Freiheit allerdings nur im Gegensatz zur Unfreiheit jener Ze
zu dem Leben des Volkes, des Philisters, der in der pedantischen Ve
waltung eines Amtes seine Lebensaufgabe sah und, durch die Schrank
der Büreaukratie und der eignen Bornirtheit, auf die prosaischen Bro
und Familieninteressen zurückgedrängt war. Das ist der Zauber d
deutschen Studententhums, der ihm den allgemeinen Ruhm sein
Poesie und Romantik und seiner akademischen Freiheit gegeben hat.

So hatte das Studentenleben sich ausgebildet, besonders im 1
und 18. Jahrhundert. So mit seiner Poesie, aber auch seiner B
schränktheit, Unfreiheit und Rohheit, gehört es unter die Erzeugni
der kritiklosen vergangenen Jahrhunderte, unter das „Bestehende
welches die unterwüchsige Geschichte vor der Revolution zur Wirkli
keit gebracht hat. Aber wie im 18. Jahrhundert in allen Verhä

niſſen ſich die Kritik geltend machte und an das Wirkliche den Maßſtab des Vernünftigen legte, ſo geſchah es auch mit dem ſchönen deutſchen Studententhum. Die Zeit der Aufklärung erkannte natürlich ſeinen Zuſtand als einen ſinnloſen, wie ihn z. B. die Jobſiade darſtellt; aber wie es überhaupt im Charakter der damaligen Kosmopoliten lag, daß ſie ſich als Bürger der ganzen Welt, nur nicht eines einzelnen Staates gerirten, und deshalb wohl die ganze Welt, nur nicht einen einzelnen Staat reformiren wollten, ſo erkannten ſie das Univerſitätsleben in ſeiner Verworfenheit an, aber ſie ließen es ſich nicht der Mühe werth ſein, es zu reorganiſiren, und lebten darin, obgleich ſie es als ein ſchlechtes wußten, oder höchſtens ſie hielten ſich ganz fern davon.

Nur ein Schritt geſchah, um die Freiheit der Studenten wenigſtens in einer Beziehung zu wahren. Es geſchah das durch die Bildung der „Orden". Gleich den Illuminatengeſellſchaften waren ſie ſtreng geſchloſſen und geheimnißvoll, aber auch ebenſo zwecklos und inhaltsleer; den Bier- und Paukcomment mit den übrigen ſtudentiſchen Sitten hatten ſie von den Landsmannſchaften überkommen. Sie unterſchieden ſich aber von dieſen in dem einen Punkt, daß ſie durch das Zuſammentreten Gleichgeſinnter und Befreundeter, nicht durch gezwungene Verbindung der Landsleute ſich bildeten. Dieſelbe Modification nahmen mit der Zeit auch die Landsmannſchaften an; ſie gaben ſich als ſolche auf, verloren ihren geographiſchen Charakter und gingen über in die Corps, die ebenfalls den Zutritt nicht von dem Geburtsorte, ſondern der freien Wahl abhängig machten.

Das war die Lage des Studentenlebens am Anfang des 19. Jahrhunderts. Der Student mußte, wenn er als Student auftreten wollte, ſich eins der Corps auswählen und ſich dann dem übermüthigen Drucke der bemooſten Häupter und dem Zwange des Comments unterwerfen, oder wenn er ſeine Freiheit bewahren wollte, mußte er ſein Studententhum aufgeben und im Philiſterthum aufgehen, wo er ebenſowenig Befriedigung für jugendlichen Geiſt und wiſſenſchaftliches Streben fand. Das war das berühmte deutſche Studententhum, das Leben des gebildetſten Theiles der gebildetſten Nation! Eine ſtarre todte Form ohne Freiheit, und kein Inhalt, der eine neue freie Form gebären könnte!

Die große ſchwere Zeit der fremden Tyrannei brachte endlich dieſen Inhalt, wie in das Leben der ganzen Nation, ſo auch in das Studentenleben. Der Geiſt der Vaterlandsliebe und der Freiheit war es, der, als die deutſchen Fürſten das Vaterland unter die Herrſchaft des franzöſiſchen Ruhmes hatten fallen laſſen, alle edlen Jünglinge der deutſchen Univerſitäten zu den „Burſchenſchaften" und dieſe wieder zu der einen deutſchen „Burſchenſchaft" verband. Das war zuerſt eine Verbindung, die aus einem geiſtigen Principe hervorgegangen war, vernünftige Tendenzen im Schilde trug und ſie durch die Wirkſamkeit einer reinen edlen Geſinnung zu verwirklichen ſtrebte. Das war eine Geſtalt des Studentenlebens, die ſich rechtfertigen ließ vor der Vernunft, die den Keim des Lebens in ſich trug, denn ſie exiſtirte nicht um ihrer ſelbſt willen, ſondern hatte einen Zweck, einen großen welthiſtoriſchen Zweck ſich zur Aufgabe geſtellt. Der Geiſt, der dieſe

Verbindung zusammenhielt, das war der Geist der Freiheit und der Einheit — der Geist der Freiheit, denn nicht Zufall und Willkür, nicht Gewohnheit und Gewalt war es, die sie in's Leben riefen, sondern innere Nothwendigkeit, bewußtes Streben nach einem gemeinschaftlichen großen Ziele — und der Geist der Einheit, denn wie sie entstanden war mit dem erwachenden Gedanken des einigen Deutschland, wollte sie alle zufälligen kleinlichen Schranken des Particularismus, der Landsmannschaften und der Corps aufheben und eine Verbrüderung der ganzen deutschen Jugend wirklich werden lassen.

Damit stehen wir auf dem Boden der neuen Zeit, auf demselben Boden, in dem die Revolution ihre Wurzeln geschlagen. Hier gilt nicht mehr das Recht des Daseins, nicht mehr die Macht der Gewohnheit, nicht mehr die Gewalt des Stärkeren; die Vernunft und das freie bewußte Schaffen aus ihr heraus sind die Mächte, die jetzt zur Geltung kommen und von nun an das Studentenleben neu zu gestalten streben. Die deutsche Burschenschaft hat damals schon alle die Fragen gethan, deren Lösung die heutigen Tage bringen; beantworten aber konnte sie dieselben nicht, das blieb uns überlassen — nicht als ob sie weniger tüchtig gewesen wäre, als wir es sind, aber sie war weniger glücklich: sie entstand in der Zeit der ersten Versuche zur Befreiung, wir leben in der Zeit ihrer Vollendung.

Die Burschenschaft stellte sich die Aufgabe, die Einheit und die Freiheit, deren Untergang wir eben geschildert, zu verwirklichen, sowohl im Studententhum als im ganzen deutschen Vaterlande. Aber der Gedanke der Einheit, der sie beseelte, spaltete sie von der übrigen Masse und machte sie zu einer neuen Fraction. Die Burschenschafter wollten die Einheit der Studenten mit dem Volke herstellen im Bewußtsein der Nationalität; aber als Nationale, als Patrioten waren sie wieder im Gegensatz zu eben ihrer eignen Nation, die ohne Bewußtsein ihrer selbst, ohne Patriotismus war, und von ihr nicht verstanden, trennten sie sich von ihr los in ihre geheimen Verbindungen. Ebenso wollten sie die Einheit aller deutschen Studenten herstellen in der einigen deutschen Burschenschaft; aber als Beförderer dieser Einheit wurden sie wieder nur eine Partei gegenüber den Verbindungen, die den Particularismus, den Corpsgeist festhalten wollten, und so brachten sie erst recht eine Spaltung unter den Studenten hervor und waren gezwungen, gegen jene selbst als particuläre Verbindung sich zu constituiren, gegen die Exclusiven exclusiv zu sein, gegen den Corpsgeist eigenen Corpsgeist geltend zu machen.

Und wie stand es mit dem Geiste der Befreiung in der Burschenschaft? „Sie hatten gebauet ein stattliches Haus und drinn auf Gott vertrauet trotz Wetter, Sturm und Graus", und der Sturm, den sie zu bestehen hatten, war oft grausig genug, und es gehörten edle Gemüther, begeisterte Charaktere dazu, auszuhalten; aber — was sie erfüllte, was sie trieb, war mehr ein dunkler Drang, ein unbestimmter Enthusiasmus als klares Bewußtsein, sicheres Handeln; neben der Aufklärung der modernen Zeit viel mittelalterliche Romantik; statt des Vertrauens auf das menschliche Geschlecht oft verzagende Gebete

zum Herrn, ſtatt der Freiheit, die ſie zeugen ſollten in der Zukunft, die Freiheit verſunkener Jahrhunderte, die ſie feierten in ſentimentaler Erinnerung.

So ſteht alſo die Burſchenſchaft nicht im Geiſte unſerer Zeit, aber ſie ſtand auf der Höhe ihrer Zeit, und zu ihrem Ruhme muß man es ſagen, daß ſie nicht an derſelben feſthielt, ſondern der neuen Zeit ſich anſchloß. Es ſind verſchiedene Reformationen in ihr vorgegangen; beſonders gab das Jahr 30 dazu Anlaß. Das junge Deutſchland verjüngte auch die Burſchenſchaft; es verſcheuchte den trüben Geiſt der Romantik und ſetzte ſich über die mittelalterlichen Formen hinweg; und was man an abenteuerlichen Symbolen auch beibehielt, wurde mehr mit Humor als heiligem Ernſte gefeiert. Trotzdem fing aber gerade im Jahre 30 die Burſchenſchaft an, ſich überlebt zu haben. Die politiſche Bewegung, das Drängen nach Einheit und Freiheit wurden draußen im öffentlichen Volksleben mächtiger und mächtiger, und ſo verloren die excluſiven Corporationen, die es bisher in ſich verwahrt, ihre Bedeutung. Aber noch ein anderes Moment führte den Verfall der Burſchenſchaften herbei und entfremdete ſie ihren Tendenzen, der Einheit ſowohl als der Freiheit. Sie, die die Einheit Deutſchlands verfechten und die der deutſchen Jugend vertreten ſollten, hörten ſelbſt auf einig zu ſein. Es war dieſelbe Spaltung, welche die Religionspartei der Proteſtanten in gläubig-religiöſe und in proteſtirende Proteſtanten ſondert. Soll man das Princip feſthalten, oder ſoll man die Geſtaltung feſthalten, in der es zum erſten Male aufgetreten war? Sollte die Burſchenſchaft ſich als Burſchenſchaft, wie ſie urſprünglich gegründet war, mit ihrem frommen, mittelalterlichen Typus bewahren, oder ſollte ſie bewahren die Tendenz der Befreiung, der politiſchen Entwickelung, aus der ſie entſprungen? Das gab zweierlei Burſchenſchaften: die radicalen und die conſervativen. Wenn damit das Princip der Einheit nur noch mehr verloren gegangen war, ſo entfernte ſich die letztere Richtung auch noch von dem der Freiheit. Wenn wir ferner, das vorausgeſetzt, noch bedenken, wie die politiſche Geſinnung, die früher in dieſen Verbindungen allein einen Sammelplatz hatte, jetzt draußen im öffentlichen Leben weit mehr Nahrung, ein viel größeres Feld fand, und deshalb aufhörte, ſich in ihnen zu concentriren, ſo daß die energiſchſten Politiker oft gerade von den Burſchenſchaften ſich fern hielten; dann iſt es kein Wunder, wenn die Burſchenſchaften in den letzten Jahren aufhörten die geiſtige Blüthe des Studententhums auszumachen und faſt nur noch geſellige Bedeutung hatten, ſo daß ſie ſich mehr der Stellung der Landsmannſchaften näherten, beſonders da dieſe anfingen, mehr dem Humor als der Wildheit Raum zu geben, und ſelbſt wiſſenſchaftliche Mittheilung in den Kreis ihrer Wirkſamkeit zogen.

So hatten die Burſchenſchaften, wie bildende, ſittliche und heitere Geſellſchaften ſie auch immer blieben, doch ſich ſelbſt überlebt und ihre frühere Bedeutung verloren. Aber — „das Haus mag zerfallen, der Geiſt lebt in uns Allen", und er hat ſich mehr und mehr Bahn gebrochen. Die Burſchenſchaften an den verſchiedenen Univerſitäten ſelbſt

sahen ein, daß sie nicht mehr die Aufgabe in Anspruch nehmen dürften, die Einheit der Studentenschaften darzustellen; sie erkannten wohl, daß weder sie allein den Kern ausmachten, noch daß überhaupt die Einheit sich in die Form ihrer Verbindung werde zwängen lassen. Trotzdem aber wollten sie ihre Aufgabe nicht fallen lassen und desbalb traten sie heraus aus den Schranken ihrer Corporation. Die Burschenschaften suchten an fast allen Universitäten sogenannte „Allgemeinheiten" zu stiften. In Breslau, Halle, Leipzig, Königsberg, Heidelberg und Bonn sind diese Versuche von der Burschenschaft ausgegangen. Die Corps natürlich, da die Sache von der Burschenschaft angeregt war, schlossen sich von vornherein aus und opponirten dagegen. Aber auch die Burschenschaften, die schon eine große Aufopferung gethan hatten, daß sie über die Grenzen ihrer Verbindung hinaustraten, konnten ihren Corpsgeist nicht so weit verleugnen, daß nicht in diesen Allgemeinheiten bald Spaltungen eingetreten wären zwischen ihnen und den „Kameelen" oder „Finken"; sie traten großentheils zurück aus dieser weiteren Vereinigung, und so blieben die Kameele allein in der „Allgemeinheit", als eine sehr kleine, schwache und ebenfalls einseitige Partei. Anstatt eine Vereinigung aller Studenten, wie sie waren, mit ihren Verbindungen und deren Eigenthümlichkeiten zu erstreben, wollten sie alle diese kleineren Kreise wegrasirt wissen und nur ein allgemeines, freies, schranken- und formenloses Nebeneinanderstehen aller Studenten. Es war dieses Streben aus dem unpraktischen und planlosen Radicalismus der ersten Jahre unseres Jahrzehent hervorgegangen, der Alles und Alles negirte, der so ganz und gar Kritik war, daß er zu kritisiren vergaß, was an dem Bestehenden gut und werth sei, ferner zu kritisiren. So verwarfen sie, weil die Verbindungen nicht gut organisirt waren, die Kategorie der Verbindungen selbst; weil die Formalitäten zum Theil sinnlos waren, vernichteten sie die Form überhaupt und jedes äußere Band. Und damit hatten sie sich selbst das Todesurtheil gesprochen. Sie wollten keine Verbindung und so kam ihre eigene Vereinigung nicht zu Stande, sie konnten nur regieren, und sobald sie eine Opposition gegen die Verbindungen zu Stande gebracht hatten, war ihre Aufgabe gelöst, gingen sie in sich zu Grunde; eigenen Inhalt, positive Tendenzen konnten sie nicht haben, denn sobald sie diese blicken ließen, hätte von Außen eine rauhe Hand ihnen den Untergang bereitet, dem sie entgehen wollten.

Nur in ganz privaten Kreisen war es möglich, einen solchen positiven Inhalt, eine Gesinnung zu Tage zu fördern, und so bildeten sich denn nach dem Verfall der »Allgemeinheiten« an verschiedenen Universitäten sogenannte zwangslose „Kränzchen", oder, wenn sie durch die Erfahrung belehrt sich der alten Form wieder anschlossen, „neue Corps", auch „Landsmannschaften", die sich theils zu den Corps, theils zu den Burschenschaften neigten, aber alle ohne größere Bedeutung; denn entweder hielten sie wissenschaftliche und politische Tendenzen sich fern und dann waren sie in sich selbst nichtig; oder sie hegten dieselben, da mußten sie sie aber geheim halten und durften bei

Todesgefahr nicht damit heraustreten, so daß sie auch auf diese Art keine weite Wirksamkeit haben konnten.

Das sind die Zustände, unter denen wir die Universitäten betreten haben. Das sind die Hochschulen des Staates des Protestantismus! Das sind die Freiheiten, die man der gebildetsten Jugend der gebildetsten Nation zu ihrer Entwickelung gönnte! Jede Vereinigung der Jünglinge war von vornherein verboten! — wer kann aber leben, ohne sich an Andere anzuschließen, zu gleichen Zwecken der Geselligkeit und des Studiums mit Gleichen sich zu verbinden! Die Vereinigung und Verbindung mußte stattfinden und doch konnte man ein Gesetz machen, daß sie verboten seien! Die Verbindung fand statt und man wußte es, daß der Fuchs, der mit der bunten Mütze zur Immatriculation kam, morgen „einspringen" würde, und doch ließ man ihn den Eid mit Handschlag darauf leisten, daß er keiner Verbindung angehören würde. Und war es offen am Tage, daß er seinen Eid gebrochen, er wurde nicht bestraft, oder höchstens eines Disciplinarvergehens, nicht des Wortbruchs wegen, — wenn nämlich er zu einem Corps getreten war, das gemüthlichen Tendenzen huldigt, nur das Kneipen und Pauken heiligt! Solche Gesellschaften wurden vom Herrn Regierungsbevollmächtigten, Excellenz, auf jede Weise verschont, sie waren seine Hätschelkinder. Wehe dem aber, der, um seinen Geist und Charakter zu bilden, um mit Gesinnungstüchtigen zusammen zu kommen, zu einer burschenschaftlichen Verbindung, oder irgend einer Gesellschaft mit wissenschaftlichen Tendenzen, vielleicht gar mit einem Lesezirkel verbunden, hinzugetreten war! Der hatte allerdings sein Ehrenwort gebrochen, der war ehrlos und unwerth ein Student zu sein! Das war der Schutz der Wissenschaft, die Freiheit des geistigen Lebens unter dem alten Regime! So oft wir daran denken, müßten wir jetzt einen Fluch nachschicken den Seufzern, die sich damals heimlich aus unserer Brust stahlen. Aber — de mortuis nil nisi bene, darum dürfen wir von diesem todten Regimente gar Nichts sagen! Es ist nun besser! Die Zeitungsnachrichten vom 24. Februar haben unsere Ketten gelüftet, die Thaten vom 18. März haben sie zerrissen. Die Wissenschaft ist frei, die Geister sind selbstständig. Wie wird sich jetzt das Studentenleben gestalten? Wird es jetzt, nachdem ihm freier Spielraum gegeben ist, die Kraft zu einer schönen Gestaltung in sich tragen, wird es bewähren, daß die bisherigen traurigen, der Wissenschaft so unwürdigen Verhältnisse nur die Verkrüppelungen waren, welche der Druck der Fesseln erzeugt, oder wird der Vorwurf, den wir der alten Zeit der Unfreiheit machten, daß sie es war, die die Jugend um ihr geistiges Leben, um die Entwickelung ihrer Kräfte betrog, uns zu Verläumdern machen?

Die Wartburgtage dieses Pfingstfestes geben eine Antwort darauf. Wir wollen dem Vaterlande diese Antwort vorlegen.

Die Vorversammlungen

vom 8. bis 11. Juni.

Seitdem die Regierungen durch jahrelange inquisitorische Untersuchungen endlich zu dem Resultate gekommen waren, daß die burschenschaftlichen Verbindungen so gar staatsgefährlich nicht seien, hatte man bei manchem Auftreten derselben ein Auge zugedrückt. Und so war es den Burschenschaften der mitteldeutschen Universitäten, besonders Halle, Leipzig und Jena möglich gewesen, alljährlich zu Pfingsten auf dem Kyffhäuser zusammenzukommen, um dort einen gemüthlichen Commers zu feiern. Für das Pfingstfest dieses Jahres aber war eine förmliche Zusammenkunft womöglich aller Burschenschaften in der Stille verabredet worden. Als nun aber der gewaltige Umschwung der Dinge alle gesinnungsvollen Bestrebungen von dem Fluche der Heimlichkeit erlöste, da sollte auch diese Zusammenkunft eine vollkommen öffentliche sein, und das ist die Veranlassung zu dem Aufrufe, den unter dem Datum des 11. Mai die Jenenser Burschenschaft Germania durch ihren Sprecher, R. Reichardt stud. theol., in der heidelberger deutschen Zeitung „an alle deutschen Burschenschaften" ergehen ließ, „als an den Kern und das Salz deutscher Hochschulen, in denen noch die Idee lebt einer allgemeinen Verbindung aller deutschen studirenden Jünglinge zu körperlicher, geselliger, sittlicher, wissenschaftlicher und politischer Ausbildung." Sie wurden aufgefordert zu einer Versammlung zum Pfingstfeste an dem Orte, „wo so viele Erinnerungen an die einstige Größe der Burschenschaft mahnen, um sich darüber zu besprechen, welches künftig die Tendenz deutscher Burschenschaft, welches ihre Stellung und Wirksamkeit hinsichtlich der Reorganisation unserer Akademien, und welches endlich ihr Verhalten zum deutschen Vaterlande sein soll."

Aber — die Burschenschaft kann nicht mehr darauf Anspruch machen, allein „das Salz und der Kern" der deutschen Hochschulen zu sein und ausschließlich die Reorganisation der Studentenschaften und Universitäten zur Aufgabe haben. Die Burschenschaft wird Theil haben an dieser Aufgabe, aber nur wenn sie sich als eins der verschiedenen Elemente, die zu vereinigen sind, erkennt; sie wird zur Verbindung aller deutschen Studenten mitwirken, aber nur, wenn sie erkennt, daß sie nicht die Form besitzt, in der die Verbindung möglich ist, sondern daß ihre Form, wie die anderen Formen, aufgehen muß zur allgemeinen Einheit.

Das war es, was bei diesem Aufrufe von vielen Seiten innerhalb der Burschenschaft selbst erkannt wurde. Es ging deshalb aus demselben Orte, wie der vorige, ein neuer „Aufruf an alle Freunde der deutschen Universitäten." Er lautet:

Aufruf an alle Freunde der deutschen Universitäten.

Mitten in dem großen Strome unserer nationalen Bewegung ist der Punkt der Universitäts-Gesetzgebung bis jetzt unberührt geblieben.

Dennoch giebt es nichts, was von den zufälligen Abgrenzungen unserer Territorien unabhängiger ist und entschiedener als Nationaleigenthum anerkannt werden muß, als die Wissenschaft.

Wir laden deßhalb Alle, deren Herz, wie das unsere, für eine nationale Reorganisation der Universitäten begeistert ist, ein „zu einer Versammlung auf der Wartburg, den 1. und 2. Pfingstfeiertag." Was wir bereits für diesen Zweck im Auge haben, ist eine Petition an das Parlament der vereinigten Staaten von Deutschland:

Ein hohes Parlament wolle sämmtliche Universitäten zu Anstalten der deutschen Nation erklären;

bei der folgeweise von ihm ausgehenden Gesetzgebung unbedingte Lehr- und Lernfreiheit als erstes Princip aussprechen;

durch Aufhebung der eximirten Gerichtsbarkeit die Schranken niederreißen, welche das Volk von seiner gebildeten Jugend trennen.

Eine große Anzahl der Studenten von Jena.

Ludwig Paul, stud. theol.
Otto v. Münchow, stud. jur. } im Auftrag.
Otto Reichardt, stud. jur.

In ähnlichem Sinne ging eine Aufforderung von Bonn aus, die Wartburgversammlung nicht nur als eine burschenschaftliche zu betrachten, sondern alle Studenten auf ihr vereinigt zu sehen.

Und das war es denn auch, was in Erfüllung gehen sollte. Nach vorhergegangener Verabredung kamen am Donnerstag vor Pfingsten, am 8. Juni, Abgeordnete der näher liegenden Universitäten zu einem vorbereitenden Ausschuß zusammen. Es waren Abgeordnete von Jena, Leipzig, Halle, Göttingen, Bonn, Würzburg, Erlangen. Diese setzten ein 1) eine Logiscommission; 2) eine Festcommission; und 3) eine Commission zur Ausarbeitung der den allgemeinen Versammlungen aller anwesenden Studenten vorzulegenden Tagesordnung, so wie der dabei zu beobachtenden Geschäftsordnung. Ferner stellte sie sich zur Aufgabe, aus ihrer Mitte die Präsidenten und Schriftführer für diese Versammlung zu wählen, um sie dann bei Eröffnung zur Bestätigung vorzuschlagen. Es wurde deshalb, um die parlamentarischen Fähigkeiten der Einzelnen kennen zu lernen, beschlossen, daß bei jeder Sitzung des Ausschusses ein neuer Präsident eingesetzt werden solle.

So präsidirte Wehrenpfennig aus Jena, Ernsthausen aus Bonn, Klostermann und Lauenstein aus Göttingen, Böhmer aus Halle und Münchow aus Jena.

Am Sonnabend war man mit der Arbeit so ziemlich zu Stande gekommen. Die Debatten waren mit aller Ruhe und Einigkeit, und, mit Ausnahme mancher langen zwecklosen Formstreitigkeiten, in bester Regelmäßigkeit vor sich gegangen.

Man hatte in der Commission eine Festordnung zusammengestellt, die vom Ausschuß angenommen wurde. Sie lautete:

Am 1. Feiertage, den 11. Juni, Abends 7 Uhr, versammeln sich die angekommenen Commilitonen auf der Klemda.

Am 2. Feiertage, den 12. Juni.

1) Früh 8 Uhr Versammlung sämmtlicher Commilitonen auf dem Markte.
2) Gesang: Eine feste Burg ist unser Gott.
3) Der Zug ordnet sich zu vier Mann hoch und setzt sich mit Vorausstritt eines Musikchores in Bewegung nach dem Erholungssaale, wo die Berathung Statt finden wird.
4) Die Berathung (siehe die Geschäftsordnung).
5) Um 4 Uhr Nachmittags Versammlung auf dem Markt. Zug mit Musik nach dem Marienthale. Harmoniemusik daselbst.

Am 3. Feiertage, den 13. Juni.

1) Früh 8 Uhr Versammlung im Saale der Erholungsgesellschaft.
2) Fortsetzung der Berathung (siehe die Geschäftsordnung).
3) Nachmittags 5 Uhr feierlicher Commers auf der Wartburg.

Hierbei werden folgende Lieder gesungen:

1) Sind wir vereint zur guten Stunde ꝛc. ꝛc.
2) Brause, du Freiheitssang ꝛc. ꝛc.
3) Ein frisches Lied ꝛc. ꝛc. (Weise: allons enfans.)
4) Brüder, zu den festlichen Gelagen ꝛc. ꝛc.
5) Bringt mir Blut der edlen Reben ꝛc. ꝛc.

Die Tagesordnung lautete:

Tagesordnung

für die deutsche Studentenversammlung auf der Wartburg,

entworfen von dem berathenden Ausschuß.

1) Die Universitäten sollen Nationalanstalten werden:
   a) Das Vermögen der einzelnen Universitäten soll vom Gesammtstaat eingezogen werden.
   b) Dieser bestreitet ihre Bedürfnisse.
   c) Die Oberleitung übernimmt eine aus den Vertretern der einzelnen Universitäten zusammengesetzte Centralbehörde, die dem deutschen Reichstag verantwortlich ist.
   d) Jede Universität verwaltet die ihr von der Centralbehörde zugewiesenen Gelder durch selbstgewählte Beamte. Sie ist zuvörderst der Centralbehörde und dann dem deutschen Reichstage verantwortlich.
   e) Die Mitglieder der Centralbehörde werden auf bestimmte Zeit und mit Betheiligung der Studirenden gewählt. (Adresse.)

2) Die Universitäten sollen mit Aufhebung aller Facultäten eine encyklopädische Stellung einnehmen. (Adresse.)

3) Unbedingte Lehr- und Hörfreiheit. (Adresse.)

4) Aufhebung des Zwanges, behufs Zulassung zum Staatsexamen auf einer sogenannten Landesuniversität studirt zu haben. (Adresse.)

5) Modification respective Aufhebung der akademischen Gerichtsbarkeit. (Adresse.)

6) Die einzelnen Staaten sollen den Bundesbeschluß über Aufhebung der Ausnahmegesetze seit 1819 sofort in Wirksamkeit treten lassen. (Adresse.)

7) Gewährung aller bürgerlichen Rechte für die Studirenden, soweit sie ihnen nach den allgemeinen Gesetzen zukommen. (Adresse.)

8) Betheiligung der Studirenden bei der Wahl der akademischen Behörden und bei Besetzung der Lehrstühle. (Adresse.)

9) Wegfall der Collegienhonorare, der Gelder zur Erlangung akademischer Grade und der In- und Exmatriculationsgebühren. (Adresse.)

10) Die Erlangung eines Staatsamtes soll fernerhin nicht mehr von der Erlangung einer akademischen Würde abhängig sein. (Adresse.)

11) Aufforderung an alle Universitäten, sich baldmöglichst zu wohlorganisirten Studentenschaften zu constituiren.

12) Wiederkehr der deutschen Studentenversammlungen an einem in jeder Versammlung für das nächste Mal zu bestimmenden Orte.

13) Errichtung einer Studentenzeitung.

So waren die Aufgaben der Commissionen zur Vorlage fertig. Die letzte Ausschußsitzung am Sonnabend Nachmittag sollte nur noch die letzten Paragraphen der Geschäftsordnung bestätigen; damit sollte dann die Aufgabe des Ausschusses vollendet sein. Die Ausschußmitglieder waren froh, ihre Sache so gut und so schnell zu Stande gebracht zu haben; der Morgen und der Mittag hatten bereits eine Menge Studenten herbeigeführt, die alle mit ihren Anordnungen, und besonders denen der Logiscommission sehr zufrieden schienen, und so hatten sie, in der Hoffnung, daß nun Alles in Ruhe und der vorgeschriebenen Ordnung vor sich gehen sollte, bereits „Spritzfahrten" zur Erholung für den 1. Feiertag verabredet.

Aber während eben in der „Klemda" die letzten Paragraphen der Geschäftsordnung bestätigt und in die Druckerei geschickt werden sollten, wandte sich plötzlich das Blatt. Die thüringer Eisenbahn hatte mit dem Mittagszuge ganz neue Elemente mitgebracht, die den ersten Anstoß zu Unruhe und Uneinigkeit gaben, aber auch zu größeren und energischeren Unternehmungen, als man bisher beabsichtigt. Es waren Abgeordnete von Breslau und von der akademischen Legion in Wien zusammen angekommen. Sie hatten aus sich je 5 Mitglieder gewählt, die an dem vorbereitenden Ausschuß Theil nehmen sollten. Sobald diese, von denen die Wiener sowohl durch den Ruf ihrer politischen Bedeutung als auch durch ihr kriegerisches, fast phantastisches Ansehen sogleich Aufmerksamkeit erregten, ihre Plätze unter den Ausschußmitgliedern eingenommen hatten, zeigte es sich, wie sie mit ganz andern Ansichten und Absichten nach Eisenach gekommen waren, als man sie bisher im Ausschuß gehegt.

Die Aufrufe waren ergangen an die „Burschenschaften", an die „Freunde der Universitäten", sie hatten also die einzelnen Studenten aufgefordert, in Eisenach zusammen zu kommen, um daselbst in ihrem Namen eine Petition zu berathen und ein Wartburgfest zu feiern. Damit waren die neu Angekommenen nicht zufrieden, sie kamen nicht

als einzelne Studenten, sie kamen als die Bevollmächtigten ihrer Universitäten; Breslau hatte sogar ausführliche Mandate mitgegeben, und deshalb verlangten sie nicht eine Versammlung beliebiger einzelner Studenten, in denen jeder Anwesende berathen und stimmen dürfe, sondern eine organische Vertretung der deutschen Studentenschaften, ein vollständiges Parlament, in dem nicht nach Kopfzahl, sondern nach Maßgabe der vertretenen Universitäten die Stimmen abgegeben würden. „Eine solche allgemeine Versammlung zufällig zusammengekommener Studenten," sagten sie, „hat keinen Werth; sie giebt weder die Meinung einer einzelnen Studentenschaft, noch die aller Studentenschaften; die naheliegenden Universitäten sind stark vertreten; die größten, aber entfernteren, nur sehr gering; so kann bei dieser Versammlung eine Partei, die in Wirklichkeit unter der allgemeinen Studentenschaft nur unbedeutend ist, sehr zahlreich auftreten und sich übermäßig breit machen. Und was wir hier auch beschließen mögen und vom Reichstage petitioniren, hat keine Bedeutung, denn nur was die ganzen Studentenschaften, und was sie alle verlangen, nur darauf kann die Nationalversammlung Rücksicht nehmen. Wir sind weit hergekommen, wir sind nöthig in unserer Heimath; wir können hier nicht Feste feiern und durch zwecklose Berathungen die Zeit verlieren, wir müssen darauf dringen, daß man sich mit einer solchen offenen, zufälligen Versammlung nicht begnügt, daß man eine organisirte Vertretung der Studentenschaften in's Werk setzt. Wir müssen hier Etwas zu Stande bringen, das Bedeutung hat, das der deutschen Studentenschaft würdig ist, und wenn wir arbeiten sollten Tag und Nacht!"

Die Ausschußmitglieder von Jena, Göttingen, Bonn und Leipzig wollten darauf nicht eingehen. „Wir sind nicht hier als bevollmächtigte Vertreter unserer Universitäten," wandten sie ein, „wir sind nur abgeordnet, Vorbereitungen zu dem Feste und den allgemeinen Versammlungen zu treffen. Und die Studenten, die von unseren Universitäten hierher kommen werden, sind auch nur Einzelne, und können nicht das Recht in Anspruch nehmen, für die gesammten Studentenschaften Vertreter zu wählen. Euer Plan ist gut, aber er lag nicht in der Absicht der Aufrufe, die wir erlassen, und jetzt ist es nicht mehr möglich, ihn zu Stande zu bringen."

Die Debatte wurde heftiger und verworrener. Man war gereizt, man konnte und wollte sich nicht verständigen. Nachdem die Geschäftsordnung vollständig bestätigt war, vertagte man sowohl die Debatte über diesen kritischen Punkt, als auch die Wahl des Präsidenten und der Schriftführer für die allgemeinen Versammlungen, und hob die Sitzung auf.

Der kühle Abend nach diesem heißen Tage war der gemüthlichen Privatkneiperei unter den dunkeln Bäumen des „Felsenkellers" gewidmet. Aber auch hier unter dem friedlichen Dämmern des Abends wollte der Geist der Opposition nicht schlafen. Ein mysteriöser Zettel ging von Hand zu Hand; bei der mehr traulichen als hellen Beleuchtung las man die Worte: „Morgen um 8 Uhr Versammlung aller Stu-

denten hierselbst zu einer Berathung über die Festordnung." Keine Unterschrift. Niemand wußte, woher er kam. Die Ausschußmitglieder konnten keine Kunde davon geben, und sahen sich gegenseitig bestürzt an. Endlich kann ein Jenenser Burschenschafter uns aufklären: „Das geht von den Atheisten aus, von den reinen Verstandesmenschen, den Medicinern und Naturwissenschaftlern; es ist ihnen zu fromm und romantisch, daß wir das Fest beginnen wollen mit: „Eine feste Burg ist unser Gott."

Aber immer gewaltiger wuchs im Schooße der zeugenden Macht die Opposition. Als träte hinter jedem Baume ein Parlamentsmitglied hervor, so nahm plötzlich die Partei der Wiener und Breslauer zu. Die Marburger Abgeordneten, Braun und Weigel, schlossen sich ihnen an, und der Abendzug hatte die Berliner Deputirten mitgebracht, an ihrer Spitze die Barricadenkämpfer Salis, Rechenberg, Reinert, Niemann, Wolff und Andere, die mit den Absichten jener vollkommen harmonirten.

Der Morgen des ersten Pfingstfeiertages beleuchtete nun die Stellung der Parteien. Um 9 Uhr versammelte sich der Ausschuß. Die länger Anwesenden nahmen die Rechte ein, die Oppositionspartei, welche die Bildung eines Parlamentes verlangte, bildete die Linke. Dieser schlossen sich noch die zwei Abgeordneten von München an, Lang und Kuttler.

Das Erste, was geschah, war, daß man die Festordnung einer Revision unterwarf und das lutherische Lied daraus strich, weil die Versammlung alle Religionsparteien — und doch auch ganz Irreligiöse — umfasse. Dann wurde für die Sitzung des Tages ein Präsident gewählt. Die Uebereinstimmung der Berliner mit den Wienern und Breslauern machte Salis, obgleich er noch gar nicht gesprochen hatte, zum Präsidenten. Sodann eröffnete sich von Neuem die Debatte über die Parlamentsfrage. Die Gründe des vorigen Tages dafür und dagegen wurden wieder vorgebracht; jene hielten an der Nothwendigkeit fest, diese beharrten auf der Unmöglichkeit. Man machte endlich den Vorschlag, die Universitäten, die keine Bevollmächtigten geschickt hätten, aber in größerer Anzahl zugegen seien, sollten auf der Stelle provisorische Vertreter aus sich wählen, die an den Berathungen Theil nähmen, das Resultat aber den betreffenden Studentenschaften erst zur Bestätigung vorlegen müßten. Dahin einigte man sich denn, und nahm den Wahlmodus an, daß auf je 100 einer Studentenschaft ein Abgeordneter komme.

Dieses Resultat wurde um 2 Uhr allen Studenten vom Präsidenten Salis in einer öffentlichen Versammlung mitgetheilt, und sie wurden aufgefordert, alsbald nach den verschiedenen Universitäten sich zu versammeln und zu berathen, ob sie damit einverstanden seien, und wenn sie es wären, sogleich diese provisorischen Vertreter zu wählen.

Das geschah; und die Meisten entschieden sich dahin, daß sie das Parlament provisorisch beschicken wollten, wenn die Majorität der vertretenen Universität sich für ein solches erkläre.

Um 4 Uhr Nachmittags endlich die letzte Ausschußsitzung. Wahl

der Präsidenten und Secretäre. Die Linke erhielt durch zwei neu a
gekommene Gießner die Majorität und setzte durch zum Präsident
Lang aus München, da Salis jedes Amt ausschlug, zu Vicepr
sidenten Peters und Lauenstein aus Göttingen. Das Amt d
Schriftführer, das mehr beschwerlich als ruhmreich ist, wollte die Lin
den Herren von der andern Partei überlassen und unterließ es de
halb, ihre Stimmen zu vereinigen. Die Rechte aber sehnte sich au
nicht nach diesem mühevollen Ehrenamte und concentrirte ihre Stir
men auf die Mitglieder der Linken, so daß gegen alles Erwarten dies
ihre eigenen Namen fortwährend aus dem Hute hervorgingen, wo
eine allgemeine Heiterkeit auf beiden Seiten erregte. Es wurden g
wählt: Giseke aus Breslau, Rechenberg und Riemann a
Berlin und Klostermann aus Bonn. Damit hatte der Ausschu
seine Aufgabe vollendet.

Nach dieser Sitzung, um 7 Uhr Abends, trat das Parlament
seiner ersten constituirenden Versammlung zusammen. Lang präsidir
Es war das eine unruhige, stürmische und verworrene Debatte. E
handelte sich darum, von den einzelnen Universitäten die Antwort
erhalten, ob und in wie weit sie sich an diesem neuen constituirend
Gesammtausschuß betheiligen würden. Die Abgeordneten von Wie
Breslau, Berlin, Marburg, München, Greifswalde erklärten si
unbedingt dafür, als zu diesem Zwecke bevollmächtigt; Gießen, Gö
tingen, Bonn und Königsberg stellten provisorische Vertreter; und
fügte sich dieser Majorität von neun Universitäten die Minorität d
fünf übrigen, Halle, Jena, Leipzig, Erlangen, Würzburg.

Das war das Resultat der Vorversammlungen.

Der erste Feiertag, unter Begünstigung des schönsten Somme
wetters, hatte indessen von allen Seiten die Studenten der verschi
densten Trachten und Farben und aller Dialecte des deutschen Vate
landes herbeigeführt. Die Zahl wurde auf 15—1600 angegeben. U
das trauliche Eisenach war so gastfreundlich, diese anderthalb Tause
Fremde in seinen Mauern unterzubringen. Anfangs hatte man si
vor unserer Versammlung gefürchtet; die friedlichen Bürger besorgte
wir könnten Eisenach zur Republik machen, und in Häusern, wo
Damen gab, scheute man sich vor uns als wilden unbändigen Bu
schen. Deshalb hatte wohl mancher Hausherr auf seinem Hausherr
rechte bestanden und keinen Studenten aufnehmen wollen, und so fehl
es anfangs gar sehr an Unterkommen. Als nun aber die jungen Leu
chen angekommen waren, und man merkte, daß sie im Allgemeinen
gar fürchterlich nicht aussähen, und nicht anders wären als die E
senacher Söhne, und daß auch unter ihnen recht nette Menschen ware
da ließ sich mancher Hausherr wohl bewegen, sein Fremdenzimm
einem der deutschen Jünglinge einzuräumen. Und als des Sonnabe
Abends die Logiscommission mit einer Klingel durch die Straßen z
und ausrief, daß noch großer Mangel an Wohnungen für die Gä
sei, da machte dieses humoristische Mittel so viel Wirkung, daß ei
große Anzahl von Häusern sich zur Aufnahme noch bereitwillig erklärt
und daß wohl nicht ein einziger Student übrig geblieben ist, der üb

die echte deutsche Gastfreundlichkeit „seines Philisters" nicht viel Lobes erhoben hätte.

Dieser Sonntag war der erste Tag, wo die Studenten ihr jugendlich heiteres Treiben entfalteten. Des Nachmittags, während die Abgeordneten im Klemda-Saale beriethen, füllten die Andern die Gänge und schattigen Grasplätze des Gartens; hier suchten Einige die Bekanntschaft der schönen Welt von Eisenach zu machen, dort lagerten Andere gemüthlich im Grase und veranstalteten ein Bierspiel; Andere wieder saßen an den langen Tafeln, sangen, lachten und politisirten abwechselnd. Je später es wurde, um so lebhafter. Des Abends standen auf dem Markte und in den Straßen vor allen Gasthöfen und Bierhäusern lange Tafeln, um die sich die Freunde versammelten; und bis nach Mitternacht schallten die Gesänge und das Gelächter in die frische Nachtluft, bis auch die Flottesten ermüdeten, und sich in die gastfreundlichen Häuser zur Ruhe begaben, des Festes erwartend, das am andern Morgen mit der ersten allgemeinen Versammlung seinen Anfang nehmen sollte.

Berathungen in den allgemeinen Studentenversammlungen.

Dem von der vorbereitenden Commission aufgestellten Festprogramme gemäß, versammelten sich am 12. Juni früh 8 Uhr sämmtliche in Eisenach anwesende Studenten auf dem Markte. Unter Vortritt eines Musikcorps, mit Begleitung vieler Fahnen, zogen dieselben wohlgeordnet in die „Erholung", das Sitzungslocal.

Erste Sitzung am 12. Juni früh acht Uhr. Präsident Lang. Die Sitzung wurde mit einer Anrede des Präsidenten eröffnet, welcher die hohe Bedeutung der Versammlung in's Licht setzte. Hierauf melden sich als anwesend Studenten von Berlin, Bonn, Breslau, Erlangen, Gießen, Göttingen, Greifswald, Halle, Jena, Königsberg, Leipzig, Marburg, München, Tübingen, Wien, Würzburg; im Ganzen ohngefähr 1200 an der Zahl. Nachdem die Vorlesung einiger Zuschriften*) erfolgt war, ließ die vorbereitende Commission durch Wehrenpfennig aus Jena referiren, worauf sich ihre Thätigkeit erstreckt, und legte als Resultat die von ihr entworfene Tagesordnung, sowie eine Geschäftsordnung vor, welche von der Versammlung angenommen wurden.

Gleich mit Eröffnung sonderten sich offen die Parteien der Rechten und der Linken. Es waren das aber eine andere Rechte und eine andere Linke, als sie sich in der letzten Sitzung der Vorversammlung herausgestellt hatten. Jene Parteiung beruhte nur auf formellen Unterschieden, die Rechte, dort aus den früher Versammelten bestehend, wollte

*) Siehe die Beilage.

die Vorlagen in allgemeinen offenen Studentenversammlungen abthun, die Linke, die später von Ferne Angekommenen verlangten dazu einen aus Urwahlen hervorgegangenen Ausschuß, der die gesammte Studentenschaft vertrete. Dagegen die Parteiung, die sich jetzt in den allgemeinen Studentenversammlungen selbst herausgestellt hatte, beruhte auf Principien; sie hatte politische Bedeutung. Sie beruhte auf dem Gegensatz zwischen denen, welche die Revolution freudig begrüßten und sie durchführen wollen, und denen, welchen sie unwillkommen war und die sie am liebsten rückgängig machten; zwischen denen, welche am Alten, Hergebrachten hängen, und nur ein Recht des Daseienden kennen, und denen, welche die Vernunft zum Maße aller Verhältnisse haben, und überall die Tendenz des freien Lebens durchzuführen streben. Die Partei der Letztern umfaßte namentlich eine große Zahl der „Kameele", die Leute aus den frühern Allgemeinheiten, dann die Progressisten unter den Burschenschaftern, und endlich eine Anzahl von Corpsburschen, die sich an der Bewegung mit Eifer betheiligen. Gar bunt aus den äußerlich widersprechendsten Elementen zusammengesetzt war die andere Partei, die Rechte. Sie zählte zu ihren Vertretern die wilden, alten Corpsburschen, die Renommisten und Krakehler, die ihre aristokratische Stellung als Studenten nicht aufgeben wollen, und — die frommen, sanften Theologen, die sich einen Platz im Himmel zu verdienen glauben, wenn sie an der alten Zeit und dem alten Regime resp. Preußen hängen, die Anhänger der Studentenverbindung zum historischen Christus, namentlich des Hallenser „Wingolf", der Erlanger „Utenreuther", der Leipziger „Stahlgrauen" und Jenenser „Teutonen." — Diese Alliance war nicht neu, sie ist auf den einzelnen Universitäten in der letzten Zeit öfter vorgekommen, besonders in Halle, wo, wie auch bei diesen Versammlungen, die fleißigen Theologen den Ansichten ihr Kanzeltalent leihen, welche die nur im Pauken bewanderten Corpsburschen vertreten.

Nachdem der Ruf: „Auf die Linke! auf die Rechte!" verschollen, wurde die Debatte über den ersten Satz eröffnet:

„Die Universitäten sollen Nationalanstalten werden;"

der von einer Seite erhobene Einwand, es sei erst die Herstellung der deutschen Einheit überhaupt abzuwarten, ehe diese von Seiten der Universitäten, was Separatismus wäre, gefordert werde, fand vielfachen Widerspruch. Es sollte eben jede besondere Verbindung für diese Einheit wirken, und die Universitäten haben vor Allem den Beruf dazu, da sie ganz vorzüglich Schöpfungen des deutschen Volksgeistes seien, bestimmt diesen durch die Pflege der Wissenschaft zur Einheit zu erheben. Giseke aus Breslau bemerkte, es würde Jenen, welche die Einheit der deutschen Universitäten nicht wollten, weil Deutschland überhaupt noch nicht einig sei, ebenso gehen, wie dem Manne, welcher Obst essen wollte, aber doch nicht Kirschen und Pflaumen essen mochte. Der Antrag wurde mit übergroßer Majorität angenommen.

War gleichwohl damit das Princip in seinem mächtigen Umfange ausgesprochen, so mußte es auch um so mehr befremden, daß sich

eine heftige Opposition gegen den Antrag erhob: „Das Vermögen der einzelnen Universitäten soll vom Gesammtstaate eingezogen werden. Dieser bestreitet ihre Bedürfnisse." Gab es doch Studenten in der Versammlung, welche sich vor dieser Consequenz eines eben selbst ausgesprochenen Grundsatzes fürchteten. Man machte geltend, daß eine solche Maßregel ein Eingriff in das Eigenthumsrecht sei, welches hier um so heiliger sein müsse, als es sich auf den testatorischen Willen der Stifter gründe. Dagegen hoben die Vertheidiger des Antrages hervor, es gehöre das Universitätseigenthum der deutschen Wissenschaft an; keine öffentliche Anstalt solle liegende Gründe und Capitalien haben, das Eigenthum müsse frei sein, um fruchtbringend vom Staate verwaltet werden zu können; der schnödeste Mißbrauch werde jetzt mit dem Universitätseigenthum getrieben; die Professoren verwendeten es meistens zu ihrem Nutzen, und ließen den Studirenden nur Kärgliches ab; einzelne Staaten hätten das Klostervermögen eingezogen, und gleiches Recht stehe dem deutschen Gesammtstaate hinsichtlich des Universitätsvermögens zu, und um so mehr, da dann die Wissenschaft und die Kunst so recht dem Dienste der Nation gewidmet werden könne, während sie bisher nur mit den Fürsten und Regierungen kokettirt. Einer solchen vernunftgemäßen Beweisführung gegenüber erhob sich ein doppelter Sturm: ein Mal waren es namentlich die Katholiken, welche das herangezogene Beispiel der Säcularisation des Kirchenguts hinlänglich abschreckend fanden, um gegen den Antrag zu reden; außerdem aber eiferten dagegen jene Communistenfresser, welche in jeder gesetzmäßigen Ausgleichung bestehender Ungleichheiten die Sanctionirung des Raubes, den Aufstand gegen das Eigenthum erblicken. Unter diesen Gegnern befand sich als der bedeutendste Watzau aus Leipzig, ein Freund Florencourts, dem man es ansah, daß er gebildet ist an der Logik des Absolutismus und der Orthodoxie. Ein Schüler der Gelehrten, die durch ihre erzwungenen Scheingründe das alte Regime aufrecht erhielten und jetzt es von Neuem zu versuchen scheinen, ging er nicht auf den Kern der Sache, sondern wußte diese oder jene Consequenz des Redners durchzuführen und anzugreifen, oder er faßte ihn bei einer unvorsichtigen extravaganten Aeußerung. — In solchem Kampfe hatten sich die Partheien der Art erhitzt, daß der Präsident, namentlich als der Abgeordnete der Frankfurter National-Versammlung Kapp aus Hamm von der Gallerie aus zu reden anfing und die Rechte in Folge der erlittenen Niederlagen die Beweisführung durch Trommeln beliebte, die Sitzung für eine Stunde vertagte. Nach Ablauf derselben sprach noch der Gymnasial-Director Kapp aus Hamm in entschieden radicalem Sinne. Die Abstimmung ergab für den Antrag 619, gegen denselben 426 Stimmen, so also, daß der Antrag

„Das Vermögen der Universitäten soll vom Gesammtstaat eingezogen werden, welcher ihre Bedürfnisse bestreitet,"

mit einer Majorität von 193 Stimmen angenommen war.

Diese Abstimmung stellte die Parteien einander schroffer gegen-

über als zuvor, sie hatte den Sieg der Radicalen selbst hier bekundet, wo man vielleicht darauf ausgegangen war, von den naheliegenden Universitätsstädten so viel als möglich Conservative mitzubringen. Noch evidenter indessen tritt dies in der dritten Sitzung hervor. —

Gegen die sub Nr. 1. subsumirten, von der Commission aufgestellten Punkte: „Die Oberleitung übernimmt eine aus den Vertretern der einzelnen Universitäten zusammengesetzte Centralbehörde, die dem deutschen Reichstag verantwortlich ist. Jede Universität verwaltet die ihr von der Centralbehörde zugewiesenen Gelder durch selbstgewählte Beamte. Sie ist zuvörderst der Centralbehörde und dann dem deutschen Reichstage verantwortlich. Die Mitglieder der Centralbehörde werden auf bestimmte Zeit und mit Betheiligung der Studirenden gewählt," — gegen diese Punkte erhob sich ein heftiger Widerspruch; die Einen fürchteten, man wolle durch die ganze Institution ein neues Privilegium für die Studenten begründen, die Andern sprachen dagegen, weil die Universitäten, wenn sie Nationaleigenthum, auch unter einem allgemeinen deutschen Unterrichtsministerium, als der Centralbehörde, stehen müßten. Und von diesem Gesichtspunkte ging auch die Majorität der Versammlung aus, welche den von Münchow aus Jena gestellten Antrag annahm:

„Die Oberleitung übernimmt das deutsche Unterrichtsministerium. Im Einzelnen wird das Princip der Selbstverwaltung anerkannt."

Hierdurch fielen die übrigen Punkte sub Nr. 1. weg. Schluß der Sitzung 12½ Uhr.

Zweite Sitzung den 12. Juni, Nachmittags 2½ Uhr. Präsident Lang. Die beantragte Voranstellung des dritten Punktes wird genehmigt, und derselbe ohne Debatte zur Abstimmung gebracht. Die Versammlung beschließt einstimmig die Petition um

„Unbedingte Lehr- und Hör-Freiheit."

Bei der Berathung über die Aufhebung des Facultätenzwanges erinnerte man an den Pedantismus der Facultäten, an das Beispiel von England, welches keinen Facultäten-, ja nicht einmal einen Universitätszwang kenne, und an das Einheitliche der Wissenschaft, wornach die Facultätswissenschaften, die Medicin, die Theologie, die Jurisprudenz, nur die Anwendung der einen und höchsten Wissenschaft, der Philosophie seien. Lang aus München führte in seiner Rede aus, wie die bestehenden Facultäten mit Hintansetzung aller Wissenschaft, nur ihren Zweck durch Vorlesen bestimmter Pensa zu erreichen glauben, wie den Juristen die Werke berühmter Rechtsgelehrten vorgelesen würden ꝛc. Als factisch wurde angeführt, daß ein Professor der Philosophie in dem gegenwärtigen Sommersemester geäußert hat, er wundere sich dies Mal, so wenig Zuhörer zu haben, während sein Heft dasselbe sei wie vor vierzig Jahren, wo er sehr viele Zuhörer gehabt. Jeder erkannte den Unsinn der gegenwärtigen Eintheilung, und sah ein, daß eine so strenge Sonderung der Wissenschaft unvernünftig sein müsse. Die Majorität sprach sich für den von Klostermann aus Bonn gestellten Antrag aus:

„Die Universitäten sollen die ganze Wissenschaft vertreten und nach diesem Princip die Lehrfächer vervollständigt werden. Alle Facultätssonderung hört auf."

Es wurde auch erwähnt, wie unter dem alten Regime manche Lehrfächer entweder gar nicht, oder doch sehr unvollständig besetzt waren, namentlich wurde an die National-Oekonomie, so wie an die Philosophie erinnert; an keiner Universität sei ein Lehrer des Socialismus auf dem Katheder, während die neue Zeit voll ist von den Wirkungen dieser Wissenschaft, welche in Zukunft die unentbehrlichste zu werden verspricht.

Der vierte von der Commission gestellte Antrag: „Aufhebung des Zwanges, behufs Zulassung zum Staatsexamen auf einer sogenannten Landesuniversität studirt zu haben," war eine nothwendige Folge des Princips, daß die Universitäten Nationalanstalten sind. Es sollte hiermit nochmals die Freizügigkeit der deutschen Studenten ausgesprochen werden, während bisher das Gesetz bestand, man müsse, um zum Staatsexamen zugelassen zu werden, zum mindesten ein Jahr auf der Universität des betreffenden Staates inscribirt gewesen sein; für die Studenten der Rechte galt sogar das Gesetz, die Zeit, welche sie auf einer österreichischen Universität zubrächten, würde ihnen bei dem Triennium nicht angerechnet. So wollte man mit diesem Antrage eigentlich nur eine von selbst verständige Consequenz des ersten Satzes aussprechen. Ein Theil der Versammlung hielt jedoch diesen Antrag für zu eng, und Heffter aus Halle stellte einen weitern, welcher auch angenommen wurde:

„Zur Erlangung eines Staatsamtes soll der Besuch einer Universität nicht erforderlich sein."

Factisch bestand dies auch bereits z. B. bei dem neuen Ministerium in Preußen, doch wollte man ein für alle Mal diesen Grundsatz gesichert wissen; man sprach es aus, wie der Staat sich an Talenten, die er benutzen könnte, hierdurch bereichere, und daß die Bildung bei der Oeffentlichkeit aller staatlichen Institute und dem Associationsrecht auch sonst gewonnen werden könne. Schluß der Sitzung 5 Uhr.

Dritte Sitzung, 13. Juni, 7 Uhr. Präsident Lang. Referent Wehrenpfennig verliest die ferner eingegangenen Anträge; die sich auf Politik beziehenden werden an den Schluß der Tagesordnung gestellt.

Es kam nun wohl der wichtigste Punkt von allen zur Verhandlung, die akademische Gerichtsbarkeit. Trotzdem bereits das vorige Jahrzehnt über dieses Institut gerichtet, wurde die Debatte vollständig geführt, und es war dies gerade der Punkt, welcher am gründlichsten erörtert wurde. Eine dreistündige Discussion hierüber wiederzugeben, unterläßt der Referent deshalb, weil es ihm unnütz scheint, alle die alten Gründe für die Aufhebung zum hundertsten Male dem Leser vorzutragen; die Gründe gegen die Aufhebung sind kurz charakterisirt; wer für Beibehaltung der akademischen Gerichtsbarkeit sprach,

war einer von Denen, welche noch nicht reif sind für die neue Zeit, welche in dem Augenblicke, wo das Volk sich erhebt, um die Privilegien zu stürzen, für die Studenten ein Vorrecht haben wollen. — Am besten werden die Schattirungen der einzelnen Partheien dargestellt durch Aufführung der wichtigsten Anträge über diesen Gegenstand.

Ernsthausen aus Bonn beantragt: „Es werde für jede Universität ein Gericht erster Instanz eingerichtet, vor welches nur Studenten geladen werden können; zur Geltung möge aber das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch kommen." Dieser Antrag bezweckt die Abschaffung der akademischen Gerichtsbarkeit ihrem Inhalte nach, verlangt aber (zu welchem Zwecke, ist kaum einzusehen) eine formelle Exemtion.

Vollert aus Jena beantragt: „Jede Universität soll für sich entscheiden, in wie weit sie die akademische Gerichtsbarkeit modificirt oder aufgehoben wissen will! Wäre die Versammlung in ihrer Majorität darauf eingegangen, sie hätte sich ein testimonium paupertatis ausgestellt, wie noch keines; das fühlte sie wohl, daß sie einen Ausspruch thun mußte in dieser Frage, welche nicht nur um des Princips halber, sondern auch in der praktischen Anwendung von so hoher Bedeutung ist.

Herzka aus Wien beantragt: „In Vergehen, die ein Student nur als solcher begeht, muß er einen eximirten Gerichtsstand haben, in Vergehen aber, wo seine Studentenqualität außer Betracht steht, vor den ordentlichen Gerichtsstand kommen." Es liegt diesem Antrage eine durchaus verwerfliche Ansicht zu Grunde; der Antragsteller wird doch das Schuldenmachen und das Nachtwächterprügeln der Herren Studenten nicht milder beurtheilt wissen wollen. Der Antrag wurde auch nicht einmal unterstützt.

Klostermann aus Bonn schlägt vor: „Das Universitätsgericht werde vollständig aufgehoben. In Betreff der den Universitäten eigenthümlichen Disciplinarverhältnisse werde eine eigene Behörde, bestehend aus Studenten und Docenten, constituirt." Auch in diesem Antrage spricht sich die falsche Ansicht aus, als sei der Student noch unmündig. Was ist unter den Disciplinarverhältnissen zu verstehen? Scandal mit dem Rector oder einem der Herren Lehrer? — Werden die Studenten ihre Stellung würdig behaupten, so wird es nie ein Nachtheil sein, alle Conflicte in der Oeffentlichkeit verhandelt zu sehen; sie werden sich, wollen sie ihrer Würde nichts vergeben, schämen, eine Nachsicht zu beanspruchen.

Riemann aus Berlin macht den Antrag: „Die Universitätsgerichte mögen ersetzt werden durch Einführung der Geschwornengerichte, mit Zuziehung von Berufsgenossen und durch Bildung von Schiedsgerichten." Also eine Execution wird abgeschafft, weil sie uns nichts nützt; eine neue vortheilhaftere eingeführt! Das ist eben des Pudels Kern, daß der Student in dem allgemeinen Staatsbürgerthum aufgehe!

Giseke aus Breslau beantragt: „Man möge die akademische Gerichtsbarkeit aufgeben, sobald durch eine allgemeine Habeas corpus-

Acte und Geschwornengerichte jedem Staatsbürger eine gerechte und billige Gerichtsbarkeit garantirt ist." Dieser Antrag, welcher zur Vermittelung mit der Rechten gestellt war, schien den Radicalen noch nicht principiell genug gefaßt, da er sich speciell auf einen praktischen Vortheil stützte, der den Studenten durch Aufgeben der akademischen Gerichtsbarkeit erwachse. Die Studenten müssen durch Aufgabe der akademischen Gerichtsbarkeit nicht etwa glauben, ein Opfer gebracht zu haben, sie müssen die Sache recht ansehen und erkennen, wie sie durch diesen Schritt sich mündig gemacht. Salis aus Berlin beantragt: „Alle Exemtion der Studenten mag aufgehoben werden." Das heißt den Nagel auf den Kopf getroffen; selbst der Schein der Exemtion muß vermieden werden, die Studenten müssen, wofern die akademische Gerichtsbarkeit ein Vortheil für sie ist, derselben aus Consequenz der von ihnen oft genug ausgesprochenen Grundsätze der Demokratie entsagen; ist sie ein Nachtheil, so mögen sie, wofern jene höhere Rücksicht sie nicht leitet, doch aus eigenem Interesse ein Institut ausrotten helfen, welches, so lange es besteht, vor den Grundsätzen der Freiheit nicht Stich gehalten, welches seit Jahrzehnten dem Volke ein Stein des Anstoßes gewesen.

Der weiteste Antrag kam zuerst zur Abstimmung. Auf der Linken stimmten 350, auf der Rechten 355. Der Antrag:

„Die deutschen Studenten entsagen jeder Exemtion, wünschen namentlich die Aufhebung der bisher bestandenen akademischen Gerichtsbarkeit!"

erhielt eine Majorität von 175 Stimmen.

Die Würfel sind gefallen! Und wahrlich zur Ehre der Studenten! Es ist der Erfolg um so glänzender, als selbst eine so untergeordnet zusammengesetzte Versammlung, in welcher das conservative Element vorwiegend vertreten war, diesen Beschluß gefaßt hat, welchen das Parlament unzweifelhaft einstimmig gefaßt hätte.

Nach einer kurzen Pause erhält Graf Keller das Wort, ein Burschenschafter von 1817, welcher bei dem damaligen Wartburgfeste die Fahne getragen. Er freut sich des gefaßten Beschlusses und ermuntert die Versammlung, alle ihre Beschlüsse in demselben Sinne zu fassen. Auf seinen Antrag wird der Punkt 11 vorangestellt und die Debatte über die Organisation allgemeiner Studentenschaften eröffnet. Der definitive Antrag wird darauf gerichtet, eine Aufforderung an alle Universitäten zu erlassen, sich baldmöglichst zu wohlorganisirten Studentenschaften zu organisiren. Die Discussion führte zu Erörterungen über die einzelnen Studentenschaften, über die Verhältnisse der einzelnen Verbindungen und die Möglichkeit einer Vereinigung wenigstens da, wo die Angelegenheit Jeden auf gleiche Weise angeht. Aegidi aus Berlin und Lang aus München betheiligten sich am meisten bei der Debatte, welche deshalb zu keinem bestimmten Beschlusse führte, weil sich die Versammlung zu matt fühlte. Deshalb ging man auf den Antrag von Giseke ein und beschloß diese Angelegenheit dem Parlament zu überlassen. Trotzdem trat sie dem Vorschlage von Lang bei und erklärte, die Aufforderung möge den Wunsch

enthalten: „Studentenschaften zu organisiren mit gleicher Berechtigung Aller und auf Grundlage der Föderation, insofern es nöthig ist.“ Ebenso, es mußte dazu kommen, verlangte die Majorität, die Studenten zur Bildung eines Studentenparlaments aufzufordern. — Die Versammlung hatte es gefühlt, daß sie ihrer Größe wegen zu unbeholfen war, was aber das Wichtigste ist, sie war zur Einsicht gelangt, daß nur eine durch legitime Vertreter zusammengesetzte Versammlung eine souveräne Bedeutung gewinnen könne. Der Antrag auf

„Betheiligung der Studirenden bei der Wahl der akademischen Behörden und bei Besetzung der Lehrstühle“

wurde mit Majorität ohne Debatte angenommen. Ebenso glaubte man bei dem 6. Punkte jede Debatte für unnöthig halten zu dürfen und die Abstimmung ergab für den Antrag:

„Die einzelnen Staaten sollen den Bundesbeschluß über Aufhebung der Ausnahmsgesetze seit 1819 sofort in Wirksamkeit treten lassen“

Stimmeneinhelligkeit.

Wir müssen eingestehen, daß die Versammlung nun einen unruhigen, ungeduldigen Charakter annahm; die Vorlagen wurden entweder mit Unruhe erledigt, oder gar nicht zur Debatte gelassen. Der Grund hierzu lag nahe. Die Linke war überhaupt für die Errichtung eines Parlaments und mochte es gern leiden, wenn die allgemeine Studentenversammlung ihre Vorlagen an das Parlament verwies. Die Rechte hatte zwei Mal eine glänzende Niederlage erlitten und war nicht bereit, dasselbe noch öfter zu erleben.

Aus diesem Grunde wurde auf das Parlament verwiesen:

Der Antrag auf Gründung einer Studentenzeitung, ebenso die Anträge wegen wiederkehrender Studentenversammlungen und wegen Bewaffnung der Studenten. Gleichfalls wurden unerledigt gelassen die Vorschläge auf Aufhebung der Collegiengelder, Immatriculationsgebühren u. s. w.

Mittag 2½ Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

Vierte Sitzung, 13. Juni. Früh 10 Uhr. Präs. Lang.

Nach kurzer Debatte wird die entworfene Adresse an die Nationalversammlung angenommen. Es ist in derselben nichts Neues gesagt, sondern es sind nur die von der Versammlung gefaßten Beschlüsse aneinander gestellt. Dieselbe lautet:

An die hohe deutsche Nationalversammlung.

Die allgemeine deutsche Studentenversammlung auf der Wartburg hält eine Umgestaltung der Universitäten für dringend nöthig und legt ihre desfallsigen Wünsche einer hohen deutschen Nationalversammlung zur baldigen Erledigung vor.

Die Universitäten sollen Nationaleigenthum werden.

Das Vermögen der einzelnen Universitäten soll vom Gesammt-

staat eingezogen werden. Dieser bestreitet ihre Bedürfnisse. Die Oberleitung übernimmt das deutsche Unterrichtsministerium. Im Einzelnen wird das Princip der Selbstverwaltung anerkannt.

Unbedingte Lehr- und Hörfreiheit.

Die Universitäten sollen die ganze Wissenschaft vertreten und nach diesem Princip die Lehrfächer vervollständigt werden. Jede Facultätssonderung hört auf.

Die einzelnen Staaten sollen den Bundesbeschluß über Aufhebung der Ausnahmegesetze seit 1819 sofort in Wirksamkeit treten lassen.

Absolute Aufhebung aller Exemtionen in der Gerichtsbarkeit.

Betheiligung der Studirenden bei der Wahl der academischen Behörde und bei Besetzung der Lehrstühle.

Zur Erlangung eines Staatsamtes soll Universitätsbesuch nicht mehr erforderlich sein.

Dieses sind die Wünsche, die wir der hohen Nationalversammlung zunächst und vorläufig vorzulegen beschlossen haben; die übrigen Punkte haben wir einer studentischen Versammlung von Vertrauensmännern empfohlen, welche die weiteren Bedürfnisse der deutschen Studentenschaft festzustellen hat.

Im Namen der deutschen Studentenversammlung auf der Wartburg.

Der Präsident Stud. Lang aus München.

Eisenach, den 14. Juni 1848.

Dieselbe wird auf Antrag von Rothe aus Breslau drei nach Frankfurt reisenden Mitgliedern übergeben, nämlich Münchow aus Jena, Flesch aus Wien und Klostermann aus Bonn.

Hierauf erklärt der Präsident Lang die Versammlung für aufgelöst.

Das waren die allgemeinen Versammlungen am Montag und Dienstag. Wenn wir weiter Nichts zu berichten hätten, so hätte die Zusammenkunft doch gar zu wenig von einem Feste an sich gehabt, und Mancher hätte mit Recht klagen können, daß die politische Zeit alles Gemüthliche und Poetische aus dem Studentenleben verbannt habe. Aber auch Solchen ist ihr Recht widerfahren, und wir können uns rühmen, daß wir nicht einseitige Politiker geworden sind, denen die Freuden der Geselligkeit und der Natur fremd geworden; wir haben das neue Leben verstehen gelernt und seinen Geist in uns aufgenommen, aber auch die Vorzüge der alten Zeit uns bewahrt, um unser Leben so allseitig und reich als möglich zu gestalten.

So schroff sich bei den Debatten die Parteien auch entgegengestanden, so leicht vereinigten sich doch Alle wieder, wo es galt, den Zwiespalt zu vergessen und sich der einen allgemeinen Fröhlichkeit hinzugeben. Daß das möglich war, lag auch darin, daß man nie persönlich geworden war, daß man immer nur den Gegenstand, nicht den Gegner angegriffen hatte, und, wo wirklich eine kleine Verletzung vorfiel, Humor genug besaß, sie zu ignoriren oder durch einen jovialen Scherz die Sache beizulegen. So kam es denn, daß bei den Festlichkeiten

eine Spaltung der Studenten nicht im Geringsten zum Vorschein kam, weder zwischen Landsmannschaftern und Burschenschaftern, noch zwischen den politischen und religiösen Parteien; und namentlich der Nachmittag im Marienthale am zweiten Feiertage ließ ein wahres Volksfest zu Stande kommen.

Und ein Volksfest im vollsten und schönsten Sinne des Wortes muß man diese Feier nennen. Denn daß alle Standesunterschiede schwinden, daß jede Zurückhaltung und Fremdheit gegen die Andern aufhört und Alle sich dem Vergnügen hingeben und Alle auf die Ausgelassenheiten eingehen, und sich ansehen als die gleichen Glieder des einen Volkes, diesen Reiz gewährte das Treiben der bunten Menge in jenem lieblichen Thale. Diesseit hinter der Stadt erheben sich ziemlich steil zwei theils mit Grasplätzen und Laubholz bekleidete, theils nackte Felsenwände darbietende Abhänge, die anfangs sich erweiternd, fernerhin sich zusammenschließen und so von allen Seiten auf der Sohle des Thales eine frische Aue begrenzen; an beiden Seiten dieser ziehen sich zwei Fahrwege hin, von denen der eine nach der „hohen Sonne" führt, der andere nach der in einer Schlucht des Thales versteckten „Phantasie", der Quelle der leiblichen Genüsse, einer Restauration. Hierhin wallten in der fünften Stunde Nachmittags die Bürger und Bürgerinnen Eisenachs und ihre Gäste, die flotten Studenten. Böllerschüsse von einem steilen hohen Felsen aus erschreckten manche zarte Ohren beim Eintritt in das Thal. Die Studenten lagerten sich in einer langen Reihe auf dem linken Abhange, während sich unten auf der Au, wie lebendige Blumen, die Züge der buntgekleideten Damen hin und her bewegten, und der Weg noch immer und immer neue Massen fröhlicher Menschen herbeiführte. Allmälig bildeten sich aber unter den Studenten einzelne Gruppen. Man rollte aus der Phantasie die Bierfässer herbei und um diese sonderten sie sich, hier die blauen, dort die weißen, die rothen, die grauen Mützen; von diesem Fasse erschallte ein joviales Bierlied, von jenem ein anderes, bald stimmten Alle in dasselbe ein und sonderten sich dann wieder. Als nun Alles mit Bier versorgt war, da verwischte sich auch der Unterschied der einzelnen Fässer, alle Mützen wimmelten durcheinander und eine allgemeine ungetheilte Fröhlichkeit verband die ganze große Versammlung. Aber plötzlich — wie Gewitterschwüle — fiel es mit einemmale auf das lustige Treiben, der Quell der Heiterkeit war versiegt. Wie es mit allem Guten in der Welt ein Ende hat, so erklärte auch der Wirth, daß es mit seinem Bier zu Ende sei. Allgemeine Sensation, darauf Niedergeschlagenheit. Da aus der Masse bewegt sich ein Zug, der mehr und mehr wächst, um den Quell zu untersuchen. Die Rehberger — so nannten sich die Berliner nach ihren famosen Landsleuten, den Rehberger Arbeitern, und Wiener und Breslauer schlossen sich ihnen an — die Rehberger formirten eine „stürmische Monstrepetition"; je zwei und zwei, leere Gläser in den Händen, bewegte sich der Zug nach der Restauration. Man sucht die Kellerthüre; sie ist verschlossen; mit einem Hebebaum wird sie erbrochen, der Keller ist gestürmt und man setzt sich in Besitz eines Fasses, das noch auf-

gefunden wird, und führt es nach der Wiese aus, zum großen Schrecken des Wirthes, der sich aber bald beruhigte, als er das Geld empfing und den Scherz verstand. Indessen hatte sich eine „Biercommission" constituirt und brachte Bierfässer in einer Droschke herbeigefahren. Bei ihrer Ankunft erschallt am Fuße des Berges ein „Hoch!" und wälzt sich donnernd den Abhang hinan. Nun war das gaudium wieder vollständig und dem Humor wurde freier Spielraum gelassen. Hier an dem Fuße des Berges ertönt plötzlich ein lautes Halloh, drei stämmige Burschen in Hemdsärmeln rollen ein Faß Bier die Höhe hinan, und ihre durstigen Freunde antworten von oben mit donnerndem Jubelruf, werfen die bunten Cerevismützen in die Luft und brüllen im Vorgeschmack des nahenden Glücks ein triumphirendes: „Das Jahr ist gut, Braunbier gerathen, drum wünsch' ich mir 300 Dukaten!" Dort vereinigen sich fanatische Republikaner und ebenso fanatische Constitutionelle in dem Amendement, eine Bierrepublik zu stiften, wogegen unter lautem Beifall der berühmte „Donner" sich für „constitutionellen Durst auf den breitesten Grundlagen" ausspricht. Näher bei den ruhigern Eisenachern sitzt ein galanter Studio, der der wilden Brüder Reihen floh, und die schüchternen jungen Damen unterhält, indem er ihnen die sonderbaren Gebräuche, Ausdrücke und Farben seiner flotten Commilitonen erklärt. Ebenfalls zurückgezogen sitzen zwei einsame Freunde; auch sie flohen den wilden Trubel; auf das geleerte Faß gestützt ruhen sie umschlungen, und um Alles um sie her unbekümmert, mit verklärten Mienen lallen sie ihr Schwänenlied: „Die Welt ist lauter Wind, juchhe!" Plötzlich durch die bunten Gruppen der Aue windet sich eine lange Schlange; ein Gänsemarsch verfolgt ein Pärchen, das schnelle vertrauliche Bekanntschaft gemacht; die Nymphe entdeckt endlich die hinterlistige Verfolgung, sie entzieht sich dem Arme ihres Zephyrs und will in die Menge entschlüpfen, aber das Ungeheuer folgt ihr auf den Fersen, lautlos furchtbar; endlich verschwindet sie unter einer Gruppe und mit schallendem Gelächter löst die Schlange sich in Nichts auf! Man eröffnete jetzt neue Reigen; der Beredsamkeit einiger Liebenswürdigen war es gelungen, den Damen zu einer Polonaise Muth zu machen. Das Musikchor wird auf die Wiese herab citirt, und wer so glücklich oder so liebenswürdig war, eine Tänzerin erlangt zu haben, schlenderte im bunten Zuge gesetzt an ihrem Arme über den Rasen; wem das Glück nicht zu Theil wurde, mußte sich trösten, von dem Abhange herab den malerischen Anblick dieses bunten und lebendigen Treibens zwischen den lieblichen ruhigen Umgebungen der Natur zu genießen.

So hatte sich eine allgemeine Heiterkeit aller Gemüther bemächtigt. Leute, die wir als Fanatiker fürchteten, wurden gemüthlich und zutraulich; Männer, deren ernstes Aussehen sie keines Scherzes für fähig scheinen ließ, wurden ausgelassen; Radicale und Reactionäre gingen Arm in Arm; Atheisten und Pietisten wetteiferten miteinander in Erfindung neuer Burlesken. So sang und tanzte, sprach und lachte, und vorzüglich trank und trank die bunte Menge bis zum Dunkelwerden. Dann wurde allmälig der Rückweg in die Stadt angetreten.

Ermüdet und schweren Hauptes, wie so Manche waren, wollten Alle in einem Omnibus oder einer Droschke einen Platz finden. Aber wie viel Wagen wären für die vielen Ermüdeten nöthig gewesen! Und so wußte man sich auch hier durch humoristische Erfindungsgabe zu helfen: Einer nahm den Andern im Wagen auf den Schooß, so daß die Omnibus doppelt und dreifach besetzt waren, und dann nach vorn, hinten, auf beiden Seiten und oben auf den Verdecks hingen, saßen und standen so Viele als nur irgend einen Tritt für das knickende Bein und einen Haken zum Anhalten fanden.

In der Stadt saßen schon wieder auf dem Markte und vor den einzelnen Kneipen lustige Brüder und — tranken. Viele Lieder ertönten wieder, lustige an den Kneiptischen, liebliche vor manchen Fenstern; viele schöne Reden wurden gehalten in den constituirten Bierparlamenten, welche die Verhandlungen der letzten Tage persiflirten, und ein Jeder, dessen Fehler oder Abgeschmacktheiten hier mitgenommen wurden, war jovial genug, darüber zu lachen, und höchstens durch einen neuen Scherz sich zu rächen; um 9 Uhr war eine Versammlung der Republikaner in der Klemda, die Fanatiker waren wieder fanatisch, die Männer wieder männlich, und Mancher, der eben noch im dulci jubilo getaumelt hatte, hielt eine ausgezeichnete Rede; erhitzt von Bier und vom Politisiren trieb man sich dann durch die kühle Nachtluft und wollte an der Gemüthlichkeit der Kneipenden Theil nehmen, aber der Himmel war barmherzig genug, den Eisenacher Bürgern Ruhe zu verschaffen und gegen Mitternacht schlug ein plötzliches fürchterliches Gewitter — eine itio in partes vor, die Jeder annahm, der sich nicht den Rücken wollte waschen lassen.

Ein gleicher Humor, aber in anderer, in mehrsagender Weise entfaltete sich am Nachmittage darauf, am Dienstag, bei dem Commers oben auf der Wartburg.

Um 5 Uhr versammelten sich alle Studenten auf dem Markte. Man stellte sich zu Dreien im Zuge auf. Ein Musikchor voran und hinter ihm die schwarz-roth-goldene Fahne, getragen vom schönsten Studenten, Stephani, einem Officier der akademischen Legion zu Wien, setzte sich der Zug in Bewegung, in dem die übrigen Fahnen der einzelnen Universitäten oder Verbindungen vertheilt waren. Zunächst zog man um den Markt, und die Reihe war länger als der Umfang des Marktes; von dort ging es aus der Stadt hinaus, den Berg hinan. Von den Fenstern winkten schöne Frauen mit den Tüchern, andere grüßten mit dem Schwenken der Nationalfahne, und den halben Berg hinan hatte sich die schaulustige Menge an beiden Seiten des Weges vor und hinter den Gartenhecken aufgestellt. Einen herrlichen Anblick bot der Zug von oben dar. Während die Ersten schon auf der letzten Biegung des Weges angekommen waren, verließen die Letzten eben die Gärten der Stadt, und so dehnte sich der Zug den sich schlängelnden Weg hinan, hier dem Auge offen, dort hinter dichtem Laube versteckt und nur durch die wehenden Fahnen sein Fortschreiten anzeigend.

Durch das dröhnende Thor im Burghofe angekommen, fand man

reichlich für Plätze gesorgt; auf dem Hofe und im alten Rittersaale waren Bänke und Sitze aufgeschlagen, und bald hatten Alle Platz genommen und die einzelnen Kreise sich mit Fäßchen versorgt. Auf den andern Theilen des Hofes und an den Fenstern der Gebäude hatten sich die Bürger von Eisenach eingefunden. Jetzt sollte der feierliche Commersch beginnen, und mehrere Redner gedachten durch kurze Ansprachen fürs Erste den Ernst der Versammlung in Anspruch zu nehmen, damit sie würdig sei, ein Seitenstück zu geben zu jener erhebenden Feier, die 1817 unsere Vorfahren hier veranstalteten. Aber der Himmel war dem nicht günstig; es war kühl und windig, und der Zug wehte den Staub von dem höheren Glacis über die Sitze in die Augen und Gläser der Trinkenden, so daß es kaum möglich war, die Plätze zu behaupten. Wehrenpfennig trat auf die Rednerbühne und sprach einen Toast, der Wind verwehte seine Worte; er brachte ein Hoch aus, aber man wußte nicht worauf; es brüllte Alles „hoch!" und abermals und nochmals „hoch!", aber Andacht war unmöglich. Kluge-Karl, alias Donner, aus Breslau, das berühmte Ulkgenie, trat auf die Bühne und sagte: „Die Wartburg ist einmal ein Teufelsnest; olim mußte Dr. Luther dem Teufel das Tintenfaß an den Kopf werfen; jetzt wirft der Teufel uns die Streusandbüchse in's Gesicht. Ich schlage vor, wir ziehen auf den Markt nach Eisenach." Dieser Rath wurde zwar nicht augenblicklich befolgt, aber durch diesen Anstoß wurde dem Humor wieder freier Lauf gelassen. Wer irgend in einem Zimmer unterkommen konnte, verließ die Plätze im Freien; die Rüstsäle wurden den Kneiptischen geöffnet, die Fässer wurden neben den Rüstungen postirt und neben diesen ehrwürdigen Andenken des Mittelalters der tollste „Schafsmist" losgelassen. Da gab es wieder Bierrepublik, dort commentmäßigen Biertisch der Corpsburschen; hier romantische Lieder sentimentaler Burschenschafter, dort hatten sich wieder die Rehberger etablirt und erklärten sich für „gemüthlich und jeder Politik unzugänglich", so daß Einem, der ihnen die Republikaneradresse vorlegen wollte, von einem Glaubensgenossen ein Glas Bier über das Blatt gegossen wurde. So hatte es überall des Jubelns und der tollen Einfälle kein Ende. Der beste war wohl der, daß mit einemmale ein vollständig in Eisen gewaffneter Mann sich unter dem wilden Trubel bewegte. Ein Student hatte sich eine Rüstung angethan und proclamirte sich als deutscher Kaiser. „Ich bin das Product der 17 Vertrauensmänner", erklärte er. „Man sagt Euch, Ihr sollt Euch einen Kaiser wählen", sprach ein Anderer von der Bank; „Ihr wußtet nicht, wie solch ein Wesen aussieht — hier ist ein Exemplar davon. Wollt Ihr jetzt einen deutschen Kaiser?" Die Menge antwortete mit schallendem Gelächter. Das gehöhnte Oberhaupt des deutschen Reiches wollte sich rechtfertigen, und verlangte, daß man ihm das Visir aufschlage, damit er reden könne. Deß aber weigerte man sich, denn der deutsche Kaiser müsse „einen Maulkorb" haben. Bald jedoch wurde seine Existenz noch kritischer; es tauchte aus der Menge ein Gegenkaiser auf, der sich für den König von Baiern ausgab und als Hauptromantiker auf den Thron Anspruch mache, wäh-

rend der Erste entgegnete, er sei der von Preußen und zuerst auf den Gedanken gekommen, daß Preußen in Deutschland aufgehen solle. Die beiden mußten in einem Duell ihre Fehden ausfechten. Als aber noch ein dritter, und gar ein vierter Kaiser auferstand, verlor die Menge die Achtung vor diesen Ungethümen und wurde des Spaßes überdrüßig, so daß die Unglücklichen verspottet und hin- und hergestoßen wurden, bis es ihnen in ihrer Privathaut lieber war, als in der des deutschen Kaisers.

Das war kein Seitenstück, es war ein Gegenstück zu der Wartburgfeier vor 31 Jahren. — Wenn einer der schwärmerisch-begeisterten edlen Tugendjünglinge von 1817 unmittelbar aus jenem Feste unter uns getreten wäre, was hätte er von uns gehalten, welcher Entweihung hätten wir in seinen Augen uns schuldig gemacht, wie würden wir ihm nur der Verachtung würdig erscheinen! Keine schönen Reden, keine Freiheitslieder, keine Thränen, keine Schwüre, keine Abendmahlsfeier! Und doch — wir wollten uns nicht schämen, wenn wir vor ihm ständen. Haben wir keine schönen Reden gehalten, so haben wir gehandelt; waren wir nicht begeistert, so tröstet uns das, daß man den Männern der That die Begeisterung weniger ansieht, als denen, die es nicht zur That bringen; haben wir nicht geschwärmt, so rühmen wir uns deß, daß die Helden selbst keine Schwärmer sind, nur die ihnen nachahmen, schwärmen für sie; haben wir nicht der Freiheit den Tod geschworen, so werden wir auch ohne Schwur ihr unser Leben weihen; und endlich haben wir nicht das Abendmahl genommen, so liegt das darin, daß wir eben erwacht sind und wissen, daß es Morgen ist. Nein, wir scheuen uns nicht neben Jene zu treten. Wir sind anders, aber wir sind nicht schlechter; und daß wir anders sind, dessen freuen, dessen rühmen wir uns. Nicht, als ob wir Jenen Vorwürfe machen wollten; nicht, als ob wir uns besser dünkten — aber wir sind glücklicher. Sie konnten nicht anders; wir können mehr als sie. Denn sie lebten in einer Zeit, die zu versuchen anfing, was unsere Zeit vollendet.

Das Studentenparlament.*)

Die energische Partei, Wiener, Berliner, Breslauer, Marburger und Münchner, war mit dem festen Willen, ein beschließendes Studentenparlament zu constituiren, nach Eisenach gekommen und führte diesen Plan zu Ende.

In der Versammlung am 11. Juni erklärten die Vertreter der genannten Universitäten das Parlament als constituirt, und die anderen Universitäten traten vorbehaltlich der Ratification ihrer Committenten, zum Theil auch ohne diesen Vorbehalt, in die Versammlung.

*) Wir wählen diesen Namen, weil dies der bei den Versammlungen übliche war und der für die Zukunft giltige erst später festgesetzt worden ist.

Schon dieser Zusammentritt der Studenten von der verschiedensten Gesinnung war eine große That, denn es ist nicht nur das Eintreten das bedeutungsvolle Moment, als vielmehr die durch den Eintritt stillschweigend gegebene Erklärung, man wolle das Recht der Majorität anerkennen und sich ihren Beschlüssen fügen. Es war nicht nur ein Schritt zur Einheit, sondern es war bereits die Einigung selbst. Faßt man das ganze Gewicht dieses Schrittes in's Auge, so wird klar, wie auch im Parlament die Parteien ganz andere sein mußten, als die in den allgemeinen Studentenversammlungen. In der Versammlung am 13. Juni (Nachmittag 3 Uhr in der Klemda) war indessen noch eine, wenn auch an Zahl geringe Fraction, welche zuerst die Competenzfrage aufgenommen und entschieden wissen wollte; es schien fast, als wäre ihre Absicht dahin gegangen, diese Versammlung, welche sich bereits constituirt hatte, zu veruneinigen und so in ihrer Gesammtheit unmöglich zu machen. Indessen gelang diese unedle Absicht nicht, denn die vom Präsidenten v. Salis Sevis aus Berlin abgegebene Erklärung:

„Diejenigen, welche als Abgeordnete für ein Studentenparlament gewählt worden, sind in allen hier vorkommenden Fragen competent, so daß die gefaßten Beschlüsse für ihre Committenten bindend sind; Diejenigen hingegen, welche nur als provisorische Abgeordnete, so zu sagen als Vertrauensmänner, hier ihre Stimme abgeben, mögen jeden hier gefaßten Beschluß den Studenten ihrer Universität zur Ratification vorlegen"

erhielt bei erfolgter Abstimmung eine überwiegende Majorität.

Hierauf kam die bereits in einer früheren Vorversammlung abgesprochene Frage über die Art der Vertretung zur nochmaligen Erörterung. Man erkannte an, daß in einem Studentenparlament nicht Universitäten, sondern Studenten vertreten werden müßten, und zwar die Studentenschaften der einzelnen Universitäten, und bestimmte, daß in dem gegenwärtigen Vorparlament je 100 Committenten einen Vertreter haben sollten. Als hierauf bemerkt wurde, daß manche Universitäten in Unwissenheit über den eben erst angenommenen Modus der Vertretung nicht die gehörige Zahl der Abgeordneten geschickt hätten, wurde beantragt, in einem der betreffenden Abgeordneten mehrere Stimmen zu vereinigen, was jedoch verworfen wurde. Die Münchener (2 anstatt 8) wollten ihr Recht trotzdem geltend machen, daß die Wiener (27 anstatt 45) auf die fehlenden Stimmen verzichtet hatten. Weil man es für unparlamentarisch und für einen Verstoß gegen das demokratische Princip hielt, beschloß man, daß diejenigen Universitäten, welche in diesem Parlament nicht die ihnen nach dem festgestellten Verhältniß von 100 zu 1 zukommenden Vertreter geschickt haben, auf die fehlenden Stimmen verzichten müssen. Es erfolgte hierauf die Anmeldung der Abgeordneten, woraus sich ergab, daß für Berlin 12, Bonn 7, Breslau 8, Gießen 2, Göttingen 6, Greifswalde 1, Halle 7, Jena 4, Königsberg 1, Leipzig 9, Marburg 3,

München 2, Olmütz 3, Tübingen 5, Wien 26, Würzburg 5, zusammen 101 Vertreter anwesend waren.

Es fehlten sonach für Gießen 4, Greifswalde 1, Königsberg 4, München 6, Wien 19 Vertreter.

Gar nicht vertreten war Erlangen mit 4, Heidelberg 8, Freiburg 4, Kiel 2, Rostock 1, Innsbruck, Gratz, Brünn, Salzburg mit 9 Stimmen.

Diese Zahlen widerlegen die Behauptung, es sei nicht einmal die absolute Majorität im Parlament gewesen. Von den gar nicht vertretenen Universitäten wurde bemerkt, daß den österreichischen bisher alle Verbindung mit Deutschland gefehlt habe, diese also keine Kenntniß von der Versammlung haben. Erlangen verweigert seinen Zutritt, Heidelberg hatte sein Votum in einer Adresse abgegeben, Kiel und Rostock seien durch den Krieg in Schleswig behindert.

Hierauf erfolgte die Wahl eines Präsidenten und eines Vicepräsidenten, deren Ergebniß war, daß Lang aus München zum Präsidenten, Salis aus Berlin zum Vicepräsidenten gewählt war. — So war denn auch formell das Parlament constituirt. Der hierauf gemachte Antrag, es sollen die von Königsberg, Heidelberg, Hanau und Herrmannstadt ergangenen Erlasse*) vorgelesen werden, weil sie an das Parlament gerichtet wären, wurde verworfen, weil doch fast alle Mitglieder des Parlaments auch den allgemeinen Studentenversammlungen, in welchen jene Zuschriften verlesen worden, beigewohnt hätten.

Schluß der Sitzung Abend 8 Uhr.

Zweite Sitzung am 14. Juni. Vicepräsident Salis. Zunächst wurden fünf Mitglieder zur Führung der Protocolle ernannt. Wollner aus Breslau beantragte Veröffentlichung der Protocolle, und es wird beschlossen, dem Secretariat den Auftrag zu geben, resumirte Protocolle zu veröffentlichen. Dem Parlamente mußte an der Veröffentlichung seiner Thätigkeit gelegen sein, einmal um der Gegenpartei alle Waffen der Lüge und Verleumdung zu nehmen, dann aber auch, um dem deutschen Vaterlande, welches zum Theil vertrauensvoll, zum Theil auch achselzuckend von der Wartburgversammlung gesprochen, zu sagen, was die deutschen Studenten dort gethan. — Die Parteien im Parlament hatten sichtlich eine andere Stellung eingenommen, als Tags zuvor. Wer damals noch die Constituirung eines Parlaments zu stören strebte, suchte jetzt zu beweisen, wie sehr ihm, da dasselbe nun doch einmal zu Stande gekommen, die Ehre der deutschen Studenten am Herzen liege, und darum erlosch denn, Dank sei's dem guten Geiste Aller, der letzte Funke von Mißtrauen. Und daß es überhaupt Parteien gab, lag an der verschiedenen politischen Ueberzeugung. Aber auch die Trennung der Rechten und Linken, welche die allgemeinen Studentenversammlungen zerspalten hatte, und eine so große conservative Partei hervortreten ließ, war verschwunden; es gab fast nur noch eine Linke, die Rechte hatte unter den 100 Mit-

*) Siehe oben.

gliedern kaum 10 Anhänger; alle übrigen waren vom demokratischen Geiste durchdrungen, und es gab nur eine Parteiung zwischen Radicalen und noch Radicalern, von denen die letztere besonders bei der Frage über den unentgeltlichen Besuch der Universitäten ihre socialistische Richtung zeigten. So lieferte das Parlament durch die organische Vertretung den Beweis, daß die aristokratisch-conservativ-pietistische Partei, mit der uns die naheliegenden Universitäten in den allgemeinen Versammlungen so reich gesegnet hatten, in der allgemeinen deutschen Studentenschaft kaum zur Bedeutung kommt. Man suchte nicht jede Ansicht als eine vorhandene gleich geltend zu machen, man eilte nicht zum „Schluß der Debatte", man glaubte nicht durch Abstimmung den Zwiespalt gehoben zu haben, wie das zum Theil in den allgemeinen Studentenversammlungen geschehen war, sondern man suchte jede Ansicht in ihren Folgen abzuwägen, selbst Wünsche, deren Erfüllung Alle gleich sehnlich wünschten, von allen Seiten in Betracht zu ziehen; kurz man suchte statt des Vorwurfs jugendlichen Ungestüms das Lob männlicher Besonnenheit zu verdienen.

So war denn ein Parlament da, es waren im Parlament Alle voll des Bewußtseins, was zu thun ihnen zieme, voll der Kenntniß der Fehler der alten Zeit, voll Begeisterung für die neue Zeit auch der Universitäten, aber es fehlte der geordnete Plan, den der parlamentarische Gebrauch „Tagesordnung" zu nennen pflegt. — Zuerst lag es sehr nahe, an die Erledigung der Anträge zu gehen, welche die allgemeine Studentenversammlung dem Parlament, das anzuerkennen sie sich anfangs gesträubt, überlassen hatte. Man ging auch auf Antrag von Klostermann aus Bonn darauf ein, zuerst die überwiesenen Punkte zu erledigen. Salis aus Berlin beantragte eine Commission von 15 Mitgliedern, die sich nach den einzelnen Gegenständen in Sectionen theilen sollte; diese sollte es übernehmen, die Tagesordnung aufzustellen, die eingehenden Anträge zusammenzustellen und der Versammlung bei jedem Hauptgegenstande einen Entwurf nach ihrem Gutachten vorzulegen. Der Präsident ernannte zu dieser Commission die Mitglieder:

Giseke, Kirchner, Rothe, Wollner aus Breslau; Friedenthal, Rechenberg aus Berlin; Herzka, Klier aus Wien; Joseph aus Königsberg; Kuttler aus München; Braun aus Marburg; Ernsthausen aus Bonn; Heffter aus Halle; Wehrenpfennig aus Jena.

Nachdem man sich schnell über eine Geschäftsordnung geeinigt hatte, wobei man auf die Kostbarkeit der Zeit Rücksicht nahm, ging die Versammlung zur Debatte über „das Princip und die Tendenz der allgemeinen Studentenschaften." Die Discussion erstreckte sich oft auf locale Uebelstände, auf das Corpsunwesen ꝛc., und es wurden, wie sich ein Redner darüber äußerte, einige Stunden der tendenziösen Schönrednerei geopfert; unter den vielen Rednern sprachen mit dem meisten Erfolge. Salis aus Berlin, Lang aus München, Lauenstein aus Göttingen, Giseke und Kirchner aus Breslau, Rechenberg aus Berlin. Durch den Austausch der entgegengesetzten Ansichten wurde

indessen so viel gewonnen, daß man für diese Angelegenheit, welche zu ordnen kein Gesetz vermag, die Parteien kennen lernte und der Commission eine Anleitung gab.

Abends 8 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Dritte Sitzung am 15. Juni 10 Uhr. Präsident Lang. Die Commission war an ihre Arbeit gegangen und die zweite Section referirte bereits durch Friedenthal aus Berlin. Sie hatte zu ihrem Gegenstande einen Entwurf über das Princip und den Wahlmodus zur Bildung eines Studentenparlaments und allgemeiner Studentenschaften. Sie machte in Betreff des Vororts folgende Vorschläge, welche angenommen wurden:

„Das Parlament führt den Namen „Gesammtausschuß aller deutschen Studenten.

Zur Führung der Geschäfte wird ein „Vorort" ernannt. Hierzu kann jede deutsche Universität bestimmt werden.

Der Gesammtausschuß bestimmt den Vorort für das nächste Mal.

Der Vorort ernennt eine Centralbehörde von mindestens 7, höchstens 15 Mitgliedern, welche öffentlich bekannt gemacht werden.

Der Vorort kann in dringenden Fällen den Ausschuß berufen; die gewöhnliche Einberufung geschieht durch den Vorort nach der Beschlußnahme des Ausschusses über die gewöhnliche periodische Wiederkehr. Ebenso geschieht die Einberufung außerordentlicherweise, wenn drei Universitäten beim Vorort darauf antragen.

Der Vorort ist dem Gesammtausschuß verantwortlich."

Ein auf Festsetzung von Strafen gemachter Antrag wurde verworfen. Hiermit war der erste Abschnitt beendet. Hierauf ging der Referent darauf über, das Verhältniß der Deputirten im Gesammtausschuß zu bestimmen. In Bezug darauf machte er die von der Majorität angenommenen Anträge:

„Kein Deputirter kann zwei Stimmen übernehmen.

Die Deputirten sind verpflichtet, während der ganzen Dauer der Versammlung daran Theil zu nehmen; eventualiter muß beim Präsidenten Urlaub nachgesucht werden.

Es soll für jeden Deputirten auch ein Stellvertreter gewählt werden."

Ein vierter Vorschlag, betreffend die Diäten, wurde übergangen, weil dies so sehr privatrechtlicher Natur sei, daß man es füglich den einzelnen Universitäten überlassen müsse, was sie in Betreff der Diäten gegen ihre Deputirten thun wollten. — Die Stellung der Abgeordneten zu ihren Committenten erwägend, trug Kampe aus Breslau darauf an, die Universitäten sollten ihren jedesmaligen Vertretern Mandate geben. Die Discussion hierüber war eine gründliche Er-

örterung einer Frage, die auch im politischen Leben eine große Rolle spielt. Der Antragsteller behauptete, das Mandat sei die einzige Garantie für die Committenten, daß der Abgeordnete in ihrem Sinne stimme, und es entspräche dasselbe auch völlig dem demokratischen Princip. Hierauf wurde entgegnet, praktisch wäre ein Mandat oft unausführbar, indem die Punkte der Berathung nicht im Voraus bekannt sein könnten; theoretisch aber sei einzuwenden, die Garantie liegt in der freien Wahl; wer die Stimmen Aller oder doch der Majorität für sich hat, muß in seiner Person nach seinen Antecedentien die Garantie seiner Ueberzeugung gewähren; und endlich wäre dann jede Debatte unnöthig, weil die zu erlangenden Resultate schon vorher unabänderlich bestimmt sind. Die letztere Ansicht siegte; es wurde beschlossen:

„Die Vertreter stimmen nach eigener Ueberzeugung und dürfen an keine Mandate gebunden sein."

Hieran schließen sich folgende ohne Debatte angenommenen Bestimmungen:

„Die Vertreter müssen sich als solche durch Beglaubigungsschreiben legitimiren.

Den Committenten steht es jederzeit zu, durch Majoritätsbeschluß den Vertreter zurückzurufen.

Die Stimme des bei einer Abstimmung Fehlenden geht unbedingt verloren."

Die Bedeutung des Ausschusses wurde in folgendem Satze ausgesprochen, welcher einstimmig angenommen wurde:

„Die Beschlüsse des Gesammtausschusses gelten als Ausdruck der ganzen deutschen Studentenschaft; jeder Protest gegen dieselben wird zurückgelegt, sobald die gesetzmäßig einberufene Versammlung gesetzmäßig verfahren ist."

Man mag urtheilen über das Institut eines Parlaments der Studenten wie man will, nur durch Aufrechthaltung des angeführten Satzes kann es seine Bedeutung behaupten. Die Studenten bleiben souverain in der vollen Bedeutung des Wortes, sowie jedes Volk souverain ist, welches sich seine Gesetze durch freigewählte Vertreter geben läßt. Wäre in politischer Hinsicht in Deutschland bereits erreicht, was die Versammlung durch diesen Beschluß zu erreichen glaubte, die Demokratie hätte gesiegt, die Einheit Deutschlands wäre hergestellt und gesichert. Was die Studenten in Eisenach durch diese Worte ausgesprochen haben, ist der Inhalt der Revolutionen des Jahres 1848. Sie haben hier aber nicht als exclusiver Stand gehandelt, nein, sie haben durch Reform in ihrem Kreise gethan, was dem Vaterlande noch im Ganzen durchzuführen obliegt, und was die deutschen Männer in der Paulskirche zu Frankfurt auszuführen berufen sind kraft der Souverainetät des Volkes. Da jedoch die Angelegenheiten der Universitäten ebenfalls dem Gebiete der deutschen Centralgewalt angehören, so ist eine fernere Frage die, inwieweit die Gesetzgebung und Verwaltung des gesammten Vaterlandes den Willen der Studenten in ihren Angelegenheiten, wie sich derselbe durch den Gesammtausschuß manifestirt,

achten und beachten wird. Die Frage zu lösen, ist so schwer nicht: wird die Souverainetät des Volkes anerkannt, so haben die Studenten dieselbe Souverainetät in ihrem Kreise zu beanspruchen; sollte es dagegen der Aristokratie (von welcher Art diese auch sei) gelingen, die Souverainetät des Volkes anzutasten, so wird die deutsche Jugend wie ein Mann dem Volke zur Seite stehen zur Wahrung seiner unveräußerlichen Rechte. — Wer also nicht befangen ist vom Vorurtheile, wird in jenem Beschlusse der Eisenacher Studenten nur das Vorbild der großen Idee deutscher Einheit sehen!

Für die zukünftige Existenz des Gesammtausschusses blieben nur noch die Bestimmungen über den Wahlmodus aufzustellen. Auf Antrag der Section beschloß man:

„Um wählbar zu sein, muß man immatriculirter Student sein.

Der Abgeordnete braucht nicht dort immatriculirt zu sein, wo er gewählt ist.

Es wird das Princip der directen Urwahlen anerkannt, und zwar kommt auf je 100 Studenten ein Deputirter, desgleichen auf überzählige 50."

Diese formellen Bestimmungen sind analog dem jetzt in Deutschland geltenden Rechtsgebrauche, und auch hierin mag man also das Bestreben der deutschen Studenten, aufzugehen im deutschen Bürgerthum, anerkennen. — Aus demselben Princip floß der Antrag von Reitlinger aus Wien, welcher nicht nur einstimmig angenommen, sondern sogar mit Beifall empfangen wurde:

„Die Studenten von ganz Deutschland haben ein allgemeines akademisches Bürgerrecht in Deutschland, so daß jeder deutsche Student an jeder deutschen Universität auch das active Wahlrecht besitzt, wenn er zur Zeit der Wahlen anwesend ist."

Der Antragsteller erwähnte in seiner Motion, wie die Annahme seines Vorschlages nicht nur die Feststellung einer für Studenten geltenden Bestimmung, sondern vielmehr die Anerkennung einer analogen politischen Forderung sei. Ein allgemeines deutsches Bürgerrecht begehrt unsere Zeit, die Studenten lassen die landesherrlichen Schranken außer Acht, sie erkennen nur die Centralgewalt als den Souverain Deutschlands, sie mögen weder von sachsen-weimar'schen noch von mecklenburg'schen Universitäten etwas wissen —, deutsche Studenten wollen sie sein.

Soweit war in dieser Sitzung die Debatte wenig stürmisch; da man im Princip einig war, war man es auch in den Consequenzen. Die letzte Frage jedoch, welche zur Discussion kam, erregte die heftigsten Erörterungen. Nachdem man nämlich ausgesprochen hatte, in Bezug auf den Wahlmodus der Deputirten sei das von der Versammlung aufzustellende Princip bindend, stellte die Section den Antrag: die Universitäten bilden die Wahlkreise in der Art, daß alle Besucher in einer Generalversammlung die Gesammtzahl der dieser Universität zukommenden Vertreter durch absolute Majorität wählten. Hiergegen

beantragte v. Salis aus Berlin: es mögen auf jeder Universität in Wahlkreisen zu je 100 die Vertreter gewählt werden. Der Antragsteller motivirte diesen Vorschlag in einer gediegenen Rede über die Urwahlen, er hob hervor, wie man es wahrlich ein Tyranniſiren der Minorität nennen dürfte, wenn auf einer Universität z. B. 900 Studenten ſind und die Majorität (451) neun Vertreter ſenden könnte, während 449 unvertreten bleiben müßten; den Einwand, es würden manchmal viele Abgeordnete fehlen, weil ein Wahlkreis nicht zu Stande gekommen, benutzte Salis als Grund für ſich, indem doch Niemand verlangen würde, man ſolle den vertreten laſſen, der kein Intereſſe hat, vertreten werden zu wollen. Die gegentheilige Anſicht wurde meiſt durch den Einwand, die Bildung der Wahlkreiſe ſei ſchwierig, begründet. Ein gänzliches Verkennen des Salis'ſchen Vorſchlags war es, wenn ein Breslauer die Bildung der Wahlkreiſe nach dem Namensalphabete beantragte; denn die Abſicht, es ſollten da Gleichgeſinnte zuſammen ihren Vertreter wählen, wäre hierdurch ganz vereitelt. Die unter der heftigſten Aufregung erfolgte Abſtimmung ergab eine ſehr geringe Majorität für den Sectionsantrag, d. h. für die Wahl in Generalverſammlungen. Kampe aus Breslau, ſowie die Abgeordneten aus Jena und Halle gaben zu Protocoll, daß ſie in der Minorität geblieben. — Schluß der Sitzung 2¼ Uhr.

Vierte Sitzung 15. Juni, Nachmittags 3 Uhr. Vicepräſident Salis. Die in der vorigen Sitzung bei Abſtimmung über den Wahlmodus in der Minorität gebliebene Partei ſtellte den Antrag auf Reviſion des betreffenden Beſchluſſes, worauf auch die Verſammlung einging. Da nun geſtattet wurde, neue Anträge anzubringen, ſo wiederholte ſich zum Theil die Debatte der letzten Sitzung. Die Abgeordneten von Halle und Jena erklärten auf das Beſtimmteſte, daß ihre Committenten dieſem Beſchluſſe keine Folge leiſten würden, weil es in den dortigen Verhältniſſen liege, daß eine Generalverſammlung nur ein theilweiſes Reſultat liefere; in Halle z. B. würde es unmöglich ſein, einen Progreſſiſten zu wählen, weil die Conſervativen mit den Reactionären verbündet die Majorität hätten. — Die Vermittelungsvorſchläge, in Generalverſammlungen nach relativer Majorität zu wählen, oder die Candidaten in Wahlkreiſen zu 100 aufzuſtellen, die Wahl jedoch in Generalverſammlungen vorzunehmen, wurden gar nicht unterſtützt. Doch geleitet von der Anſicht, es müſſe das Beſtreben dieſes erſten, nur proviſoriſchen Parlaments dahin gerichtet ſein, die Einheit herzuſtellen und nicht ſelbſt Unfrieden zu ſtiften, geleitet ferner von dem Gefühle der Billigkeit, nahm die Verſammlung trotz mancher Formſcrupeln den von Wehrenpfennig aus Jena geſtellten Antrag an:

„Den einzelnen Univerſitäten bleibt es überlaſſen, entweder die Wahl der Deputirten durch Generalverſammlungen aller Studenten der Univerſität, oder in einzelnen Wahlkreiſen von je 100 anzuordnen. Die Majorität hat für die erſte Art des Wahlmodus geſtimmt."

Indem man nun mit Erledigung der von den allgemeinen Studentenversammlungen dem Parlament überwiesenen Punkte fortfahren wollte, kam zur Sprache der Antrag auf Gründung einer Studentenzeitung. Das erkannte wohl Jeder, daß es gut sein würde, ein Organ für die gesammte Studentenschaft zu haben, zumal erwog man den Vortheil desselben für die Geschäftsführung der Vorortsbehörde. Dagegen wurde jedoch angeführt, wie Unrecht es sei, das Studenteninteresse durch eine Separatzeitung zu specificiren, und somit nochmals corporativ aus dem gesammten politischen Verbande herauszutreten; ferner glaubte man aber, sei eine Zeitung ohne Parteinahme unmöglich, und darum würde eine solche doch ihr vorgegebenes Ziel, allen Studenten zu dienen, verfehlen. Was aber sollte im Grunde genommen der Antrag auf Gründung einer Zeitung vor dem Parlament? Das Parlament konnte doch als ein ephemeres keine Zeitung gründen. Braun aus Marburg übergiebt der Versammlung gedruckte Prospectus zu einer projectirten studentischen Zeitschrift „die Universität"; erklärt jedoch, mit seinem Unternehmen zurückzutreten, um die Concurrenz mit Göttingen zu vermeiden. Peters aus Göttingen zeigt an, daß unter Redaction des Dr. jur. Hartmann in Göttingen eine studentische Zeitung erscheinen wird, und beantragt, das Parlament möge den deutschen Studenten die Theilnahme an diesem Unternehmen durch Mitarbeit wie auch durch Subscription empfehlen. Er giebt auch ein ausführliches Programm zu Protocoll, woraus sich jedoch für die Zeitung noch kein sicheres Prognostikon stellen läßt. Doch wird dieser Antrag gleich den beiden folgenden verworfen, die Studentenzeitung als Beiblatt einer politischen Zeitung erscheinen zu lassen, und der von Salis, der jedesmalige Vorort möge einen Anzeiger herausgeben. Trotzdem Joseph aus Königsberg und Plachki aus Olmütz nicht verwerfliche Finanzprojecte für das Zeitungsunternehmen machen, wird die ganze Angelegenheit als ein Privatunternehmen zurückgelegt.

Der Commissionsantrag: sämmtliche in den allgemeinen Studentenversammlungen mit Majorität angenommenen Vorschläge ohne Debatte anzunehmen und die Ausarbeitung derselben in einer motivirten Adresse an die Nationalversammlung einer Commission zu übergeben, wird angenommen. Ebenso wird beschlossen, die zur Organisation allgemeiner Studentenschaften nöthigen Bestimmungen in einem Manifest an die deutschen Studenten durch die Mitglieder Reinert aus Berlin, Reitlinger aus Wien und Heffter aus Halle zusammenstellen zu lassen.

Der am Schluß der Sitzung von Kampe aus Breslau gemachte Antrag auf Erlaß eines politischen Manifestes wird vor der Hand nicht zur Debatte gelassen. — Schluß der Sitzung 7½ Uhr.

Fünfte Sitzung, 16. Juni, 10 Uhr. Präsident Lang. Reitlinger aus Wien als Referent der hierzu bestellten Commission verliest den Commissionsbericht über die Organisation allgemeiner Studentenschaften, woraus folgende Anträge formulirt werden, welche angenommen werden:

„Die Studentenschaft der einzelnen Universität bildet einen organischen Theil der allgemeinen deutschen Studentenschaft.

Jede einzelne Studentenschaft kann sich Gesetze geben, aber giltig nur solche Beschlüsse fassen, die den Principien der Gesammtverfassung und den Beschlüssen des Gesammtausschusses nicht widersprechen.

Sie übt die gesetzgebende Gewalt durch Generalversammlungen der Studenten aus. Diese sind alle gleichberechtigt und stimmen nach Kopfzahl.

Die Generalversammlungen dürfen nur solche Beschlüsse fassen, welche jeden einzelnen Studenten als solchen auf gleiche Weise angehen.

Die Studentenschaft hat einen von der Generalversammlung gewählten, ihr verantwortlichen, executiven und administrativen Ausschuß.

Durch diesen Ausschuß unterhält jede Studentenschaft die Verbindung mit dem Vororte und den einzelnen Universitäten."

Ein letzter Antrag war der: Ein nach dem demokratischen Princip zusammengesetztes Ehren- und Schiedsgericht ist die alleinige richterliche Behörde in allen Angelegenheiten der Studenten, welche nicht vor das bürgerliche Forum gehören. Dagegen traten mehrere Redner mit Heftigkeit auf als gegen ein neues Privilegium, welches sich die Studenten geben wollten. Indessen wird wohl Niemand ein Schiedsgericht für ein Privilegium ausgeben. Auf Antrag von Reinert aus Berlin wurde beschlossen:

„Den Studentenschaften wird die Gründung von Schiedsgerichten auf demokratischer Grundlage empfohlen."

Was die Versammlung zu diesem Beschlusse bewog, das war die Rücksicht auf die tausendfachen Streitigkeiten, Händeleien ꝛc., die weder vor das bürgerliche Gericht gehören, noch durch Duelle ausgemacht zu werden verdienten. Uebrigens sind Schiedsgerichte ein so demokratisches Institut, daß Niemand daran als an einem privilegirten Gerichtsstande Anstoß nehmen wird, denn es liegt in ihrem Begriffe nicht eine Bevorzugung durch Ausnahmegesetze, sondern nur die Absicht, die streitenden Parteien zum Nachgeben zu bewegen, und schließlich einen Vergleich zu Stande zu bringen. — Nachdem durch Aufstellung der genannten sieben Punkte die Grundzüge für Organisation allgemeiner Studentenschaften gegeben waren, übertrug man die Ausarbeitung eines Manifestes dem Abgeordneten Reinert aus Berlin.

Hierauf referirt Diesterweg aus Berlin über die bei der Commission noch eingegangenen Anträge, die sich meistens auf Abstellung bisher bestandener alter Einrichtungen auf den Universitäten beziehen. Wegen der Wichtigkeit des Gegenstandes kommt zuerst zur Debatte die Frage über den Wegfall der Collegienhonorare. Es stellten sich in verschiedenen Schattirungen nächst vielen Amendements hauptsächlich

drei Anträge heraus: von Diesterweg aus Berlin: Es möge bei der bisherigen Einrichtung, daß jeder Student ein bestimmtes Honorar für die Collegien bezahlt, verbleiben, doch mögen die den Unbemittelten bisher zugeflossenen Begünstigungen gerechter verwaltet und möglichst erweitert werden; von Trabert aus Marburg: die zeitherigen Collegienhonorare mögen aufhören und jeder bemittelte Student zahle in jedem Semester eine mäßige Summe, wogegen er berechtigt ist, jedwede Vorlesung zu besuchen, der Erlös soll den Docenten nach Maßgabe ihrer Vorlesungen und Zuhörer zukommen; von Friedenthal aus Berlin: auf Wegfall der Collegienhonorare resp. feste und angemessene Besoldung vom Staate. Die Vertheidiger des Friedenthal'schen Antrages gehen namentlich von der Forderung aus, der Unterricht müsse unentgeltlich sein, die Universitäten folgerecht auch den Unbemittelten offen stehen; außerdem glaubten sie, die Unabhängigkeit der Docenten sei am besten durch Fixirung ihres Gehaltes gesichert. Die Anhänger des Diesterweg'schen meinen, die Unentgeltlichkeit des Unterrichts solle sich nur auf die niedern Schulen beziehen, indem auch die Handwerker dasselbe Recht wie die Studenten beanspruchen, d. h. Errichtung von Gewerksfreischulen fordern könnten; man solle nur bedenken, daß man, indem die Lasten des Staates vergrößert würden, die Lasten des Volkes vermehre, indem der Staatshaushalt durch Steuern beschafft werde. Der Vermittlungsvorschlag von Trabert fand wenig Anklang. Unter den vielen Rednern sprachen am entschiedensten nächst den Antragstellern noch Boßwinkel aus Berlin, Ernsthausen aus Bonn, Lauenstein aus Göttingen, J. Groß aus Breslau, Haimerle und Lewi aus Wien. Es wurde noch erwähnt, wie die Unabhängigkeit der Docenten durch nichts mehr gefährdet sei, als durch die Besoldung vom Staate; dies sei eben die Abhängigkeit. Ist der Docent zum Theil auf seine Honorare angewiesen, so spornt ihn auch dieser materielle Trieb zum Fleiße, während so mancher Professor bei unmäßig hohem Gehalte nicht nur, weil es ihm unbequem ist, keine Vorlesungen hält, sondern (es werden hiefür Beispiele vorgebracht) weil er keine Zuhörer gefunden. Trotzdem man dem zuletzt Angeführten Anerkennung schenkte, entschied sich eine Majorität von zwei Stimmen für

„Wegfall der Collegienhonorare und feste Besoldung der Docenten vom Staate."

Schluß der Sitzung 2 Uhr.

Sechste Sitzung, 16. Juni, Nachmittags 3 Uhr. Präsident Lang. In einer ausführlichen Rede bespricht Referent Diesterweg die Mißstände bei den Prüfungen, namentlich die Höhe der Kosten und das oft ganz ungerechte Verfahren. Boßwinkel aus Berlin schließt hieran eine Beschwerde der Mediciner über die bei dieser Facultät übliche Prüfung, das sogenannte Philosophicum, und über den bei ihnen statthabenden Promotionszwang. Historisch wurde berichtet, wie hier und dort der Candidat, um sich den guten Erfolg zu sichern, bei seinem künftigen Examinator Vorlesungen, wenn auch nicht zu hören, so doch zu bezahlen fast gezwungen sei, und wie ein solcher

Nepotismus des Geldes namentlich bei der mediciniſchen Facultät in Berlin Statt habe. Mit demſelben Recht glaubten auch die Juriſten Beſchwerde führen zu dürfen über die Wahl ihrer Examinatoren, welche zum Theil nur Theoretiker, zum Theil nur Practiker, in mancher Prüfung kaum eine Antwort erhalten. Schließlich wurde nun auch des Mißbrauchs und des unnützen Gebrauchs der lateiniſchen Sprache, namentlich bei Disputationen, Promotionen, Preisarbeiten u. ſ. w., gedacht. So wurden denn faſt einſtimmig nachſtehende Anträge angenommen:

„Alle Examina mögen künftig öffentlich und unentgeltlich ſein.

Es wird die Abſchaffung der lateiniſchen Sprache, als officieller, von den Univerſitäten verlangt.

Alle von der Univerſität während der Studienzeit geforderten Examina ſollen wegfallen, ausgenommen die Stipendienexamina.

In der Facultät der Mediciner ſoll das philoſophiſche Examen, ſowie der Promotionszwang aufgehoben werden.

Bei mediciniſchen Prüfungen ſollen die Profeſſoren nicht als Examinatoren funyiren.

Die Prüfungen mögen überhaupt von einer Commiſſion vorgenommen werden, die von der Univerſität unabhängig iſt, beſtehend aus ſowohl theoretiſch wie practiſch bewährten Männern.

Im Beſondern hatten nun die Vertreter öſterreichiſcher Univerſitäten ſo manche Beſchwerde über dortige Einrichtungen; da dieſe Verhältniſſe der Verſammlung ganz fremd waren, ſo wurde es ihnen überlaſſen, ihre Anträge beizufügen. Es ergab ſich, daß dieſe Mißſtände ſich meiſt auf Zulaſſung zum Univerſitätsbeſuch bezogen, die dahin gehörigen Anträge wurden zurückgezogen, als der von Riemann aus Berlin gemachte Antrag:

„Der Beſuch der Univerſitäten möge Jedem geſtattet ſein, der ſich auf derſelben ausbilden will“

die Majorität erhielt. Hiermit war die letzte Schranke, der letzte Schein der corporativen Stellung der Studenten gefallen. Wer eingeht auf die Motive dieſes Beſchluſſes, wird leicht erkennen, wie das Wartburgparlament voll war von der Idee der neuen Zeit, indem es mit der politiſchen Freiheit eines Jeden auch die ſociale Gleichheit Aller erſtrebte. — Speciell für Oeſterreich und Baiern wurde die Aufhebung des Gymnaſialzwanges behufs Erlangung des Maturitätszeugniſſes beantragt.

Hiermit waren die Vorlagen erledigt.

Nachdem noch der Vorſchlag von Giſeke, ein Manifeſt beizufügen:

„Die Studenten mögen die Idee der Volksbewaffnung durch Bildung bewaffneter Corps verwirklichen helfen“

angenommen war, erfolgte die Vorlesung der beiden entworfenen Schriftstücke.

Abeken aus Berlin verlas nun nachstehende von ihm entworfene, von der Versammlung einstimmig mit Beifall aufgenommene Adresse an die Nationalversammlung:

„An die constituirende Versammlung deutscher Nation. Hohe Versammlung! Das alte System, auf dem unsere staatlichen Verhältnisse beruhten, das System der einseitigen Monarchie und des Particularismus ist gestürzt. Der Grundsatz eines einigen demokratischen Deutschlands ist siegreich an die Stelle getreten. Daraus folgt als nothwendige Consequenz, daß alle nationalen Einrichtungen von den Fesseln des alten Systems befreit und im Geiste des neuen reorganisirt werden müssen. Wir, die Vertreter der deutschen Studentenschaft, erkennen unsern Beruf, eine solche Reform für die deutschen Universitäten zu fordern. Wir treten daher vor die höchste gesetzgebende Gewalt des Vaterlandes und überantworten ihr vertrauensvoll unsere Vorschläge und Wünsche. Zunächst und als Hauptsache beantragen wir, daß jenes Princip der Einheit durch Exterritorialisirung der deutschen Universitäten zur Geltung komme. Die deutschen Universitäten müssen Nationalinstitute werden; sie müssen unmittelbar der Reichsgewalt unterworfen werden. Wie verderblich die Abhängigkeit von dem zufälligen Landesherrn den Hochschulen und der Wissenschaft ist, davon haben wir einen sprechenden Beweis in dem Schicksale der Universität, die, einst die erste unter allen, der Brennpunkt deutscher Intelligenz, durch die verfassungsfeindliche Tyrannei des Landesherrn zum Schatten der frühern Größe herabsank. Wir haben den Beweis in den maßlosen Beschränkungen der Lehrfreiheit, durch welche jede einzelne Staatsregierung die Wissenschaft in die Zwangsjacke theologischer Vorurtheile und des politischen Particularismus einzuschnüren suchte. Gerade die Universitäten bieten einen reichen Stoff für die Geschichte unserer langen politischen Schande. An vielen Orten konnten selbst die entschiedensten Talente nur mit dem Reisepaß einer servilen Gesinnung den mühsamen Weg zum Katheder vollenden. Die Wissenschaft sollte in Bedientenlivree an den Stufen der Throne stehen, um den Launen des jedesmaligen Machthabers zu dienen, um mit schimmernden Theorien die Logik des Absolutismus zu beweisen und der vom 18. Jahrhundert begrabenen Leiche der Orthodoxie ein Auferstehungsfest zu bereiten. Nach solchen Erfahrungen kann man die Wissenschaft nicht länger dem wechselnden Geschick der Einzelstaaten und der wechselnden Begabung ihrer Fürsten anvertrauen. Nur die höchste und am meisten demokratische Macht in Deutschland, die künftige Reichsverweſung, in welcher Form sie sich nur ausspreche, kann in Zukunft ein so erhabenes Amt übernehmen. Gebe man endlich der deutschen Wissenschaft deutsche Universitäten. In Bezug auf die practische Ausführung glauben wir, daß eine Centralbehörde, etwa ein deutsches Unterrichtsministerium, die obere Leitung aller Universitäten, sowie die Verwaltung der für den Bedarf der Universitäten bewilligten Steuern übernehmen müsse. Im Uebrigen, soweit es sich mit den einheitlichen Bestimmungen verträgt,

möge jede Universität ihre Angelegenheiten selbst ordnen, und zwar unter Mitwirkung der Studenten, deren akademisches Bürgerrecht bisher eine leere Phrase war; besonders in Bezug auf die Wahl der Professoren ist den Studirenden eine gewichtige Stimme zu geben. Es versteht sich von selbst, daß durch die Exterritorialisirung der Hochschulen alle jene unwürdigen Indigenatsbeschränkungen wegfallen, insbesondere die Nothwendigkeit, auf einer sogenannten Landesuniversität studirt zu haben, um zum Staatsexamen zugelassen zu werden. Als einen Mißbrauch der bisherigen Universitätsverwaltung erkennen wir die besondere akademische Gerichtsbarkeit. Wenn in mancher Hinsicht diese als ein Privilegium erscheinen kann, so wollen wir gern auf ein Vorrecht verzichten, welches schlecht zu den von uns bekannten demokratischen Grundsätzen stimmen würde. In Wahrheit liegt aber in jener akademischen Gerichtsbarkeit eine Bevormundung und schülermäßige Behandlung für uns; der Universitätsrichter hat eine ungebührliche, nur durch unvollständige und zum Theil sehr schlechte Gesetze beschränkte Gewalt, deren häufiger Mißbrauch sich z. B. darin zeigt, daß geringe polizeiliche Vergehen, die nach gewöhnlichem Gesetz mit einer unbedeutenden Geldbuße, auf den Universitäten mit persönlicher Haft bestraft werden. Da nun von einem solchen Beamten keine andere Appellation als an den Unterrichtsminister gestattet, da dieser selten ein Jurist, zuweilen selbst ein Freund der Tyrannei und Bevormundung ist, so kann der Universitätsrichter ungeahndet und ungestört die gröbsten Untersuchungsfehler und Ungerechtigkeiten begehen, und die vielgepriesene gesetzliche Freiheit hängt für den Studenten lediglich von der Persönlichkeit eines richterlichen Autokraten ab. Wir ersuchen also die hohe Versammlung, uns sobald als möglich von diesem zweideutigen Privilegium zu befreien. Aber auch in ihrer wissenschaftlichen Seite bedürfen unsere Hochschulen einer Reformation. Die vielverlangte Lern- und Lehrfreiheit muß auf bestimmte Gesetze gegründet und geordnet werden. Insbesondere halten wir die alte Facultätsordnung, die theilweise die verschiedenartigsten Wissenschaften unnatürlich zusammenschachtelt, theils jedem in ihre Abtheilung eingeschriebenen Studenten die Annahme bestimmter Vorlesungen zur Pflicht macht, für unlogisch und mit der Lernfreiheit unverträglich. Ebenso unpassend ist der Gebrauch der lateinischen Sprache bei Prüfungen und Promotionen, wie denn auch diese Unsitte aus einer Zeit stammt, in der die deutsche Sprache von einer unpatriotischen Gelehrtenkaste geächtet war. Um aber die wissenschaftliche Ausbildung Jedem zugänglich zu machen und die Hörsäle auch dem unbemittelten Talent zu öffnen, haben wir uns über folgende Punkte geeinigt, die wir für unabweislich halten, wenn man die Hochschulen zu einem echten Volksinstitut machen will. Die Collegienhonorare sollen wegfallen und eine feste Besoldung der Docenten an die Stelle treten. Der Besuch der Universität soll Jedem, der sich auf derselben ausbilden will, gestattet sein. Alle Examina sollen unentgeltlich und von einer Commission vorgenommen werden, die von der Universität unabhängig aus theoretisch und practisch bewährten Männern zusammengesetzt ist. Alle von der Universität wäh-

rend der Studienzeit geforderten Prüfungen fallen weg, insbesondere das philosophicum und der Promotionszwang der Mediciner. Davon ausgenommen sollen die Stipendieneramina sein. Die Benutzung der Universitätsapparate-Institute und Räume soll den Professoren wie den Studenten gleichmäßig zustehen. In diesem Sinne richten wir an die hohe Versammlung vertrauensvoll die Bitte, baldigst einen Ausschuß zur Reformation der deutschen Universitätsverhältnisse zu ernennen. Die Versammlung, welche berufen ist, aus der deutschen Vielheit eine deutsche Einheit zu schaffen, wird unser Streben würdigen, diese langersehnte Einheit auch in unsern Verhältnissen darzustellen. — Die in Eisenach versammelten Vertreter der deutschen Studentenschaft."

Das von Reinert aus Berlin entworfene Manifest an die deutschen Studenten wurde gleichfalls angenommen. Dasselbe lautet:

„Brudergruß und Handschlag unsern Commilitonen. Durch die großen Stürme politischer Begebenheiten, die das deutsche Volk aufrüttelten aus seinem dreißigjährigen Schlafe, hat auch die deutsche Studentenschaft sich erhoben, ihren mittelalterlichen Romanticismus über Bord zu werfen.

Commilitonen! Die Revolutionen dieses Jahres haben die Verhältnisse aller Stände bis in's Tiefste erschüttert, auch die des unsrigen; die Revolution ist die Mutter unserer studentischen Reform.

Die Reformen in's Werk zu setzen, hat sich aus den Abgeordneten beinahe aller deutschen Universitäten ein „provisorischer Gesammtausschuß der deutschen Studenten" gebildet. Er hat nach Beendigung der hiesigen Studentenversammlungen seine Sitzungen begonnen.

Commilitonen! Was uns leitete bei allen Berathungen, was das Ziel war, auf das wir lossteuerten, es ist der große Gedanke, der die ganze politische Welt bewegt: ein freies, einiges Deutschland.

In diesem Sinne und zu diesem Zwecke theilen wir Euch die Beschlüsse mit.

Commilitonen! nehmt diese Vorlagen auf mit dem Vertrauen, das im gegenwärtigen Augenblicke einzig und allein uns jenes hohe Ziel erreichbar macht. Dieses Ziel allein habt vor Augen bei deren Beurtheilung. Wir waren nicht in der Lage, zu decretiren, wir rathen. Seid nachsichtig mit diesem Rathe, Ihr, die Ihr keine mit Mandaten versehenen Abgeordnete unter uns hattet; gebt Euch zufrieden mit dem Wenigen, was ein Provisorium schaffen konnte, Ihr, deren Abgeordnete Mandate hatten.

Commilitonen! Aller Anfang ist schwer; erleichtert ihn durch Eure vertrauensvolle Mitwirkung, und der nächste definitive Gesammtausschuß wird den Bau vollenden können, dessen Zweck ist die Herbeiführung und Unterstützung eines freien, einigen Deutschlands.

Glück auf!"

(Es wird beigelegt der Auszug aus dem Protocolle der dritten und fünften Sitzung.)

So war denn die dem Parlament gestellte Aufgabe gelöst und es blieb nur noch übrig die Bestimmungen für den nächsten Zusam-

ıtritt des Gesammtausschusses zu besprechen. In Bezug hierauf rde beschlossen:

„Am 25. August 1848 tritt der Gesammtausschuß der deutschen Studenten in Eisenach zusammen."

Ueber Ort und Zeit ließ man practische Rücksichten entscheiden. Demnächst wurde

Breslau zum Vorort für das nächste Mal bestimmt.

Als man nach diesen Schlußbestimmungen den endlichen Schluß Versammlung und deren Auflösung erwartete, da lastete es cent- schwer auf Manches Herzen, und Einer, Kampe aus Breslau, dem Gefühl Worte und beantragte den Erlaß eines Manifestes das deutsche Volk, als an den Mutterschooß der deutschen Jugend, entsprungen dieselbe ihr Leben und ihre Kraft zu weihen bereit muß. Der Antrag fiel. Die Debatte hierüber verschweigt der ferent.

Nachdem der Präsident Lang der Versammlung einige Abschieds- rte gesagt, votirte dieselbe ihm ein Dankesvotum für die Unpar- lichkeit, Energie und Ausdauer, mit welcher derselbe die Versamm- ıg geleitet.

Um 8¼ Uhr erklärte der Präsident die Versammlung für auf- löst.

Politische Manifestationen.

Die sittliche, intellectuelle und bürgerliche Freiheit der Studenten t diese von jeher einer innigen Theilnahme an der Geschichte der :genwart, d. h. an der Politik, zugeführt. Die Jugend, deren Auf- be es ist, die Wahrheit durch die Wissenschaft zu erforschen, der es teht, im Rathe der Völker ihre Stimme vernehmen zu lassen, die ıtkräftig ihre Begeisterung für das Wohl des Vaterlandes schon so manifestirt hat, eine solche Jugend wird nun und nimmermehr ißig dem Treiben der Zeit zuschauen, nein, sie wird jeden Augen- ck bereit sein, die Waffen des Geistes, wie auch ihr Schwert der ten Sache des Volkes, dem sie angehört, zu weihen.

Die Geschichte der Universitäten zeigt uns, wie diese im Anfange ı Verein waren Lehrender und Lernender zu gemeinschaftlichem Wirken r die freie Wissenschaft. Dann folgte eine Zeit, das Zeitalter un- :er politischen Niedrigkeit, wo die Universitäten nur die Pflanz- ıulen waren des Pfaffenthums und geistloser Vielwisserei. In dieser :it war der Student ein unmündiger Schüler seines Herrn Magi- rs, in jener ein freier Mann, dem man die Berechtigung am fentlichen Leben nicht abzusprechen wagte; man erkannte vielmehr in n Studenten als in der Jugend des ganzen Volkes ein bedeutendes loment des Gesammtwillens des Volkes und räumte ihnen das Recht n, sich vertreten zu lassen. Haben die Vorgänge auf der alten Uni-

verſität Prag es nicht ſattſam bewieſen, wie gerade die Studenten den Volkswillen zu erkennen und ihn durch die That zu documentiren ſich bemühten? Haben es die Kämpfe für die deutſche Unabhängigkeit nicht bewieſen, wie der Student ſein Leben gegen den Verderben bringenden Feind opferte? O, das Volk, zum mindeſten das deutſche Volk vertraut auf ſeine Jugend, welche dazu berufen iſt, die Geſchichte der Zukunft zu machen. Deutſche Studenten! Ihr in Wien und Berlin habt es in den Revolutionen des Jahres 1848 geſehen, wie viel Vertrauen das Volk in Euch ſetzt, wie die maſſenhafte Kraft Euch, der intelligenten Kraft, gefolgt iſt! Ihr habt ſelbſt die Beiſpiele nie gekannter Großmuth geſehen, Ihr in Wien namentlich. Daß ich es nur ſage: als man den Wiener Studenten den Aufenthalt in Wien unmöglich machen wollte, haben die Arbeiter, d. h. Leute, welche jeden Kreuzer unter den Schweißtropfen ihres Körpers verdienen, dieſe haben ſich eine freiwillige Steuer von ihrem Tageslohn zur Erhaltung der Studenten, als der Beſchützer der errungenen Freiheit aufgelegt. Als man gewaltſam Eure Auflöſung beabſichtigte, hat das Volk von Wien eine Revolution für Euch gewagt! Das ſind Thatſachen. Will man den Studenten das Recht der Theilnahme an der Politik ſtreitig machen, ſo leugne man dieſe Facta. — Könnte es Einen unter Euch, Commilitonen, geben, welcher ſagte, es ſei nicht Zweck der Verſammlung, etwas Politiſches zu thun und darum ſolle auch nichts der Art geſchehen? — Ihr verſtummt, Ihr erkennt es, daß die Augen des Volkes hierher gerichtet ſind, ein Wort von Euch deutſchen Studenten zu hören; Ein Wort von Euch Allen, das wäre eine große That! Ihr ſeid hier aus allen Gauen Deutſchlands vereint, ſprecht dieſes Wort zu Euerm Volke, und die Weltgeſchichte wird Euern Namen der Nachwelt aufbewahren! Und wenn endlich auch Ruhmbegier Euch nicht dazu antreibt, ſo helft denen Eurer Commilitonen, welche dem Volke einen ſolchen Tribut ſchuldig ſind, dieſen in würdiger Weiſe abtragen. Redet zu dem deutſchen Volke als zu Euerm Stamme, den Ihr frei von innern wie von äußern Feinden zu erhalten ſchwöret!

In ſolchem Sinne war der Aufruf geſchrieben, den die Nummer 70 von A. Ruges „Reform" enthielt und der in mehreren hundert Exemplaren an die in Eiſenach verſammelten Studirenden vertheilt wurde:

„An die auf der Wartburg verſammelten deutſchen Studenten. Ein Organ der Freiheit, ein Blatt, in welchem Euch zum Theil wohlbekannte Männer für die großen Principien der Volksſouverainetät kämpfen, erhebt ſeine mahnende Stimme auch unter Euch, Deutſchlands jugendliche Söhne, und wünſcht Euch Heil zum ernſten Thun!

Zweimal ſchon ſtand über der Wartburg Deutſchlands Hoffnungsſtern. Hier war's, wo Luther die Waffen der Befreiung von Roms Glaubenszwange ſchmiedete, hier auch, wo die jugendlichen Kämpfer für die Selbſt-

ändigkeit des Vaterlandes ein Fest der Freiheitsbegeisterung begingen.

Die Hoffnung soll sich erfüllen, hinter den Sternen soll die Sonne der Freiheit aufsteigen! Zum dritten Male wird dieser Ort historische Bedeutung erhalten; es ist ein Ruf an die willens- und thatkräftige deutsche Jugend ergangen, hier, wo die ursprünglichen Formen der Freiheit gelegt wurden, den Bau der neuen Zeit weiter zu führen und vollenden zu helfen.

Eine glorreiche Revolution hat das Lügengebäude diplomatischer Staatskunst über den Haufen geworfen. Die alten Autoritäten sind gestürzt und über den wirr und wüst übereinander liegenden Trümmern steht ein neuer Meister und Herr — das Volk, sinnend, nach welchem Plane es die neue Burg der Freiheit aufbauen soll.

Freunde! wir haben die drei Decennien, welche seit der letzten großen Volksthat verflossen sind, nicht müßig zugebracht, wir sind vom politischen Selbstgefühl zum politischen Selbstbewußtsein vorgeschritten, vom Enthusiasmus der Freiheit zur politischen Durchbildung. Der Staat ist die Demokratie, und die Macht und das Recht dieser Macht liegt im Volke, das Volk und Niemand auser ihm oder über ihm vereinigt die Quelle des vollen Rechts und der vollen Macht in sich: Das Volk ist souverain.

Es giebt unklare Köpfe und romantische Schwindler, welche diesen Grundsatz dadurch umstoßen wollen, daß sie der Souverainetät oder doch einem Theile derselben außerhalb des Volkes den Sitz anweisen. Ihr, deutsche Jünglinge, die Ihr die Alleinberechtigung des Volkes nicht blos in Eurer philosophischen Erkenntniß getragen, sondern sie auch mit dem Schwerte zur Welt gebracht und Euch damit ein ruhmwürdiges Andenken für ewige Zeiten gesichert habt, Ihr werdet solche Attentate gegen die Früchte der Revolution nicht dulden, Ihr werdet — deß sind wir gewiß — nicht zugeben, daß phantastische Träumer und denkfaule Alltagsmenschen die Bildung unserer Lebensformen in die Hand nehmen!

Deutsche Jünglinge! Lassen wir uns die Errungenschaften unserer Revolution nicht verkümmern, rufen wir es hier von der Wartburg Zinnen in alle Lande laut und stark: Wir wollen die geistig wie mit dem Schwerte errungene volle Demokratie wahren, und gegen jeden Feind, den inneren und äußeren, bis auf den letzten Blutstropfen vertheidigen. Kein Leben ohne die Freiheit! — es lebe die Freiheit!"

Aber ach, eine solche Erklärung zu geben, hielt man für unschicklich, „ignobel", andererseits auch für unnütz und dem Zwecke der Ver-

sammlung widersprechend. Was blieb nun Anderes übrig, als daß sich die Gleichgesinnten zur Ausführung ihrer Idee zusammenschaarten und nicht abließen, bis sie vollführt, was ihnen ziemte, und was das hierzu berechtigte deutsche Volk von ihnen forderte, ja was sie als Ehrenrettung der deutschen Studenten thun mußten. Was sie von der Wartburg aus dem Volke sagen sollten und sagen wollten, das war ihnen Allen klar. Sie schaarten sich zusammen. Wer? Die demokratisch Gesinnten, die einzig wahren Freunde des Volkes.

In Folge einer öffentlich ergangenen Aufforderung fanden sich bereits am 12. Abends im Saale des Rathhauses in Eisenach die Republikaner zusammen und debattirten unter dem Vorsitz von Miquel aus Göttingen mit Lebhaftigkeit über die zu erlassenden Schriftstücke. Im radicalsten Sinne sprachen Klier aus Wien und Kampe aus Breslau. Es wurde beschlossen, zunächst eine Adresse an die Nationalversammlung zu erlassen, worin die Studenten ihre Wünsche für die künftige Verfassung kundgeben. Die hierauf entworfene Adresse wurde bereits am andern Tage zur Unterschrift ausgelegt und wurde mit 153 Unterschriften bedeckt abgesendet. Viele hatten sich von der Unterzeichnung ausgeschlossen, weil sie mit Recht verlangten, es sollte dieselbe erst einer Versammlung zur Annahme vorgelegt werden; Andern aber schien dieselbe noch nicht energisch genug. Trotzdem war die Absicht des Verfassers eine redliche, er wollte die Unterschriften der früher Abreisenden nicht verloren gehen lassen. Trotzdem hat sich der Correspondent der Heidelberger Deutschen Zeitung nicht gescheut, zu schreiben, es seien Spaltungen im republikanischen Lager ausgebrochen, was eine Lüge ist. Diese mit 153 Unterschriften bedeckte Adresse wurde Herrn Arnold Ruge zugeschickt und lautet:

„Wartburg, den 13. Juni 1848. Hohe Nationalversammlung! Wir unterzeichneten auf der Wartburg versammelten deutschen Studenten ergreifen in dieser für unser Vaterland entscheidenden Zeit die Gelegenheit, um gemeinschaftlich unsere Forderungen in Betreff der deutschen Verfassung kundzugeben. Wir deutschen Studenten haben ganz besonders die Verpflichtung und das Recht, der gesetzgebenden Versammlung unseres Volkes unsere Ueberzeugung und unsere Forderungen auszusprechen, da wir überall die Freiheit mit herbeigeführt und in den Hauptstädten unseres Vaterlandes dieselbe im blutigen Kampfe den Fürsten mit abgerungen haben. Wir sprechen es mit Stolz aus, daß wir dies für die Freiheit gethan und deshalb mit dem Vertrauen des Volkes belohnt, hinfort an seiner Spitze die Kämpfe um sie bestehen werden. Man nennt uns die Blüthe der deutschen Jugend. Das wenigstens wissen wir und sprechen es der Nationalversammlung gegenüber aus, daß unsere politischen Forderungen aus hingebender Liebe zur Freiheit und zu unserm Volke hervorgehen und auf dem Grunde wissenschaftlicher Ueberzeugung beruhen, welche bei uns noch nicht durch Engherzigkeit, Furcht und niedern Egoismus bestimmt und beeinträchtigt ist. Die Forderungen, welche wir zur Begründung der Größe und Wohlfahrt unseres Volkes an die constituirende Nationalversammlung stellen, sind folgende: Deutsch-

land soll ein Bundesstaat sein, dessen einzelne Glieder ihre Verfassung selbstständig ohne irgend welchen Einfluß des Bundes oder einzelner Staaten desselben feststellen. Der Gesammtstaat bestimmt aber die allgemeinen Volksrechte, welche durch ihn garantirt, vom Einzelstaate nicht beeinträchtigt werden können. Der Gesammtstaat constituirt sich als Republik. Seine Organe sind: Die Eine Nationalversammlung als gesetzgebender Körper, und eine ausführende Gewalt, die zunächst ein von der Nationalversammlung, später ein vom Volke selbst auf Zeit gewählter verantwortlicher Präsident mit seinem von ihm ernannten Ministerium ist. Wir protestiren gegen die Erwählung eines Kaisers; denn wir wollen die Freiheit unseres Staates nicht in die Gewalt eines Fürsten gegeben sehen. Aus allen Stämmen unseres Volkes hier versammelt, weisen wir ebenso entschieden die Idee des Principates Eines Stammes oder Staates, welche mit der Idee des Kaiserthums verbunden ist, mit Entrüstung zurück. Wir erkennen alle Stämme als gleiche an und wollen, daß alle gleichmäßig am Gesammtstaate Theil haben, ohne Hegemonie und ohne Principat. Wir werden die Constituirung einer deutschen Fürstengewalt (im Gesammtstaate) als Verrath an der heute vom Volke beschlossenen Volkssouverainetät ansehen. Eben deswegen fordern wir, daß die Verfassung Deutschlands nicht durch „Vereinbarung" entstehe, sondern einzig und allein durch die Abgeordneten des souverainen Volkes beschlossen und festgestellt werde. Endlich verlangen wir directe Wahlen, da nur sie die Meinung des Volkes unverfälscht repräsentiren, und Beginn des Wahlrechts mit dem 21. Jahre. Wir erwarten, daß die Nationalversammlung die Verfassung unseres Vaterlandes auf diesen Grundlagen der Freiheit errichten werde; und wie die studirende Jugend bis heute für die Freiheit gekämpft und gelitten, so wird sie die auf solche Weise festgegründete Freiheit schirmen und immer zum Kampfe für dieselbe bereit sein."

Diese Adresse schien einer spätern Versammlung der Republikaner in der Klemda nicht energisch genug, und man beschloß, den Student Miquel aus Göttingen zum Entwurf einer neuen zu ermächtigen. Da man jedoch jene Unterschriften auf ein von den Unterzeichnern nicht gelesenes Schriftstück nicht übertragen zu dürfen glaubte, so ließ man jene erste bestehen. — Salis aus Berlin beantragte eine Adresse an Hecker! Er motivirte diesen Antrag so glanzvoll, seine Apologie dieses geächteten Mannes war so überzeugend, daß selbst Studenten, die sich nie als Anhänger der Republik bekannt hatten, ihre Zustimmung gaben, und Einzelne reuevoll alle Schmähungen, die sie auf Hecker's Namen geworfen, zurücknahmen. Die Abfassung der Adresse wurde dem Student Salis übertragen, und wie sie von ihm entworfen war, in der Versammlung am 14. Juni unverändert mit dem größten Beifall aufgenommen. Eine Adresse der deutschen Jugend an Hecker ist eine bedeutungsvolle That, sie ist der lebendige Beweis der Sympathien für einen Mann, der um der Republik willen das Schwert geführt, für einen Mann, den selbst der Fünfzigerausschuß geächtet. Wenn Hecker diesen Ausdruck jugendlicher

Zuneigung zu ihm erfahren wird, so wird es ihn trösten für manche Unbill, die ihm zugefügt worden. Geschieht dies, so haben die Unterzeichner der Adresse ihren Zweck erreicht.

Die Adresse an Hecker lautete:

„Die deutsche Einheit wurde bestellt zum Henker deutscher Freiheit, das wiedergeborne Vaterland getauft mit dem blutigen Morde seiner ersten Republikaner; und Du selbst, edler Mann, zu dem heute die Jugend Deines Volkes spricht, bist verstoßen von dem Boden, dessen hartes Erdreich Du längst unverdrossen pflügtest; verstoßen zu der Stunde, da die große Ernte gekommen schien, — um die goldne Frucht betrogen von Heuchlern und falschen Freunden, welche Dir sonst Huldigungen brachten! — Eine Behörde, aus der Revolution hervorgegangen und berufen, an die Stelle der altersmorsch zerfallenen Bundeseinheit einen Kern demokratischer Gesinnung hinzusetzen, an welchen sich das ganze Volk zu einem festen Körper anschließen sollte, und aus sich von Innen heraus die Schale eines neuen Bundesgesetzes auszuscheiden, sie wagte es, in der Zeit der formellen Auflösung den politischen Kampf des souveränen Einzelstaates zu beheiligen; — anstatt den Geist der Demokratie lauter und rein zu wahren als einheitliche Quelle alles künftigen Nationallebens, wagte sie es, die Macht des Volkes aufzubieten gegen eine Staatsform, welche der echteste Ausfluß eben jenes Quelles ist. — Von den Vertretern der Revolution wurde der Geist der Revolution geleugnet; denn dieser steht auf den niedergerissenen Schranken des Vorrechtes und schaut frei hinaus nach vorwärts; keine neue zwingende Mauer richtet er dem Volksthum auf und garantirt keine alleinseligmachende Form. — Und so falle jede Schuld auf die Verfälscher der Volksstimme, auf die Usurpatoren der Volksmacht. Sie hatten Dich schnöde verletzt, in Deinem heiligsten Glauben angegriffen und herausgefordert in Deinen edelsten Absichten. Will man Dich anklagen, so fechte man Deinen Hochsinn an, daß er die Niederträchtigkeit nicht früh genug erkannte, wie sie war. — Du wohnst, ein Verbannter, im fremden Lande, wenn es anders ein fremderes Land giebt als das Vaterland, welches seine Freiheitskämpfer ausstößt. Hört doch alles Bruderthum da auf, wo die Unterdrückung der heiligsten Mannesüberzeugung durch tyrannische Uebermacht anfängt. Glaube aber und vertraue der Jugend Deines Volkes. Sollte es die Falschen gelüsten, welche Dir einst Judasküsse gegeben, das Urtheil des Volkes einen Augenblick gefangen zu nehmen, bald wird es sich entfesseln und furchtbar über sie richten. Die Zwingburgen im neuen Stile werden fallen, und ihre Quadern sich zum Triumphbogen fügen, durch welchen Du, ein Held der Freiheit, eingehest in das Vaterland!" — (Folgen viele hundert Unterschriften.)

In derselben Sitzung verlas Miquel den von ihm verfaßten Entwurf einer Adresse an die Nationalversammlung, welcher manchen Widerspruch hervorrief. Es hieß in dem Entwurfe: „wir wollen die Republik für den Gesammtstaat;" dies genügte den Einen nicht, welche dafür verlangten: „wir wollen die Republik in Deutschland." Wäh-

rend nun einerseits geltend gemacht wurde, es käme nur darauf an, den gleichgesinnten Abgeordneten durch Aussprache des demokratischen Princips Beifall zu zollen, behaupteten Andere, es müsse in der Adresse nicht blos in einem Worte der Wunsch der Studenten und ihr politisches Glaubensbekenntniß dargethan werden, sondern es käme vielmehr darauf an, in jeder der großen Hauptfragen unserer künftigen Verfassung das Votum der Studenten hören zu lassen. Aus letzterm Grunde beantragte Friedländer aus Breslau: man solle sich zu dem Programm der radical-demokratischen Partei in Frankfurt (Ruge'sches Manifest) bekennen, und folgende Punkte anführen. Wir verlangen:

1) **Eine** immer auf drei Jahre gewählte Nationalversammlung für den Gesammtstaat Deutschland, gewählt ohne Census und durch directe Wahlen.
2) Einen Vollziehungsausschuß, welcher durch einen verantwortlichen Präsidenten und sein verantwortliches Ministerium gebildet und durch die jedesmalige Mehrheit der Versammlung aus ihrer Mitte gewählt wird. Jede neugewählte Nationalversammlung entscheidet daher von neuem über ihren Vollziehungsausschuß.
3) Wir verlangen, daß mit der Feststellung und Verkündigung der Volksrechte oder der deutschen magna charta begonnen und der Verfassungsausschuß mit der sofortigen Vorlage dieser Volksrechte beauftragt werde.
4) Wir nehmen die Gestaltung Deutschlands seit dem März 1848 **als Thatsache** an, und sind der Ansicht, daß die politische Lage, in der wir Deutsche uns gegenwärtig befinden, folgende ist: die einzelnen deutschen Staaten treten durch die Vereinigung aller deutschen Abgeordneten in der Nationalversammlung zu **Einem Föderativstaat** zusammen, und geben dadurch so viel von ihrer Souveränetät auf, als die Nationalversammlung zur Bildung des souverainen Gesammtstaates für nöthig erachtet.
5) Die einzelnen Staaten sind ungehindert, wie die freien Reichsstädte, Republiken, oder, wie die übrigen Staaten, constitutionelle Monarchieen zu sein; jedoch wird durch die Volksrechte, welche die Nationalversammlung proclamirt, derjenige Grad von Volksfreiheit festgesetzt, welcher unter allen Umständen dem Volke gewährt werden muß.
6) Zu der definitiven Constituirung des Gesammtstaates ist keine weitere Zustimmung der einzelnen Staaten erforderlich, als die, welche bereits in dem Zusammentritt der souverainen constituirenden Nationalversammlung liegt. Die Versammlung vereinigt jetzt noch alle Staatsgewalten des Gesammtstaates in sich, und hat diese verschiedenen Gewalten und politischen Lebensformen, die sie zu **beschließen** berufen ist, **auch sofort in Wirksamkeit zu setzen** und die innere und äußere Politik des Gesammtstaates zu handhaben.

Der hingegen von Kampe aus Breslau gemachte Antrag, zu

ſagen: „Wir wollen die Republik!“ erhielt die Majorität. Dem Verlangen eines Redners, man ſolle den zweiten Satz, weil er ein Selbſtlob enthielte, weglaſſen, wurde nicht nachgegeben, indem man bemerklich machte, gerade in dieſen Worten läge die Berechtigung ausgeſprochen, mit welcher die Adreſſe erlaſſen würde. Nach einigen minder wichtigen Aenderungen wurde der Entwurf angenommen. Die Adreſſe lautet:

„Hohe Nationalverſammlung! Wir, ein Theil der auf der Wartburg verſammelten ſtudirenden Jugend, legen den Vertretern der Nation offen und unumwunden unſere Grundſätze in Betreff der Feſtſtellung der deutſchen Verfaſſung dar, in deren unbedingter Durchführung wir in dieſer Zeit der allgemeinen Umwälzung den einzigen Hoffnungsſtern einer beſſern Zukunft ſehen. Wir glauben um ſo mehr dazu verpflichtet zu ſein, als man uns vorzugsweiſe die gebildete Jugend nennt, und das Urtheil der Wiſſenſchaft in dieſer Lebensfrage unſeres Volkes ein maßgebendes ſein muß. Unſere Stimme wird man um ſo weniger überhören, als wir im heiligen Kampfe der Freiheit Alles zu opfern ſtets bereit geweſen ſind, und das Volk auf uns ſieht, als auf Diejenigen, die überall das Panier der neuen Zeit leuchtend vorangetragen! Die Revolution, in der wir leben und deren Früchte wir uns um keinen Preis verkümmern laſſen wollen, hat als Grundlage der Verfaſſung die Volksſouverainetät hingeſtellt. Dieſe wollen wir nicht durch ein Kaiſerthum vernichtet wiſſen; wir wollen vielmehr, daß die Eine Volkskammer die einzige geſetzgebende Behörde für Deutſchland ſei. Wir wollen keine Vereinbarung mit den Fürſten, denn die Nation hat ſich ſelbſt aus eigener Kraft geeinigt und wird aus ihren bewährteſten Patrioten ſchon den Mann finden, der nicht von Gottes Gnaden, ſondern frei gewählt ihr Bundesoberhaupt ſein wird. Mit Einem Worte: wir wollen die Republik, als die einzige Staatsform, die eines edlen und gebildeten Menſchen würdig iſt, und die als ihr erſtes Panier das theuer errungene Kleinod unſerer Revolution, die gleiche Berechtigung Aller, obenanſtellt. Mit Volksſouverainetät und Volksglück iſt Fürſtenſouverainetät und Fürſtenglück unverträglich: in ihrer Vereinigung erblicken wir vielmehr nur einen unheilbaren Zwieſpalt, vor dem zu bewahren wir um jeden Preis dem Volke ſchuldig zu ſein glauben. Wir hegen zu den Vertretern des Volkes die feſte Zuverſicht, daß ſie die Verfaſſung unſeres Vaterlandes auf dieſen von uns ausgeſprochenen Grundſätzen der Freiheit errichten werden. Noch iſt der Würfel nicht gefallen! Noch ſchwankt die Wage zwiſchen blutiger Zerriſſenheit im Innern und zwiſchen einer ſchönen Morgenröthe der Freiheit und Wohlfahrt des Vaterlandes! Vertreter der Nation! hört auf die Stimme Derer, die, wie ſie bisher für die Freiheit gekämpft und gelitten, ſo auch immer dieſelbe zu ſchirmen und ihr Blut für ſie zu vergießen bereit ſein werden. Wartburg, 15. Juni 1848.“

Auf dieſe Schriftſtücke beſchränkte ſich die Thätigkeit der republikaniſchen Partei auf der Wartburg. Wirklich war es uns zu Ohren gekommen, einzelne Regierungen und auch ein Theil des Publicums habe geglaubt, die Studenten würden in Thüringen die deutſche Repu-

blik proclamiren. Die Republikaner übergeben Alles, was sie dort gethan, der Oeffentlichkeit, und glauben so der Verleumdung am besten zu begegnen. —

Das waren die Manifestationen der demokratischen Partei. Schon aus diesen beiden Adressen, obgleich sie zum großen Theile von denselben Namen unterzeichnet sind, ersieht man, daß hier, wie überall, die demokratische Partei zwei Richtungen hatte; die eine, welche die deutsche Einheitsrepublik, die Centralisation aller Staatenverhältnisse in einem Kreise, und die andere, welche die Besonderheit der verschiedenen einzelnen Staatsverfassungen in dem Bundesstaate bewahrt wissen will. Bemerklich machte es sich, daß die erste Richtung besonders von den kleinern mitteldeutschen Universitäten vertreten war, wo man mehr auf das Theoretisiren angewiesen ist, während die Studenten aus den größern Städten, die dem politischen Leben näher stehen, vielleicht in dasselbe eingreifen, wie besonders aus Wien, Berlin, Breslau, größtentheils der zweiten practischen Richtung angehörten.

Dieser demokratischen Partei, die sich dieses Unterschiedes in sich selbst noch nicht klar bewußt war, trat die constitutionelle gegenüber. Diese concentrirte sich um eine Persönlichkeit, Egidy aus Berlin. Zu dieser Partei gehörte erstens die Rechte aus den allgemeinen Studenten-Versammlungen; die orthodoxen Theologen und die aristokratischen Corpsburschen, und ferner ein Theil der damaligen Linken. Diese Einigung war dadurch möglich, daß die letztern, wie Egidy selbst geäußert hatte, in der Verwaltung des Staates und allen Institutionen des Volkes demokratische Organisation wollten, und so auch für die radicale Reorganisation der Universitäten stimmen konnten, daß sie aber an der Spitze dieser Institutionen, als Schlußstein der Verfassung, ein monarchisches Oberhaupt für nothwendig hielten. So hatte dieses Centrum in den studentischen Angelegenheiten mit der Linken stimmen müssen, jetzt aber, in Betreff politischer Manifeste, einigte es sich mit der Rechten. Dienstag Nachmittag gegen 2 Uhr versammelte Egidy diese Partei um sich, legte ihr die Nützlichkeit und Nothwendigkeit der constitutionellen Verfassung in glänzenden und begeisterten Reden auseinander, und indem fast Niemand ihm widersprach, ließ er sich veranlassen, folgende Adresse aufzusetzen:

„Wir unterzeichnete deutsche Studenten fühlen uns gedrungen, der ersten Versammlung der Vertreter unsers deutschen Volks, als dem einzig wahren Ausdruck des Willens der Nation, unsern freundlichen Gruß darzubringen. Gegenüber den lauten Manifesten einer Fraction, welche im fanatischen Glauben an eine alleinseligmachende Staatsform das Heil und die Ehre des Vaterlandes so weit aus den Augen setzt, daß sie, verblendet von doctrinairem Eifer für die Republik, gewaltthätigen Verrath am Vaterlande billigt, erklären wir, frei von solchem politischen Fanatismus, daß wir das Vaterland über Alles lieben und seine Einheit, Macht und Größe, ja die Freiheit unseres Volks, die unveräußerlichen Rechte der Nation, nur gesichert erachten durch die volle Verwirklichung des constitutionellen Princips.

Wer heute schweigt, der ist ein Feiger. Ueberzeugungstreue war es allein, was uns bewogen hat, dieses unser offenes männliches Bekenntniß vor den Vertretern unsers Volks niederzulegen." (Folgen die Unterschriften.)

Was den Vorwurf des fanatischen Glaubens an eine alleinseligmachende Staatsform betrifft, so könnte dieser höchstens die Einheitsrepublikaner treffen, da die andere Fraction der Demokraten, die in der ersten Adresse ihren Ausdruck findet, die besondern, also auch nicht republikanischen Formen der Einzelstaaten durchaus nicht desavouirt. Aber dieser Vorwurf trifft eben die Partei der Constitutionellen selber. Denn wenn sie „die Einheit, Macht und Größe des Vaterlandes, ja die Freiheit des Volkes, die unveräußerlichen Rechte der Nation nur gesichert sieht durch die volle Verwirklichung des constitutionellen Princips", so scheint sie die Möglichkeit einer solchen Unterschiedenheit der Verfassungen für die vereinigten deutschen Bundesstaaten nicht zuzugeben, und steht deshalb selbst im Glauben an eine „alleinseligmachende Staatsform". Und daß dieser Glaube auch ein „fanatischer" ist, möchte daraus hervorgehen, daß er sich auf das „constitutionelle Princip" beruft, und so, „verblendet von doctrinärem Eifer" für die constitutionelle Monarchie, die Volkssouverainetät, das „unveräußerliche Recht der Nation", leugnet, und sich so eines „Verraths am Vaterlande" schuldig macht. Wir kennen eine Berechtigung der constitutionellen Monarchie, aber eine factische, keine principielle; sie beruht für uns auf einem unausweichlichen „Wissen", keinem moralischen „Sollen"; sie kann momentan unausweichlich, nicht aber innerlich nothwendig sein. Deshalb kann sie auch keine Begeisterung entflammen, denn nur das Freie, das volle Ganze begeistert, nicht das Unvermeidliche und Halbe. Und so müssen wir den „fanatischen Glauben", die Begeisterung für die Constitution nicht allein als eine unzeitige, doctrinäre Verirrung ansehen, sondern vielmehr als eine gemachte, oder in sich verkehrte verwerfen.

Dem Allen gegenüber behauptet Jemand in mehreren Zeitungen: „Den wahren Mittelpunkt des Wartburgfestes bildet die constitutionelle Adresse; die Republikaner versammelten sich dreißig bis vierzig an der Zahl, und brachten je zehn ein Machwerk des politischen Fanatismus zu Stande." — „Jedes Wort eine Lüge, jede Silbe eine Niederträchtigkeit!" sagte ein Rehberger hierauf.

Nun, man höre, wie die constitutionelle Adresse zu Stande gekommen. Fast alle ihre Unterzeichner standen auf Seite Derer, welche jede politische Manifestation zu hintertreiben suchten. Als sie nun durch die Thätigkeit der republikanischen Partei ihre Absicht vereitelt sahen, da mochten sie es nicht dulden, daß Jemand glauben sollte, es seien nur Republikaner auf der Wartburg gewesen, und sie vereinigten sich zu einer Adresse, deren Entwurf sie dem Herrn Egidy aus Berlin übertrugen, als dem Einzigen, welcher Energie dabei zeigte. Diese Berathung dauerte ¼ Stunde, und Tags darauf dauerte die Vorlesung und Abstimmung wieder ¼ Stunde, da war das constitutionelle Kind unter dem Geschrei der Mutter zur Welt gebracht. Das

so sollte der Mittelpunkt des Wartburgfestes gewesen sein? Wahrh, dann hätten die Verfasser dieser Broschüre ihre Mühe gespart.

Es war in einer Zeit, wie die im Juni des Jahres 1848 war, möglich, daß politische Manifestationen in einer Versammlung aufklärter Jünglinge fern blieben, das Gefühl mußte sich Luft machen. ie Viele der Versammelten hatten nicht in ihrem Wohnorte den rbeitern gesprochen von Betheiligung am politischen Leben, wie iele hatten nicht Zeit und Mühe daran gewendet, den Ununterrichten die Begriffe der Politik zu erklären, und jetzt, wo sie Alle, die rch das Leben und die Wissenschaft der Erkenntniß theilhaftig georden, versammelt, hätten sie sich der Politik enthalten sollen? s konnte nicht geschehen und geschah auch nicht. — Die Manifestaonen der einzelnen Parteien rechtfertigten zwar diese, aber es blieb ne größere Aufgabe zu lösen; man wollte von der Wartburg im amen aller deutschen Studenten ein Manifest an's deutsche Volk lassen, und dies konnte nur von dem Studentenparlament geschehen. ie am gehörigen Orte berichtet worden, scheiterte dieser Plan an m Starrsinn Derer, welche um des Himmels willen nichts von olitik wissen wollten. So blieb denn der entschiedenen Partei aberls nichts Anderes übrig, als die Sache privatim zu betreiben, und versammelte sich zu dem Zwecke ein großer Theil der Parlamentsitglieder, und nahm nach kurzer Debatte das folgende von Kampe s Breslau entworfene Manifest an:

An das deutsche Volk und die Nationalversammlung.

Wir erklären von der Wartburg dem gesammten deutschen olke und seiner Nationalversammlung zu Frankfurt, daß wir tschlossen sind, der unverkümmerten Freiheit und Souverainetät . h. Rechts- und Machtvollkommenheit) des deutschen Volkes ihren äußersten Consequenzen unser Schwert, unser Blut und e Waffen des Geistes unser Lebenlang unter allen Wechselfällen s Geschickes zu weihen.

Wartburg, den 16. Juni 1848.

(Folgen die Unterschriften.)

Damit schließt dieser Abschnitt.

Nichts als Reden, nichts als Adressen! so wird Mancher rufen. issen die Studenten nichts Besseres zu thun, als Adressen anzufer-en? Den Vorwurf weisen wir zurück. Wo man die That verlangt, haben sie sich nicht gescheut, in die vordersten Reihen zu treten. ier galt es nur, dem Volke wie der Nationalversammlung die Uebergung der Studenten auszusprechen und man hat damit genug gean; wird es zur That kommen, so werden sie nicht anstehen, das chwert für die Wahrung der Rechte des Volkes zu führen.

„— — Was wir gesungen,
Wir haben's reif bedacht,
Lang hat's in uns geklungen,
Eh wir's zu Tag gebracht,
Und rollte die Lavine
Noch heut auf uns herab,
Wir stürzten flink und kühne
Wie Gemsen in das Grab."

Es ergingen an die Wartburgversammlung:

1) Adresse des Hanauer Turnvereins.
2) Adresse von mehreren Hundert Heidelberger Studenten.
3) Adresse vom Verein für Reform der Universitäten aus Königsberg.
4) Anrede von den Studenten der juristischen Hochschule in Herrmannstadt (Siebenbürgen).
5) Entschuldigungsschreiben aus Kiel.
6) Ebenso aus Gratz.
7) Anrede der Wiener Studenten; letztere lassen wir hier, da sie in vielen Exemplaren vertheilt wurde, folgen:

Die Wiener Studenten.

Gruß und Handschlag den Brüdern auf der Wartburg!

Brüder!

Einst waren es die März- und Maitage, an welchen unsere deutschen Ahnen unter freiem Himmel die Volksgerichte hielten. Ein Gleiches haben wir gethan, wir haben in den März- und Maitagen ein großartiges Volksgericht gehalten über die absolute Gewalt und Gewaltthätigkeit. Unsere Ahnen waren frei, allein sie hatten Sclaven, sie dachten nicht frei; wir aber dürfen den Ertrag von tausend Geschichtsjahren und darüber nicht liegen lassen, wir wollen frei sein und frei denken, frei und gleich sein wollen wir. So bilden Freiheit, Gleichheit und Einheit Deutschlands die dreifarbige Fahne, unter welcher wir den 13. März, den 15. und 26. Mai weltgeschichtlich gemacht. Und frisch zur That! ist unser Wahlspruch, frisch zum Genusse der Errungenschaften, und deshalb säumen wir nicht, uns mit Euch, wackere Genossen, zu einem Verbrüderungsfeste zusammenzufinden auf der Wartburg, welche schon mehr als ein Mal die Hochwart für deutsche Freiheit gewesen.

Wir brauchen von nun an die deutsche Einheit nicht aus Marmor gehauen zu sehen in eines Königs Walhalla, brauchen nicht zu zählen, wie viel Steine dieser oder jener deutsche Fürst zum Ausbau des Kölner Doms bezahlt, um uns so die Einheit Deutschlands zu abstrahiren, wir brauchen auch keine Würzburger Sängerfeste mehr, um uns die Einheit Deutschlands als romantisches Lied vorzusingen, wir brauchen keinen in Musik gesetzten Stil für die deutsche Bundesacte. Die Einheit Deutschlands ist herabgesprungen vom Piedestale, von der Kölner Domruine und vom Notenpulte, sie ist Fleisch und Blut geworden und durchziehet mit lebendigem Geiste das gedanken- und thatenlebendige freie Deutschland.

Im Namen Gottes und der heiligen Einheit, die er uns beschützen helfe, entbieten Euch Tausende Eurer Brüder an der Donau den Herzensgruß.

Die Freiheit hoch, die Gleichheit hoch, Deutschland hoch, die deutschen Studenten hoch!!

So haben wir die Antwort gegeben auf die Frage, ob das Stu-
nthum in sich Kraft hat, der neuen Zeit gemäß sich zu gestalten.
Zeugniß legen wir darüber ab, daß der Grund zu den
igen Verhältnissen, die bis jetzt der Universität und der Stu-
n so unwürdig waren, nicht in uns gelegen hat, sondern daß
bei ungehemmter Entwickelung den Geist der Einheit und Freiheit
uns entfalten werden. Einig werden wir Studenten untereinander
und deshalb bilden wir eine deutsche Studentenschaft; aber auch
soll Jeder sein, und deshalb ist Allen erlaubt, Verbindungen zu
n, wie sie es bedürfen. Eine Einheit wollen wir sein mit den
fessoren, und deshalb verlangen wir thatsächliche Ausübung des
emischen Bürgerrechts; so werden wir auch frei sein durch die
übung unseres Rechtes bei der Universitätsverwaltung. Und endlich
die eine Nation haben wir uns erkannt mit den Mitbürgern,
deshalb unsere Vorrechte von uns gewiesen; wir werden aber auch
sein mit ihnen, das haben wir in unserem Manifeste versprochen,
wir werden es halten, indem wir dafür wirken und handeln.

Mit dem sichern Bewußtsein, das gestiftet zu haben, und das
zubauen und vollenden zu können, stehen wir vor unserem Vater-
de, vor unseren Freunden, Vätern und Lehrern. Aber — wie oft
hieht es uns, der raschen Jugend, daß, wenn wir ganz voll sind
einem Gedanken, ganz selig von der Vollendung einer That, und
treten vor das besonnene Alter, und eröffnen ihnen, was uns
llt, und preisen ihnen, was wir vollbracht — dann ist es, als
ständen sie uns nicht, als wäre das, was sie vernehmen, ein ganz
deres, als was wir sagen. Und wird es uns jetzt nicht auch so
en? Wie haben unsere Väter die Köpfe geschüttelt, als sie die
übde der Freiheit lasen, die wir von der Wartburg aus unserem
ke vorlegten, und die nicht alle im „constitutionellen" Sinne ver-
t sind! Wie werden unsere Lehrer, Rector und Senat, die Hände
r dem Kopf zusammenschlagen, wenn wir ihnen vortragen, daß
r unser volles akademisches Bürgerrecht, daß wir Sitz und Stimme
Senat, Mitwirkung bei der Verwaltung und gar bei der Wahl
Professoren verlangen!

Man liebt es, uns wie Schüler zu behandeln, und will es sich
ht abgewöhnen, uns für Kinder anzusehen. Allerdings — bis jetzt
ben sich die Studenten viel mit Spielereien abgegeben, und den
angel eines männlichen Charakters oft zu erkennen gegeben. Aber
gab es überhaupt Charaktere, die ihre männliche Würde und
lbstständigkeit bewahren konnten! Die Zeit war es, die die lebens-
ftige Jugend, der sie weder Vorbilder der Männlichkeit, noch Ziele,
lche sie nöthig machten, bieten konnte, zwang, sich in Spielereien
bst zu vergessen. Jetzt, wo es anders ist, werden wir männliche
araktere finden, ebenso wie unter den Lehrern und Beamten, auch
ter der studirenden Jugend. Das fühlen wir an uns, wir sehen in
s diesen Ernst, diese Gesinnungstüchtigkeit und Umsicht erwachen,
d darum fordern wir unser wirkliches akademisches Bürgerrecht,
ht blos die Erlaubniß, mit der Phrase desselben paradiren zu dür-

fen. Und man glaube nicht, daß die Studentenſchaft ein ſolches Recht nicht würde zu würdigen und recht zu brauchen wiſſen. Die Menſchen ſind nicht nur das, als was ſie ſich darſtellen, auch das, als was man ſie nimmt. Wer ſein Lebenlang als Kind behandelt wird, wird immer eine gewiſſe Unſelbſtſtändigkeit beibehalten. Daſſelbe Volk, das vor wenigen Monaten es ſich gefallen ließ, für unmündig und jedes eigenen Willens unfähig erklärt zu werden, verſteht ſeine politiſche Freiheit jetzt ſehr wohl und will nicht ein Haar breit von ſeiner Souverainetät ſich abkürzen laſſen. Und ebenſo behandele man die Studirenden, wie es der erwachſenen gebildeten Jugend geziemt, und ſie wird ſich dieſer neuen Stellung würdig zeigen. Und wenn es kein Mittel giebt, ſie zu der nöthigen Reife und Einſicht zu erziehen, ſo wird es dadurch gelingen, daß man ſie in die Verlegenheit bringt, Rechte auszuüben, welche dieſe Würde und Kenntniß nöthig machen, und ſie ſo zwingt, um ihren Platz zu erfüllen, ſich dieſelben, die ſie bis jetzt nicht vermißte, um ihres eigenen Vortheils willen mit Eifer anzueignen. Man erſchrecke aber nicht vor dieſem Gedanken der demokratiſchen Verfaſſung der Univerſität, weil er neu iſt; man hat ja ſo viel Neues erleben müſſen, ſo viel Unerhörtes ſtellt ſich jetzt als nothwendig und vernünftig heraus, das man vor kurzer Zeit für Chimäre und Ueberſpanntheit anſah, daß man gelernt haben ſollte, einen Gedanken ſeiner Neuheit wegen nicht zu verwerfen. Aber endlich werfe man uns, die wir dieſe Forderung ſtellen, nicht perſönlichen Ehrgeiz vor; gerade Die, welche das ausſprachen, ſtehen in den Semeſtern, wo ſie nicht mehr erwarten, das, was ſie verlangen, noch zu genießen; ſie thaten es nur, entweder weil ſie fühlten, daß die Jugend dazu reif iſt, oder weil ſie einſahen, daß ſie, wenn ſie es nicht ſchon wäre, nur es werden könnte!

Man will aber dem Studenten nicht allein die Reife abſprechen, mitzuregieren in den Angelegenheiten ſeines kleinen Staates der Wiſſenſchaften, der Univerſität; man will uns überhaupt die Befähigung und das Recht abſprechen, über die Angelegenheiten der Nation zu denken und zu reden, und in die Entwickelung des Staatslebens mit einzugreifen. Und ſo wird man uns zürnen über die Geſinnungsäußerungen, die wir haben von der Wartburg ergehen laſſen, und wird uns vorwerfen, wir ſeien nicht reif, uns in die Politik zu miſchen. Wir aber müſſen verharren auf dieſem unveräußerlichen Rechte; nicht allein, weil wir glauben, daß ein ſolcher Vorwurf aus einem Irrthum, aus Unkenntniß unſerer Bildung und unſeres Charakters hervorgegangen iſt; ſondern hauptſächlich deshalb, weil wir dieſe Zurückweiſung für eine parteiliche halten, für eine Furcht derer, welche ſehen, daß wir andere Abſichten verfolgen, als es ihnen wünſchenswerth iſt, und die, wenn wir nur nach ihrem Sinne ſprechen, nur mit ihnen Ruhe um jeden Preis wollten, uns ſehr gern das Recht, eine politiſche Meinung zu haben und für ſie auf den Kampfplatz der politiſchen Parteien zu treten, geſtatten würden. Wir müſſen vielmehr verharren auf dieſem unveräußerlichen Rechte, wir müſſen die freie Meinung und deren rückſichtsloſe Vertretung uns bewahren,

ir eben vor so vielen Classen den Vorzug haben, es zu erken-
nd darum die Pflicht, es nicht zu unterlassen.
Denn der Student alle seine Vorrechte aufgegeben hat, wird er
mer den Vorzug behalten, daß er der freieste Mann auf Erden
bend in dem Reiche der freien Wissenschaft, frei von den Rück-
auf Geschäfte und Carriere über allen beschränkenden Verhält-
ich bewegend, ist die Freiheit des Geistes und des Charakters,
nkens und Handelns das Element seines Lebens. Und damit
seine Pflicht für den Staat eine ganz besondere, vorzügliche.
einzelnen Stande angehörend, kein besonderes einseitiges In-
verfechtend, durch kein Vorurtheil, kein Vorrecht und kein Vor-
sein verblendet oder zurückgeschreckt, muß er, der mit dem Blicke
n wissenschaftlichen Kritik die Verhältnisse zu beleuchten ver-
seine Vorbilder und Zwecke unmittelbar aus der Vernunft ent-
und den Staat und die Gesellschaft der idealen Vollkommenheit
nzuführen streben. Er muß in der Entwickelung des Volks-
das Moment des kühnen Denkens, der lebendigen Vernunft,
sequenten Idealismus vertreten. Denn wer soll diesen Platz
, wenn nicht wir, die studirende Jugend, bei der noch nicht
uth der Ueberzeugung durch die „Versöhnung mit der Welt"
flichkeit und Höflichkeit gemildert ist, bei der noch nicht der
er Wissenschaft erstarrt ist in todten Formeln, zu einer Wissen-
die nicht Wissen ist und nicht Schaffen! Gegenüber dem Phi-
er für sein Geschäft fürchtet, gegenüber dem Handarbeiter, der
n Trieb des Magens kennt, gegenüber dem Gelehrten, der das
nur zu Künsteleien braucht, ist es unsere Aufgabe, das Recht
sichtslosen Kritik, die Macht des reinen einfachen Gedankens,
rechtigkeit der unbeschränkten Vernunft zu verfechten. Nicht,
lten wir dieses Streben für allein berechtigt, als müßten alle
en Idealisten sein; aber das Leben eines Volkes kann sich nur
harmonisch gestalten, kann nur dann der Freiheit zustreben,
uch diese Macht des freien Geistes sich in ihm geltend macht —
ch die Eigenschaft des Particularismus und die Trägheit des
alismus immer seinen kühnen schrankenlosen Flug genug zügeln!
ir wissen es, daß viele edle Männer uns so für das, was
der Wartburg getagt und gethan und zu thun versprochen,
n werden als die wahren deutschen Söhne, als die würdigen
der Wissenschaft. Doch auch eben so viele, wissen wir, und
t nicht minder edle werden uns ihre Anerkennung nicht geben.
Ihr Männer der Besonnenheit und Ruhe, wenn Ihr das nicht
wenn Ihr uns bestreitend, selbst herrisch im Kampfe der Par-
itgegentretet — seid Ihr edel, seid Ihr weise, so werdet Ihr
ht hassen, nicht verachten können; denn was uns Euch gegen-
lt, das sind die Unterschiede der Natur, der Jugend und des
und wir können nicht anders, es für Vorzüge der Jugend zu
das Streben nach der Wahrheit, das vor keiner Consequenz
hreckt, die Begeisterung für die Freiheit, die in keiner Macht
seins eine Schranke findet.

Und Ihr, Commilitonen in allen Landschaften des deutschen Vaterlandes, die Ihr nicht mit uns gefeiert und getagt habt, die Ihr die Beschlüsse, die wir dort faßten, nicht mit erarbeitet und ihre Voraussetzungen nicht alle mit durchgedacht habt, schenkt uns, die wir im Namen aller deutschen Studenten sprechen, das Vertrauen, daß wir mit bestem, ernstem Willen und im Geiste der Jugend das zu Stande gebracht haben, was wir nur vermochten; und wirket weiter mit uns, daß ein Band die Jünger der einen deutschen Wissenschaft verknüpfe in der einen deutschen Studentenschaft! Wem Einzelnes in unseren Vorschlägen nicht zusagt, der verwerfe nicht das Ganze; wer mit dem Wege, den wir eingeschlagen, nicht einverstanden ist, der gebe es deshalb nicht auf, das Ziel mit uns zu erstreben, und wer sieht, daß seine Meinung diesmal in der Minorität geblieben ist, der verschmähe deshalb nicht, in den Bund mit uns zu treten, denn in der Minorität zu sein, ist eine Ehre, wenn man tapfer und mit ehrlichen Waffen zu kämpfen fortfährt! Sagt auch nicht, es sei nicht an der Zeit, als Student aufzutreten, denn alle Stände müßten in einander aufgehn! Aber es ist wohl an der Zeit, daß Jeder seine Aufgabe erfülle, und das kann er nur in der Vereinigung der Gleichstrebenden. Auch wir Studenten haben eine Aufgabe, die große Aufgabe, für die Freiheit der Wissenschaft, die Freiheit und Aufklärung des Volkes zu sorgen, und das können wir nicht, als wenn wir zusammenstehen, einen großen Bruderbund bilden. Wir wollen keinen besondern Stand über anderen Ständen bilden, aber einen Stand neben den anderen. Wir verabscheuen es, sich ab- und Andere von sich auszuschließen; aber auch die Helden, die für die Freiheit mit dem Schwerte fechten, ordnen sich in einer Phalanx und um eine Fahne; und ebenso müssen wir, die Kämpfer mit der geflügelten Waffe des Wortes, uns ordnen zu einer festen Schaar um dieselbe Fahne, die der Wissenschaft! Und so viele Parteien es auch unter uns giebt — und auch das ist ein Zeichen des Lebens, denn nur im Kampfe entwickelt sich die Kraft — wie verschiedene Meinungen uns auch spalten, wie wir die Freiheit wollen, welche Wissenschaft die wahre sei, wir wollen ja Alle die Freiheit, die Wissenschaft selbst; und wie diesmal die Sorge für die Universitäten uns doch am Ende zu einmüthigen Beschlüssen kommen ließ, so möge auch ferner das Streben, das Studententhum so frei und reich als möglich zu gestalten, uns Alle vereinigen, die Corpsburschen und die Burschenschafter, die Burschenschafter und die Kameele, die Gläubigen und die Ungläubigen, die Monarchisten und die Demokraten!

— Das waren die Gedanken, die Wünsche und Hoffnungen, die uns bewegten, als wir, die am längsten die Gastfreundschaft der liebenswürdigen Eisenacher in Anspruch genommen hatten, am Sonnabend Abend uns trennten. Ein schwerer Abschied! Nicht, als wäre unsere Freundschaft gegeneinander so sentimental gewesen. Männer lieben sich, weil sie gemeinsam wirken, nicht um in der Liebe Genuß zu finden. Aber schwer wurde Manchem der Abschied von Eisenach. Hatte doch noch der Freitag Abend, als wir parlamentarisch über-

sättigt das Parlament geschlossen hatten, Alles aufgeboten, um das Eisenach unvergeßlich zu machen und zu zeigen, daß Thüringen es noch vermag, selbst die modernen Demagogen romantisch zu stimmen. Der Ball auf der Klemda hatte noch sein Letztes gethan, um manchem Wiener Barricadenhelden zu zeigen, wie es nur „eine Kaiserstadt" giebt, so auch nur — ein Eisenach, ein Thüringen.

Und nun — fort! fort! Die Einen mit der rothen Kutsche nach Westen, die Andern mit der Eisenbahn nach Osten. Noch manches Adieu, manch herzlicher Gedanke flog mit den Dampfwolken der Locomotive zurück nach dem Fuße der Wartburg. Aber laut und unaufhaltsam rauschte es vorüber an den heimlichen Hecken, den heimischen Lauben und traulichen Waldeinsamkeiten, fast entweihend die stillen Heiligthümer der Natur. Rastlos immer fort durch das herrliche Thal, das gelobte Land der Romantik, reißt uns der rauschende Zug — wir verglichen die Bahnen mit den Adern, in denen das Leben der Geschichte rollt: wie in einem Herzen hatten sie uns, die lebendigen Kräfte, zusammengeführt, um unsern Geist dort neu zu beleben und neu zu stärken; und nun wieder zurück in alle Glieder des Vaterlandes, um dort dieses Leben und diese Kraft mitzutheilen, und — sie alsdann, mit neuen Elementen gesättigt, in das Herz wieder zurückzuführen. Das ist die Bedeutung der Vereinigung über das ganze Vaterland, der Organisation einer einigen Studentenschaft. Mögen so die Gedanken, die wir mitnahmen aus diesem unserm ersten Parlamente, dem „provisorischen" Herzen der deutschen Studentenschaft, nicht provisorische bleiben, sondern in alle Hochschulen das erstrebte gemeinsame Leben hintragen, das sie zu einem organischen Körper macht, und das uns zum Herbste, durch den Erfolg nur mehr angefeuert, auf's Neue zu einem ordentlichen Parlamente zusammenbringe! Und mögen an diesem Strome des erwachenden Lebens denn auch die Hochschulen theilnehmen, die wir diesmal vermißten: die österreichischen Universitäten, die bis jetzt dem deutschen Studentenleben so fremd standen; der Zofinger Bund in der Schweiz, der uns verknüpft mit der Nationalität des westlichen Nachbarlandes; Kiel, das so glücklich ist, für die deutsche Freiheit gegen äußere Feinde zu kämpfen; und wo sonst noch deutsches Studium und deutsches Studententhum blüht! Und — doch auch die Stammgenossen jenseits des Erzgebirges, die Prager, werden sich dem nicht entziehen?

Druck der Ph. Reclam'schen Officin in Leipzig.

Literariſche Anzeigen.

In Berlin erſcheint:

Die Reform.

Politiſche Zeitung,

herausgegeben von Arnold Ruge und H. B. Oppenheim.

Täglich 1—1½ Bogen. Preis vierteljährlich 2 Thlr.

Die »Reform« iſt anerkannt das bedeutendſte und entſchiedenſte aller deutſchen Oppoſitionsjournale und verdient die wärmſte Unterſtützung der deutſchen Demokraten. — Probenummern ſind in allen Buchhandlungen zu erhalten.

Bei J. P. Grohe in Mannheim iſt ſoeben erſchienen:

Sämmtliche Werke

von

Arnold Ruge.

Zweite Auflage. Mit Portrait.

1.—7. Band.

Inhalt.

Erſter Band:
Geſchichte der deutſchen Poeſie und Philoſophie ſeit Leſſing.

Zweiter Band:
Zur neueſten Geſchichte des deutſchen Geiſtes.

Dritter Band:
Ueber die gegenwärtige Poeſie, Kunſt und Literatur.

Vierter Band:
Verſchiedene Stellungen der Kritik zur Zeit.

Fünfter und ſechſter Band:
Zwei Jahre in Paris.

Siebenter Band:
Edmund. Humoriſtiſche Memoiren.

„Ruges ſämmtliche Werke" erſcheinen in eleganter Ausſtattung in Bänden von 25—30 Bogen zu dem Preiſe von 1 Thaler à Band, und ſind die bis jetzt erſchienenen 7 Bände in jeder Buchhandlung zu erhalten.

LA 728.7 .W3 C.1
Das Wartburgfest der deutschen
Stanford University Libraries
3 6105 038 738 394

DATE DUE

STANFORD UNIVERSITY
STANFORD, CALIFOR
94305